

MultiWatch
Milliarden mit Rohstoffen
edition 8

Über das Buch:

Im Frühjahr 2013 fusionierten die zwei Rohstoffunternehmen Glencore und Xstrata zu einem der grössten Rohstoffmultis weltweit. Mit der Fusion wurde der Megakonzern zum drittgrössten Kupferproduzenten, zum grössten Exporteur von Kraftwerkskohle und einem der grössten Ölhändler der Welt.

Während Glencore Xstrata hohe Gewinne schreibt und sich als nachhaltiges Unternehmen präsentiert, wird der Konzern von Betroffenen in Abbauregionen mit Ausbeutung von Menschen und Umwelt in Verbindung gebracht. Gigantische Löcher und kilometerlange Pipelines prägen Landschaften. Menschen leiden unter Explosionen, Luftverschmutzung, giftigen Rückständen in Wasser und Boden oder der Zerstörung ihres Lebensraums. Vielerorts werden Mitspracherechte von Anwohner_innen missachtet, Proteste von Arbeiter_innen und der Bevölkerung gewaltsam niedergeschlagen oder kriminalisiert.

Gegen den Konzern Glencore Xstrata wird zunehmend Kritik laut, dass er Gemeinschaften spalte oder staatliche Strukturen vereinnahme, wenn er wie etwa in Peru die Polizei unter Vertrag nimmt. Im Handel mit Agrarprodukten wird ihm vorgeworfen, dass er mit Hunger Profite macht. Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung sind im Gang.

MultiWatch wirft einen Blick auf Glencore Xstrata, zeichnet Konfliktfelder nach und lässt Menschen zu Wort kommen, die von den negativen Auswirkungen betroffen sind, sich aber gegen die zerstörerischen Folgen des Rohstoffabbaus wehren.

MultiWatch ist eine Plattform aus Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und globalisierungskritischen Bewegungen. Die Organisation beobachtet multinationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz, informiert über Menschenrechtsverletzungen durch Multis und wirkt auf verbindliche Menschenrechtsnormen für Konzerne hin.

Homepage: <http://www.mutiwatch.ch>

MultiWatch (Hrsg.)

Milliarden mit Rohstoffen

Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata



Widmung

MultiWatch widmet dieses Buch den Minenarbeitern von Glencore Xstrata, die sich in Arbeitskonflikten mit dem Konzern befinden. Ebenfalls widmen wir es der Bevölkerung in Bergbaugebieten, deren Luft oder deren Wasser als Folge des Bergbaus verschmutzt ist und deren Gesundheit darunter leidet. Das Buch ist all jenen Menschen gewidmet, die von den negativen Folgen des Bergbaus oder des Rohstoffhandels betroffen sind und die gemeinsam ihre Rechte einfordern. Sowie all denjenigen, die für eine Welt kämpfen, die nicht von Profitgier und Ausbeutung geprägt ist.

Besuchen Sie uns im Internet: Informationen zu unseren Büchern und AutorInnen sowie Rezensionen und Veranstaltungshinweise finden Sie unter www.edition8.ch

Bibliografische Informationen der Deutschen National-Bibliothek sind im Internet abrufbar unter <http://dnb.ddb.de>.

Mai 2014, 1. Auflage, © bei edition 8. Alle Rechte vorbehalten.
Redaktion/Lektorat: Stephan Tschirren, Yvonne Zimmermann;
Korrektorat: Sandra Ryf, Geri Balsiger; Typografie, Umschlag:
Heinz Scheidegger; Titelfotos: ASK (vorne), CNMM (hinten);
Druck und Bindung: Beltz, Bad Langensalza
Verlagsadresse: edition 8, Quellenstrasse 25, CH-8005 Zürich, Tel.
+41/(0)44 271 80 22, Fax +41/(0)44 273 03 02, info@edition8.ch

ISBN 978-3-85990-222-0

Inhaltsverzeichnis

Prolog	7
Einleitung	9
<i>Widerstand unten hat oben Folgen – ein Lehrstück</i>	15
Glencore Xstrata: ein Mega-Rohstoffkonzern	
Von der Marc Rich + Co über Glencore zu Glencore Xstrata: ein Riese unter Riesen	20
Xstrata – nachhaltiger Bergbaukonzern oder geschickter Selbstdarsteller?	26
Hintergrund: Die neoliberale Restrukturierung	32
Rohstoffdrehzscheibe Schweiz	38
Konflikte rund um den Rohstoffabbau durch Glencore Xstrata	
Arbeitskonflikte	44
Umweltkonflikte	69
Soziale Konflikte	98
Macht und Einfluss des Megakonzerns	120
Wie der Konzern den Fiskus umgeht	135
Ein Koloss im Agrarmarkt: Geschäfte mit Agrotreibstoffen, Profite mit dem Hunger	149
Perspektiven des Widerstands – ein Ausblick	158
Anmerkungen	169
Literatur	181

*Folgende Autor_innen haben am Buch mitgearbeitet:
Marianne Aeberhard, Susanna Anderegg, Golda Fuentes,
Anna Haller, Roland Herzog, Daniel Hostettler, Jo Lang,
Hans Schächli, Urs Sekinger, Stephan Suhner, Stephan
Tschirren, Mónica Vargas, Annette Wallimann, Nina Wie-
land, Yvonne Zimmermann.*

Reaktionen, Medienspiegel und allfällige Korrigenda zum
Buch finden sich auf der Website:
www.milliardenmitrohstoffen.ch.

Prolog

Am 24. Februar 2014 traf beim Verein MultiWatch, Herausgeber dieses Buchs, ein eingeschriebener Brief ein. Absender war der Rohstoffkonzern Glencore Xstrata. Wenn der Verein nicht bis am 27. Februar schriftlich erkläre, dass er auf den ursprünglich gewählten Titel des Buches sowohl auf dem Umschlag wie auch im Inhalt verzichte, würden umgehend juristische Schritte eingeleitet. Diese hätten zu einem provisorischen Buchverbot und zu einem langen und aufreibenden Rechtsstreit führen können. MultiWatch hat zusammen mit dem Verlag edition 8 entschieden, auf den beanstandeten Begriff zu verzichten, auch wenn der aktuelle Titel weniger prägnant den Zusammenhang zwischen der Rohstoffförderung und öffentlichem Unmut über umstrittene Geschäftspraktiken aufzeigt. Statt einer teuren Auseinandersetzung in juristischen Amtsstuben sucht MultiWatch die öffentliche Auseinandersetzung zum Konzern Glencore Xstrata – zu den Folgen des Rohstoffabbaus genauso wie zum Geschäftsgebaren des Rohstoffmultis. Die Tatsache, dass ein milliardenstarker Konzern mit drastischen Drohgebärden gegen einen Menschenrechtsverein vorgeht, der über bescheidene Mittel verfügt, lässt jedoch vermuten, dass der Konzern öffentliche Kritik an seiner Tätigkeit und deren negativen Folgen weniger zulassen will, als er öffentlich bekannt gibt.

Einleitung

Am 2. Mai 2013 entstand mit der Fusion der beiden Rohstoffunternehmen Glencore und Xstrata einer der mächtigsten Rohstoffkonzerne weltweit. Zu diesem Zeitpunkt war der neue Megakonzern der drittgrösste Kupferproduzent, der grösste Exporteur von Kraftwerkskohle, und allein seine Öltankerflotte umfasste mehr Schiffe als die britische Kriegsmarine. Die chinesischen Wettbewerbsbehörden bestanden denn auch darauf, dass der Multi eines seiner grossen Kupferbergwerke abstossen müsse, damit sie ihren Segen zur Fusion gaben. Gemäss dem US-amerikanischen Wirtschaftsmagazin ›Fortune‹ lag Glencore 2012 auf dem 14. Platz aller Konzerne weltweit und hat sich mit der Fusion 2013 auf dem 12. Platz etabliert.

Bei Glencore Xstrata plc. ist die gesamte Wertschöpfungskette vom Abbau über die Lagerung und den Transport bis zum Handel mit Rohstoffen unter einem Firmendach konzentriert. Gigantische Lagerkapazitäten und Transportmöglichkeiten erlauben dem Multi, dass er Energierohstoffe, mineralische Rohstoffe, aber auch Agrarprodukte jederzeit dorthin verschieben kann, wo der Absatz lukrativ ist – oder auch zurückbehalten und dafür sorgen kann, dass die Preise steigen. Im vergangenen Jahr wurde der Schweizer Konzern zusammen mit Investmentbanken angeklagt, die Aluminium-Preise zu manipulieren, indem das Metall massenweise gebunkert und nur spärlich ausgeliefert würde.¹

Die Geschichte beider Unternehmen, von Glencore und von Xstrata, ist eng mit dem mittlerweile verstorbenen Rohstoffhändler Marc Rich verknüpft. Glencore – bis 1994 trug das Unternehmen den Namen Marc Rich + Co Holding AG – gelang es nach der Umbenennung, seinen Geschäften von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt nachzugehen. Dennoch haftet dem Multi der Ruf an, selbst in Konfliktregionen präsent zu sein, die für Mitbewerber in der Branche nicht in Frage kommen, und einen beträchtlichen

Anteil seiner Produktion in äusserst korrupten Ländern zu tätigen.² Lange war wenig über seine Geschäfte bekannt, erst im Vorfeld des Börsengangs 2011 hat Glencore seine Zahlen offengelegt. Die englische Zeitung ›The Times‹ beschrieb Glencore im Mai 2011 als Unternehmen mit »fragwürdiger Moral«, das während Hungeraufständen mit Getreide handle und der Wucherei und Umweltvergehen in armen und vom Krieg zerrütteten Ländern beschuldigt werde.³ Demgegenüber hat Xstrata, obwohl mit Glencore eng verknüpft und bis zur Fusion zu 34 Prozent in Glencores Besitz, die Strategie verfolgt, offensiv an die Öffentlichkeit zu treten und sich als nachhaltiges und sozial verantwortliches Unternehmen zu präsentieren.

Good boy – bad boy?

Handelte es sich bei der Fusion also um die Heirat eines intransparenten, von zweifelhaftem Ruf umgebenen Multi mit einem nachhaltigen Musterunternehmen? Keineswegs. Beide Konzerne, Glencore wie Xstrata, werden in Abbaugebieten von Betroffenen mit Ausbeutung und Zerstörung von Umwelt und Lebensraum in Verbindung gebracht. Riesige Löcher prägen die Regionen, wo Rohstoffe im Tagebau gefördert werden. Gemeinden beklagen sich über giftige Rückstände, die ins Trinkwasser und in den Boden gelangen und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden. Luftverschmutzung, umgeleitete Flüsse, sich ausbreitende Wüstenlandschaften sind weitere Stichworte. Beiden Unternehmen haftet der Ruf als gewerkschaftsfeindliche Konzerne an. Erst Ende 2013 wurden in Peru sämtliche Gründungsmitglieder einer Gewerkschaft entlassen. Druck auf Gewerkschafter, Massenentlassungen und Repression gegen streikende Mineure kamen schon vor der Fusion bei Bergwerken beider Unternehmen vor.

Aber auch die Anstrengungen, die Xstrata unternommen hat, um sich ein positives Antlitz zu verleihen, sind höchst problematisch. Zwar ist es dem Unternehmen gelungen, mit ›sozialen Investitionen‹ in Abbaugebieten gleichzeitig das eigene Image zu pflegen und den manifesten Widerstand

gegen seine Minen zu schwächen. Gemäss Betroffenen sind aber sogenannte Entwicklungsprojekte durch den Konzern oft nur einem Teil der Gemeinschaften zugutegekommen, wohl kaum zufällig sind diese dem Konzern wohlgesinnt. Begünstigungen eines Teils der Betroffenen, manchmal gepaart mit Druck auf Kritiker_innen oder auch deren Dif-famierung durch Massenmedien, haben zur Spaltung von Gemeinden geführt. Neue, zum Teil gewalttätige Konflikte rund um die Minenprojekte sind aufgetreten. In Peru oder den Philippinen hat der Konzern mit seinen ›Entwicklungsprojekten‹ praktisch Parallel- oder Ersatzstrukturen zu den staatlichen geschaffen – wobei der Multi das Sagen hat und die Bevölkerung in seiner Abhängigkeit steht. Wenn Glencore Xstrata ein Spital oder eine Schule baut, basiert der Zugang der Menschen zu Gesundheitsversorgung oder Bildung nicht auf einem Recht, das sie einfordern können, sondern auf der Wohltätigkeit des Konzerns, was zu einer Refeudalisierung der Verhältnisse beiträgt.

Es ist nicht bekannt, dass Glencore oder Xstrata bei neuen Minenprojekten Konsultationen der betroffenen Bevölkerung gemäss internationalen Standards durchgeführt hätten oder dass dies in den beobachteten Fällen von den staatlichen Institutionen in den Konzessionsgebieten gemacht worden wäre. Eine solche Konsultation wäre jedoch unabdingbar in Gebieten, wo die indigene Bevölkerung in ihrer Lebensweise betroffen ist. Beispiele aus den Philippinen und Peru zeigen auf, dass die Gemeinden nicht oder nicht ausreichend informiert wurden.

Für Direktbetroffene, besonders in armen Regionen, sind die Hürden hoch, wenn sie nachweisen müssen, dass der Bergbau für schädliche Auswirkungen auf die Umwelt oder die Gesundheit der Menschen verantwortlich ist. In Argentinien erklärte indes Generalstaatsanwalt Antonio Gustavo Gómez mit Blick auf die Region Jujuy, wo Glencore Xstrata tätig ist, dass bei Ermittlungen zu Umweltdelikten von Bergbaumultis Schwierigkeiten aufträten, die nichts mit der Beweislage zu tun hätten. 2012 stellte er fest: »Heute ist Geld machen für die Multis ein Synonym für Umweltverschmut-

zung. Je mehr Umweltverschmutzung, desto mehr Geld; je mehr Geld, desto mehr Korruption; je mehr Korruption, desto mehr Straflosigkeit.«⁴ Gómez, der Klage gegen eine Xstrata-Tochter wegen Wasserverschmutzung erhoben hatte, wurde die Zuständigkeit für das betreffende Departement entzogen. Derweil sind Bergbaukritiker_innen in Argentinien, Peru oder Kolumbien immer wieder unter Druck geraten, sie werden als Entwicklungsverhinder_innen oder gar als Terrorist_innen diffamiert, und in mehreren Fällen sind sie mit Klagen konfrontiert.

In den letzten Jahren wurde zudem die Kritik laut, dass Glencore und Xstrata Abbauländer um Steuereinnahmen gebracht haben. Dazu gehört der Vorwurf, dass die geförderten Rohstoffe zu tieferen als den Marktpreisen konzernintern verkauft wurden. Bei solchem ›Transfer Pricing‹ beginnt der Markt erst zu spielen, wenn dieselben Rohstoffe aus einem Steuerparadies heraus teurer weitergehandelt werden. Die Erträge fallen damit in steuergünstigen Ländern an, den Abbauländern entgehen beträchtliche Einnahmen. Gegen Glencore und Xstrata wurde ausserdem der Vorwurf geäussert, dass die Konzerne Rohstoffe undeklariert am Fiskus vorbei aus dem Land geschleust hätten, so etwa in Argentinien. Untersuchungen wegen Steuerhinterziehungen sind in Gang.

Ein Jahr nach der Fusion sieht es so aus, als ob im neuen Konzern die alten Geschäftspolitiken weitergeführt würden. Schon vor der Fusion hatte der Glencore-CEO beteuert, dass sich an der Art, wie der Konzern operiert, nichts ändern werde.⁵ Wenn Glencore die Konzernspitze des neuen Multis dominiert, wurde von Xstrata die Strategie der Imagepflege übernommen. Eine professionelle Kommunikationsabteilung wiederholt unablässig, dass Glencore Xstrata viel zur wirtschaftlichen Entwicklung armer Länder beitrage und dass sich der Konzern für Nachhaltigkeit einsetze. Auf die Frage, was der Konzern konkret unternehme, um seine Sorgfaltspflicht zu erfüllen, hat MultiWatch keine Antwort erhalten. Hingegen betonen die Verantwortlichen, dass der Konzern in der Schweiz einen »konstruktiven Dia-

log« mit Kritiker_innen führen und regelmässig Treffen mit Parlamentarier_innen abhalten wolle.

Auffällige Parallelen der Konflikte

Anlässlich des ersten Geburtstags des fusionierten Rohstoffgiganten wirft MultiWatch einen Blick auf Glencore Xstrata und zeichnet einige Konfliktfelder nach. Das Buch dokumentiert – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige der wichtigsten negativen Auswirkungen von Glencore Xstrata auf die Bevölkerung in den Bergbaugebieten und auf ihre Menschenrechte. Im ersten Teil zeigt das Buch die Geschichte beider Konzerne auf und schaut auf die politischen Entscheidungen und Entwicklungen, die den Aufstieg des Konzerns zu dieser Grösse erst ermöglicht haben. Ebenso wirft es einen Blick auf die Schweiz als Rohstoffhandelsplatz.

Im zentralen Teil des Buches – »Konflikte rund um den Rohstoffabbau durch Glencore Xstrata« – wird eine Reihe von Minen des Konzerns genauer unter die Lupe genommen. Dabei macht die Gliederung des Buchs entlang verschiedener Konfliktlinien deutlich, dass es sich bei den untersuchten Fällen kaum um Ausnahmen handelt. Die Konflikte ähneln sich in auffälliger Weise, Anwohner_innen und Minenarbeiter in verschiedenen Abbauländern klagen über dasselbe Geschäftsgebaren von Glencore Xstrata, über dieselbe Arroganz, mit der der Konzern über Rechte und Interessen der Menschen hinweggeht. In der Art, wie die lokale Bevölkerung übergangen, ungenügend informiert oder wie Zustimmung mit Entwicklungsprojekten »erkauft« wird, scheint sich ein Muster zu wiederholen. Auch das Verhalten des Konzerns, wenn er den Zusammenhang zwischen Umweltverschmutzung und seiner Minentätigkeit abstreitet oder kleinredet oder wenn er gegen Gewerkschaften vorgeht, ähnelt sich an verschiedenen Schauplätzen.

Das Buch stellt die betroffenen Minenarbeiter und die Gemeinschaften im Umfeld von Bergwerken ins Zentrum: Betroffene, die sich zusammengeschlossen haben und für ihre Rechte auf Mitsprache, gesunden Lebensraum und auf

würdige Arbeitsbedingungen kämpfen. Vermehrt vernetzen sie sich und tragen ihren Protest auch in die Schweiz, wo der Konzern seinen Sitz hat.

Am Buch mitgearbeitet haben verschiedene Autorinnen und Autoren, die eingehende Kenntnisse zu den ausgewählten Fällen haben und vielfach vor Ort recherchiert haben. Die Vielfalt von Mitarbeitenden an diesem Buch spiegelt sich in den unterschiedlichen Handschriften und Stilen der einzelnen Unterkapitel wider.

Der Blick auf Glencore Xstrata ist ein Blick auf den spektakulären Aufstieg eines Rohstoffkonzerns. Die Geschichte des Megaunternehmens illustriert, wie die kapitalistische Globalisierung funktioniert. Sie zeigt, dass die Grösse, die Macht und das Geschäftsgebaren von Multis demokratische Grundprinzipien infrage stellen. Der Blick auf den Konzern an verschiedenen – so unterschiedlichen und doch so ähnlichen – Schauplätzen lehrt, dass Widerstand gegen das Geschäftsgebaren von Multis zugenommen hat. Dass er stärker und globaler geworden ist. Sich weltweit vernetzt und nicht nachlässt.

MultiWatch
April 2014

Widerstand unten hat oben Folgen – ein Lehrstück

Ein Regisseur hätte den Wendepunkt des Dramas, wo sich Klimax und Katastrophe treffen, nicht besser gestalten können. Am 29. Januar 1992 bahnen sich zwei dunkel gewandete Herren den Weg ins Zuger ›Dallas-Gebäude‹, den Hauptsitz der mächtigen Rohstoffhandelsfirma Marc Rich + Co. Es handelt sich um Marc Richs Rechtsvertreter Leonard Garment, der im Watergate-Skandal Richard Nixon verteidigt hat, und William Bradford Reynolds, unter Ronald Reagan die Nummer zwei im US-Justizministerium. Die Anwesenheit der beiden einflussreichen und teuren Staranwälte bestätigt, dass Marc Rich auf dem besten Weg ist, mit der republikanischen Administration der Vereinigten Staaten einen Deal einzufädeln. So könnte Rich in die USA, wo ihm 325 Jahre Gefängnis wegen Steuerbetrugs und anderer Delikte drohen, zurückkehren, und sein Firmenimperium könnte dort wieder ›business as usual‹ betreiben.

Dramen in Zug und Pittsburgh

Die beiden überraschten Herren geraten vor Marc Richs gläserner Konzernzentrale in eine Demonstration mit einer riesigen Puppe, welche Mother Jones, die Mutter der US-Arbeiterbewegung, darstellt. Am Protest beteiligt sind Zuger Linke, Alu-Arbeiter aus West Virginia und Gewerkschaftsfunktionäre, mit dabei sind zudem ein Detektiv, der bei der Aufklärung des Watergate-Skandals beteiligt gewesen ist, und die beiden Fernsehstationen NBC und ABC. Auch diese sind über das unerwartete Zusammentreffen völlig überrascht und deswegen ganz aus dem Häuschen. Zwei Wochen später, am 12. Februar 1992, wird in den Hauptnachrichten des Fernsehsenders NBC-TV ein Interview ausgestrahlt, das kurz nach der Zuger Aktion mit dem auf einer Bündner Skipiste überrumpelten Marc Rich gemacht worden ist. Marc Rich kommt derart schlecht weg,

dass zwei Sachen klar sind: Die Bush-Regierung kann sich nicht erlauben, Rich entgegenzukommen. Und Rich kann sich nicht erlauben, den seit anderthalb Jahren ausgesperrten Arbeitern der Ravenswood Aluminium Corporation (RAC) nicht entgegenzukommen.

Am folgenden 29. Mai um drei Uhr morgens geht in Pittsburgh die letzte und längste Verhandlungsrunde im Arbeitskonflikt bei Ravenswood dem Ende entgegen. Die beiden Konzernvertreter Peter Nash, unter Nixon Chef des Amerikanischen Arbeitsamts, und der RAC-Direktor Craig Davis stellen eine Schlussbedingung: »Zwei wegen Gewaltanwendung verurteilte Arbeiter werden nicht eingestellt.« Nach der gewerkschaftlichen Antwort »Alle oder keiner!« schaut der konsternierte Davis auf die Uhr und sagt: »Ich rufe Strothotte in Zug an.« Nach kurzer Zeit kommt er zurück mit dem Bescheid: »Wir akzeptieren diese Bedingung.« Um acht Uhr erfährt dies der darüber entsetzte RAC-Co-Direktor und Rich-Mann Jean Loyer. Auch er telefoniert nach Zug. Am gleichen Tag wird Willy Strothotte, die Nummer zwei im Marc-Rich-Imperium, entlassen. Die Sensation wird durch die Zuger Alternativen öffentlich bekannt gemacht, bevor es den Angestellten im ›Dallas-Gebäude‹ mitgeteilt wird.

Erfolgreiches Rebranding

In den folgenden Monaten muss Rich zur Kenntnis nehmen, dass sein Konzern unter seiner Führung jegliche normale Beziehung mit den USA vergessen muss. Er verkauft die 51-prozentige Aktienmehrheit an die Topkader und holt Strothotte zurück. Dieser macht am 1. September 1994 aus der Marc Rich + Co Holding AG die Glencore International AG. Zum fraglichen Zeitpunkt strebt der Konzern, der in 40 Ländern 5000 Personen beschäftigt, einen Umsatz von 25 bis 30 Milliarden Dollar an. Seine Haupttätigkeiten sind der Handel mit Rohöl, Ölprodukten, Energie, Eisen- und Nichteisenmetallen, Erzen, Getreide und Zucker sowie die Beteiligung an der Rohölförderung und -verarbeitung, an Tonerderaffinierungen und Aluminiumhütten, Kohle- und

Zinkminen, Getreideproduktion und Holzweiterverarbeitung. Das Rebranding ist während eines Jahrzehnts höchst erfolgreich: Das mediale Interesse an Glencore ist bedeutend kleiner als das an der Marc Rich + Co.

Erst mit dem Börsengang von Glencore knappe 17 Jahre später gerät der Konzern wieder in die Schlagzeilen. Die Spitzenmanager nehmen auf einen Schlag Milliarden ein und Zürcher Gemeinden bekommen unerwartete Steuermillionen aufgrund von Konzernchef Ivan Glasenbergs Wohnsitz am Zürichsee. Doch der Geldsegen stösst nicht auf einhellige Begeisterung: Hedingen ist im September 2013 die erste Gemeinde, die beschliesst, einen Teil der Steuern aus dem Glencore-Börsengang an Gemeinschaften in Abbauländern zurückzugeben, die unter Glencores Politik leiden. Glasenberg, der bisher das Rampenlicht gescheut hat, wendet sich in der Folge in einem Brief an mehrere Gemeinden des Kantons, um den Ruf seines Unternehmens wiederherzustellen. Er fürchtet, dass das Beispiel von Hedingen Schule macht und weitere Gemeinden ähnlich entscheiden.

Was lehrt uns dieses Stück? Erstens enthüllt es die enge Verbindung von privaten Multis und staatlichen Mächten. Zweitens beweist es, dass Widerstand sehr wohl etwas bewegen und bewirken kann. Drittens illustriert es, dass dieser gegen Multis nur erfolgreich ist, wenn er sich global vernetzt und stark auf die öffentliche Meinung setzt. Viertens unterstreicht es, dass die Marc Rich + Co und ihre Nachfolgerin nicht nur Rohstoffhändler, sondern auch -verarbeiter sind. Und fünftens zeigt es, dass man Multis nicht einfach glauben sollte. Bis in den Frühling 1992 hatte die Marc Rich behauptet, dass weder die natürliche noch die juristische Person dieses Namens etwas mit Ravenswood zu tun habe.

Jo Lang

Glencore Xstrata: ein Mega-Rohstoffkonzern

Von der Marc Rich + Co über Glencore zu Glencore Xstrata: ein Riese unter Riesen

Die Marc Rich + Co entstand 1974 aus einer dramatischen Abspaltung vom Konzern Phibro. Philipp Brothers, wie das Unternehmen bis 1971 geheissen hatte, war 1964 nach Zug gezogen. Es war damals die weltgrösste Handelsfirma für Erze und Metalle. Es war auch der Konzern Phibro, der ein paar Jahre später den Erdölhandel nach Zug brachte. Und es war Marc Rich gewesen, der ausgehend von seiner Geschäftsstelle im damals franquistischen Madrid das Unternehmen Phibro zwischen 1967 und 1973 zu einem der grössten Erdölhändler gemacht hatte. Nach der Abspaltung waren die Beziehungen zwischen Phibro und Marc Rich + Co derart gespannt, dass nicht nur geschäftliche, sondern auch persönliche Beziehungen zwischen Mitarbeitenden der beiden Konzerne tabu waren. »Romeo und Julia in Zug« nannte das Niklaus Meienberg in seiner Zuger Reportage aus dem Jahre 1984.⁶

Das wichtigste Geschäft von Marc Rich blieb der Erdölhandel, den er mit der Einführung des Spotmarktes revolutionierte, also der Möglichkeit, Öl unabhängig von langfristigen Verträgen frei zu handeln. Aber auch im Bereich der Metalle wurde Rich bald zu einem der grössten Rohstoffhändler. Der Bruch von internationalen Boykotten zog sich wie eine rote Linie durch seine Geschäftstätigkeit.

Apartheid: »das wichtigste und profitabelste« Geschäft der Marc Rich + Co

Marc Richs Bruch mit seinem Unternehmen und die damit verbundene Umbenennung der Marc Rich + Co zu Glencore fällt zeitlich zusammen mit dem Ende der Apartheid. Der Handel mit Südafrika war, wie Marc Rich gegenüber seinem Haushistoriker Daniel Ammann selber sagte, sein

»wichtigstes und profitabelstes« Geschäft gewesen. Ein ehemaliges Kadermitglied beziffert den Apartheid-Profit auf »gut zwei Milliarden Dollar«. ⁷ Gemäss dem Amsterdamer Shipping Research Bureau war Rich nicht der einzige, aber der wichtigste Ölboykottbrecher. ⁸

Öl war das, was das Apartheidregime zusätzlich zum Kapital am dringendsten brauchte. Nach den Embargobeschlüssen durch die arabischen Erdölstaaten 1973 und die UNO 1977 deckte Südafrika 90 Prozent seines Erdölbedarfs in Persien. Als sich nach dem Sturz des Schahs 1979 auch der Iran dem Boykott anschloss, sprang Marc Rich in die Bresche. Er gründete dafür in Zug eine Firma, deren Beziehung zu Marc Rich geheim gehalten wurde: die Min-oil AG. Als die Zuger Alternativen im Sommer 1985 deren Zugehörigkeit zur Marc Rich + Co enthüllten, wurde sie im November aufgelöst. ⁹ Ein wichtiger Teil des Erdöls, das Marc Rich an Südafrika lieferte, stammte aus der Sowjetunion.

Eine grosse Hilfe für die Apartheid war die Marc Rich + Co auch beim Verkauf der südafrikanischen Kohle in Länder wie Spanien, Chile, Türkei, Rumänien, Volksrepublik China. ¹⁰ Es war der heutige Glencore-Chef Ivan Glasenberg, der als gebürtiger Südafrikaner Marc Rich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zum wichtigsten Kohlehändler gemacht hatte. Glasenberg erledigte seine Aufgabe zugunsten des Konzerns und der Apartheid derart gut, dass er 1989 zum Chef des Kohlehandels in den Mutterkonzern berufen wurde.

Fallbeispiele Chile und Jamaica

Wenn Daniel Ammann in seiner Hofbiografie »King of Oil« schreibt: »Marc Rich war ein Vermittler, der Partner zusammenbrachte, die offiziell nichts miteinander zu tun haben wollten« ¹¹, hat er nicht unrecht. Rich tat es einfach nicht aus friedenspolitischen Gründen. Solche Geschäfte waren besonders lukrativ – nicht nur im Ölsektor. Einer der ersten Deals, die in der Mitte der 1970er Jahre im kleinräumigen Zug durch eine Indiskretion bekannt wurden, war der Ver-

kauf von chilenischem Kupfer an die Volksrepublik China und an Rumänien. Der Marc-Rich-Trader Eddie Egloff, der Älteste einer kinderreichen Arbeiterfamilie, hatte zum Entsetzen der Zuger Linken die Kupferminen Pinochets besucht und dort das fragwürdige Geschäft eingefädelt. Als die USA 1990 für 260 Millionen US-Dollar Getreide an die Sowjetunion verkauften, verdiente der gleiche Marc Rich mit, der von den USA fieberhaft gesucht wurde.

Wie mächtig das Marc-Rich-Imperium in den 1980er Jahren war, illustriert das Beispiel Jamaica. Die arme Insel ist auf Gedeih und Verderb von Bauxit und dessen lokaler Verarbeitung zu Tonerde, aus der Aluminium hergestellt wird, abhängig. 1986, als die Aluminiumpreise am Boden waren und der US-Multi Alcoa sein Werk schliessen wollte, sprang die Marc Rich + Co in die Lücke. Die rechte Seaga-Regierung verpachtete die jährliche 800'000-Tonnen-Produktion für zehn Jahre an Marc Richs Clarendon. Bis 1988 erhöhte sich der Aluminiumpreis auf 2430 Dollar pro Tonne um mehr als das Doppelte.

Bei den 1989er Wahlen in Jamaica waren Seagas umstrittene Deals mit Marc Rich eines der Hauptthemen und trugen erheblich zum Linksrutsch bei. Der Wahlsieger Michael Manley hatte Seaga den Ausverkauf nationaler Ressourcen und, was noch schwerer wog, die Kollaboration mit einem der wichtigsten Apartheidkollaborateure vorgeworfen. Derselbe Manley hatte bereits 1964 eine harte Boykottpolitik Jamaicas gegenüber Südafrika durchgesetzt. Aber angesichts eines Ultimatums des Internationalen Währungsfonds IWF, wonach Jamaica kurzfristig 45 Millionen Franken Schuldzinsen bezahlen müsse, sah sich die Linksregierung ausserstande, mit Marc Rich zu brechen. Im Gegenteil musste der hochverschuldete Staat von Richs Unternehmen Clarendon 45 Millionen Franken annehmen – als Vorschuss auf die zukünftige Tonerdeproduktion. Eli Matalon, ein Chefberater Manleys, erklärte dazu: »Wir standen vor der Wahl, beim IWF-Test oder beim Apartheid-Test durchzufallen. Mit Folgen mussten wir nur bei einem Fall rechnen.«¹²

Der Fall ›Jamaica – Marc Rich – IWF‹ illustriert hervor-

ragend das Zusammenspiel zwischen internationaler Finanzpolitik und den Interessen multinationaler Konzerne.

Glencore: neuer Name, alte Methoden

Glencore ist seit dem vollständigen Namens- und dem teilweisen Besitzerwechsel im Jahr 1994 nicht nur umsatzmässig um das Fünffache gewachsen. Der Konzern hat zusätzlich den Produktionsbereich massiv ausgebaut. Die Fusion mit dem Bergbaukonzern Xstrata im Mai 2013 hat diesen Trend noch verstärkt. Glencore Xstrata ist schwergewichtig ein produzierendes Unternehmen mit 90 Geschäftsstellen und 150 Minen, Metallwerken, Ölförderanlagen und Landwirtschaftsbetrieben. Ende 2012 beschäftigten Glencore und Xstrata in über 50 Ländern um die 190'000 Personen (inklusive Subunternehmer) und erwirtschafteten einen Umsatz von 236 Milliarden US-Dollar und einen Gewinn von 12,9 Milliarden US-Dollar.

Obwohl der Konzern Glencore seine Marc-Rich-Vergangenheit verdrängt, hat sich an der Geschäftspolitik nichts Wesentliches verändert. Aus diesem Grund erhielt er 2008 den schweizerischen ›Public Eye Award‹, einen Schmähepreis für besonders unverantwortliche Geschäftspraktiken, und 2012 den deutschen Black Planet Award der Ethecon-Stiftung. Der erzbürgerliche französische Staatspräsident Jacques Chirac nannte den Konzern im Zusammenhang mit der rücksichtslosen Schliessung einer Bleimine im nordfranzösischen Pas-de-Calais »Schurkenpatrons«.¹³

Gemäss einer Studie der Deutschen Bank vom Juni 2011 liegt die Hauptspezialität von Glencore darin, gegebenenfalls blitzartig zuzuschlagen – auch in Regionen, »in denen andere Bergbaugesellschaften nicht operieren möchten«. Es sei »dieser opportunistische Ansatz«, der »den Grossteil von Glencores Werk kreiert hat«. Die Deutsche Bank schätzt, dass wertmässig rund siebenzig Prozent der Glencore-Produktionsstätten in äusserst korrupten und/oder hoch konfliktiven Ländern wie Kongo (Kupfer), Kolumbien (Kohle), Kasachstan (Zink) oder Äquatorialguinea (neue Erdölfelder) liegen.¹⁴ Ein Vertreter der stark im Bergbau

engagierten Royal Bank of Canada sagte über den Zuger Konzern: »In Zonen wie im Kongo, die andere ungemütlich finden, da richtet sich die Glencore gemütlich ein.«¹⁵

Lobbying bei Saddam und im Bundeshaus

Die wichtigste politische Veränderung zwischen dem Zeitalter der Marc Rich + Co und Glencore ist das Ende der Boykott-Ära gegenüber dem Apartheitregime sowie der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Länder. Wenn es aber noch Boykotte gab, da konnte es auch Glencore nicht lassen, diese besonderen Profit Chancen zu packen. Ein besonders brisantes Beispiel ist der ›Oil-for-Food‹-Skandal. Die UNO hatte dem boykottierten irakischen Diktator Saddam Hussein erlaubt, für den Kauf von Lebensmitteln eine begrenzte Menge Erdöl zu verkaufen. Gemäss dem ›Volcker-Bericht‹ der von der UNO eingesetzten Untersuchungskommission haben 139 der am Ölexport aus dem Irak beteiligten Unternehmen zwischen 1996 und 2003 dem Regime von Saddam Hussein illegale Zahlungen in der Höhe von 1,8 Milliarden US-Dollar geleistet. Zu den hauptbeteiligten Erdölkonzernen gehörten Glencore sowie Marc Rich + Co. Allerdings wurden sie juristisch nie zur Rechenschaft gezogen.

Die Verwicklung von Zuger und Genfer Firmen in den ›Oil-for-Food‹-Skandal rückte in der Schweiz eine innenpolitische Fragwürdigkeit in den Fokus. Die beiden Firmen hatten – unterstützt von einer starken Zuger Lobby und anderen Rohstofffirmen – im Dezember 2003 erreicht, dass Eigenhandel mit Rohstoff nicht unter das Geldwäschereigesetz fällt. Seither ist ausgerechnet der Rohstoffhandel mit seinen gigantischen Geldsummen, unübersichtlichen Handelsbeziehungen und korruptionsanfälligen Herkunftsländern über den Verdacht der Geldwäscherei erhaben.

Heute würde das nicht mehr so glatt über die politische Bühne gehen. Die Kritik an Glencore und anderen Rohstoffkonzernen ist gewachsen. Dabei spielten der Börsengang von Glencore im Mai 2011, der mehr Transparenz erzwang, und die Fusion mit Xstrata eine Rolle. Dieser Zu-

sammenschluss ist die grösste Elefantenhochzeit seit derjenigen von Royal Dutch und Shell im Jahre 1907. Die angesehenere US-amerikanische Zeitschrift Foreign Policy setzte im April 2012, als sich die Fusion abzeichnete, über einen ausführlichen und äusserst kritischen Beitrag den Titel: »A giant among giants«.¹⁶

Xstrata – nachhaltiger Bergbaukonzern oder geschickter Selbstdarsteller?

Nicht mehr als ein unscheinbares Etagenbüro an der Bahnhofstrasse in Zug, das war der Hauptsitz des Bergbauunternehmens Xstrata, bis es im Mai 2013 mit Glencore verschmolz. Einen Zweitsitz hatte Xstrata in London. Doch wer war diese Firma, der ›kleine Zwilling‹ Glencores, der nicht mehr als ein paar Dutzend Angestellte in der Schweiz beschäftigte und trotzdem seit seiner Gründung im Jahr 1926 als Südelektra zu einem der grössten Schweizer Unternehmen und einem der zehn grössten Bergbaukonzerne der Schweiz geworden war? Das wirtschaftliche Erfolgsrezept Xstratas stützte sich sowohl auf ein perfektes Zusammenspiel mit dem schweisgsamen, aber mächtigen Konzern Glencore als auch auf eine Strategie des sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsdiskurses, welche dem Unternehmen in Investorenkreisen und in der Öffentlichkeit zu einem positiveren Image verhalf.

Vor der Fusion beschäftigte Xstrata rund 70'000 Menschen in über 20 Ländern. Die Xstrata Holding war in Nord- und Südamerika, Europa, Afrika und Australien tätig und entsprechend den geförderten Rohstoffen strukturiert. Der Konzern unterteilte sich in die Unternehmenssparten ›Xstrata Copper‹ (Kupfer), ›Xstrata Alloys‹ (Legierungen), ›Xstrata Nickel‹ (Nickel), ›Xstrata Zinc‹ (Zink), ›Xstrata Coal‹ (Kohle) und die unbedeutendere ›Xstrata Technology Services‹. Im Jahr 2011 erzielte Xstrata einen Umsatz von 33,8 Milliarden und einen Gewinn von 5,8 Milliarden US-Dollar. Das Unternehmen war an der Londoner sowie der Schweizer Börse kotiert.

Vom Stromversorger zum Bergbaukonzern

Unter dem Namen ›Südamerikanische Elektrizitäts-gesellschaft‹ oder ›Südelektra‹ war die Firma ursprünglich in Zürich gegründet worden. Anfänglich war sie in der

Stromversorgung für Lateinamerika tätig, insbesondere in Peru. Um die 1950er Jahre fand das Geschäft der privaten Stromversorger in Lateinamerika aufgrund von Verstaatlichungen ein Ende. Während die Firma Südelektra weiterhin ihren offiziellen Namen behielt, begann sie sich auf das Bankengeschäft und den Aktienhandel zu konzentrieren. 1990 kaufte die damalige Marc Rich + Co Holding AG – später umbenannt in Glencore – die Aktienmehrheit an Südelektra. Damit fand die enge Verknüpfung der beiden Schweizer Konzerne ihren Anfang. Die Marc Rich + Co erhielt dank dieser Übernahme Zugang zum Kapitalmarkt, und die Südelektra konnte ihre Investitionen über die neuen Beziehungen zum Marc-Rich-Imperium diversifizieren und begann, in der Rohstoffgewinnung tätige Firmen aufzukaufen und ins Bergbaugeschäft zu investieren. 1999 erhielt sie schliesslich den Namen Xstrata. Zu diesem Zeitpunkt erwirtschaftete sie bereits über 80 Prozent ihres Einkommens aus der Produktion von Metallen und metallischen Verbindungen.¹⁷

Sah es zunächst so aus, als würde Glencore Xstrata aufkaufen und selber an die Börse gehen, war es schliesslich der Multi Xstrata, der mehrere von Glencores Kohleminen in Australien und Südafrika übernahm und an die Börse ging. Nach dem Börsengang 2002 expandierte Xstrata rasant und Glencore behielt weiterhin einen Drittelanteil am entstehenden Bergbauriesen. Kurz vor dem Börsengang übernahm Mick Davis, welcher zuvor im Management der grössten Bergbauunternehmung der heutigen Zeit, BHP Billiton, tätig war und einst mit Glencore-Chef Ivan Glasenberg die Schulbank gedrückt hatte, die Führung des Unternehmens. Die beiden CEOs Davis und Glasenberg agierten fortan Hand in Hand.¹⁸

Xstrata wird deshalb von verschiedenen Seiten auch als Spin-off-Unternehmen Glencores gesehen, also als Ableger, der im günstigen Umfeld Glencores entstand. Glasenberg war lange Zeit Mitglied des Verwaltungsrats von Xstrata, und bis ins Jahr 2011 besetzte eine und dieselbe Person, nämlich Willy Strothotte, die Verwaltungspräsidien beider

Unternehmen. Dann übernahm John Bond das Xstrata-Präsidium. Über Vermarktungsverträge arbeiteten die beiden Konzerne in den vergangenen Jahren eng zusammen und profitierten jeweils von der Spezialisierung des anderen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Schachzug, der den beiden Konzernen im Jahr 2009 gelang: Als Glencore die Mittel fehlten, die Kapitalerhöhung von Xstrata mitzumachen und die Beteiligung am Schwesterunternehmen aufrechtzuerhalten, verkaufte der Konzern die Kohleminen seiner Tochterfirma Prodeco in Kolumbien an Xstrata. Ein Jahr später kaufte er diese als Realwert eingebrachten Minen von Xstrata wieder zurück.¹⁹

Erfolgreiche Bemühungen um positive Selbstdarstellung

In den vergangenen zehn Jahren hat Xstrata durch den Kauf Hunderter Firmen und durch die Beteiligung an Joint Ventures hohe Gewinne geschrieben. Xstratas Aktivitäten haben aber auch gravierende Konflikte verursacht, die bis heute andauern. In zahlreichen Abbaugebieten treten Menschenrechtsverletzungen in direktem Zusammenhang mit der Bergbautätigkeit auf, wie die in diesem Buch aufgezeigten Fälle verdeutlichen.

Wie ist Xstrata Konflikten im Umfeld der Bergbaustätten begegnet? Mit Infrastrukturbauten und ›sozialen Investitionen‹ hat der Konzern versucht, die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber seiner Tätigkeit zu vergrössern. Dazu gehören ausser dem Bau von Transportwegen und Infrastruktur, die der Multi zum grossen Teil selbst für die Minen benötigt, auch Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Diese sind in diversen Abbaugebieten nur schwach oder gar nicht vorhanden. Zwar wäre es die Aufgabe des jeweiligen Staates, für solche Einrichtungen zu sorgen. Aber in armen Regionen, wo staatliche soziale Einrichtungen praktisch inexistent sind, kann sich Xstrata mit ›sozialen Investitionen‹ Sympathien und Zustimmung zu einem Minenprojekt sichern – und damit den Widerstand gegen seine Bergbauprojekte und ihre zerstörerischen Auswirkungen schwächen. Die Übernahme staatlicher Aufgaben und die

Vereinnahmung von Teilen der Bevölkerung durch Konzerne führen zur Spaltung von Gemeinschaften und haben oft soziale Konflikte innerhalb von Gemeinden zur Folge.

Xstrata selbst hat diese Strategie aber auch genutzt, um sich gegenüber Investoren und einer breiteren Öffentlichkeit als Wohltäter darzustellen. Dies hat der Konzern mittels professioneller Kommunikation zu seiner Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) getan. Im Gegensatz zu Glencore legte die Unternehmung Xstrata grossen Wert auf ihr Image und bemühte sich stets, ihre Tätigkeit als eine mit positiven sozialen Auswirkungen darzustellen. Während Glencore die Öffentlichkeit scheute und Geschäfte im Stillen abwickelte, fuhr Mick Davis eine Strategie der proaktiven Kommunikation gegen aussen. Dies hatte einerseits mit der Börsenkotierung zu tun, die zu einer gewissen Transparenz verpflichtete, aber auch mit der Tatsache, dass sich unter Xstratas Investoren viele Institutionen wie zum Beispiel Pensionskassen befanden, welche bei einem öffentlichen Skandal möglicherweise ausgestiegen wären.²⁰

Nachhaltigkeitsdiskurs für Wettbewerbsvorteile

So machte Xstrata das sorgfältig gepflegte Image als nachhaltiges Unternehmen zu einem Marktvorteil. Ab 2004 publizierte der Konzern jedes Jahr einen Nachhaltigkeitsbericht, in dem seine Operationen im Hinblick auf seine eigens entwickelte ›HSEC-Policy‹ (Health, Security, Environment and Community) beleuchtet wurden. Auch wenn Xstrata herausstrich, dass damit in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umwelt sowie soziale Verantwortung die höchsten Standards angewendet würden: Es handelte sich dabei um unternehmenseigene Normen ohne rechtliche Verbindlichkeit und Rechenschaftspflicht für die Umsetzung. Auch die Mitgliedschaft bei einer langen Liste von freiwilligen Initiativen und brancheninternen Prinzipien sicherte Xstrata zwar in der Öffentlichkeit eine führende Position als vorbildliches Bergbauunternehmen, doch auch hier ging das Unternehmen keinerlei Verpflichtungen ein.²¹

Glencore Xstrata: Zahlen und Daten Ende 2012

Umsatz: 236 Milliarden US-Dollar

Brutto-Gewinn: 12,9 Milliarden US-Dollar

90 Geschäftsstellen in über 50 Ländern. Die Produktion umfasst über 150 Minen, Bergbaubetriebe, Offshore-Ölplattformen, Landwirtschafts- und Nahrungsmittelbetriebe. Der Konzern beschäftigt 190'000 Personen, inklusive Angestellte über Temporärfirmen.

<http://www.glencorexstrata.com/assets/Uploads/20130711-GlencoreXstrata-Factsheet.pdf>

Zu den institutionellen Grossaktionären gehören nach Katar auf Platz eins auch die Schweizer Banken Credit Suisse auf Platz vier und die UBS auf Platz acht. Topmanager kontrollieren 35,7 Prozent, CEO Ivan Glasenberg allein besitzt einen Anteil von 8,3 Prozent am Konzern.

Geschäftsbericht Erste Hälfte 2013

Umsatz: 121,393 Milliarden US-Dollar

Brutto-Gewinn: 6,002 Milliarden US-Dollar

	Handel	Produktion	Total
Metalle & Minerale:	0,721	3,153	3,874 Mill. USD
Energieprodukte:	0,519	1,566	2,085 Mill. USD
Agrarprodukte:	0,123	0,003	0,126 Mill. USD
Abzüge*:	0.041	0,042	0.830 Mill. USD
Total	1,322	4,680	6,002 Mill. USD

*Corporate and other

<http://www.glencorexstrata.com/assets/Investors/GLEN-Half-Yearly-Report-2013.pdf>

Die Anstrengungen, die Xstrata zu unternehmen angab, waren alle rechtlich nicht verbindlich. Keine dieser Initiativen wurde von unabhängiger Stelle auf ihre Einhaltung kontrolliert oder konnte vor Gericht eingeklagt werden. Damit blieb es bei Lippenbekenntnissen, die vor allem für eine positivere Wahrnehmung des Unternehmens in der Öff-

fentlichkeit sorgten.²² Derweil klafften die positive Selbstdarstellung Xstratas und die Realität in den Abbaugebieten weit auseinander.

Dass Xstratas Nachhaltigkeitspolitik wie die übrige Firmentätigkeit dem erklärten Hauptziel des Wachstums verpflichtet war, zeigte sich in folgendem Zitat von CEO Mick Davis: »Wir glauben, dass führende Standards bei Gesundheit, Sicherheit und Umweltmanagement ebenso wie der Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger Gemeinschaften und das Führen eines Dialogs mit Stakeholders, unabhängig vom Ort, unsere Unternehmensreputation verbessert und Wettbewerbsvorteile schafft.«²³

Auch wenn es auf den ersten Blick scheinen mag, als ob Xstrata der Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert beigemessen habe, ging es in erster Linie um das Ansehen des Bergbaukonzerns. Die Nachhaltigkeitsstrategie war, obwohl Xstratas Bergbautätigkeit für die Betroffenen immer wieder verheerende Auswirkungen gezeigt hat, mit Erfolg gekrönt: In diversen Nachhaltigkeitsindizes figurierte der Konzern weit oben. Was darauf schliessen lässt, dass der Konzern wusste, wie er sich ins richtige Licht rücken konnte.

Hintergrund: Die neoliberale Restrukturierung

Der Handel von Rohstoffen ist hochgradig monopolisiert, eine überschaubare Anzahl Megakonzerne kontrolliert den Grossteil des Handels mit diesen strategischen Waren. Dieses Kapitel beleuchtet politische Entscheidungen und ökonomische Entwicklungen, die es ermöglicht haben, dass Konzerne ihre heutige Machtposition erlangen konnten.

Freie Bahn für Konzerne

Die Akkumulation des Kapitals geht vom Weltmarkt aus, erweitert und intensiviert ihn, darauf hat bereits Karl Marx im 19. Jahrhundert hingewiesen. Seit den 1990er Jahren hat die Integration des Weltmarkts jedoch eine neue Qualität erreicht, die üblicherweise als Globalisierung bezeichnet wird. Hintergrund ist die Durchsetzung des neoliberalen Projekts im Interesse der multinationalen oder globalen Konzerne und der Grossbanken. Dabei fördert und verstärkt die Weltmarktintegration die globalen Zentralisierungs- und Konzentrationsprozesse des Kapitals. Herausgebildet werden transnationale Innovations-, Produktions- und Vertriebsnetzwerke. Rohstoffe werden weltweit, vorab aber in den Ländern des Südens erschlossen und arbeitsintensive Prozesse in Billiglohnländern angesiedelt. Die Kontrolle der Technologien mit Forschung und Entwicklung sowie die Aneignung des grössten Teils der Profite erfolgen dagegen in den kapitalistischen Zentren.

Ausgangspunkt für diese Entwicklung waren die vielseitigen neoliberalen Restrukturierungsprozesse seit den 1970er Jahren. Es handelte sich zum einen um den Versuch, die US-amerikanische Hegemonie wieder herzustellen. Dazu dienten die Flexibilisierung der Wechselkurse und die radikale Abwertung des Dollars, womit es gelang, den Dollar weiterhin als Leitwährung zu positionieren. Zum andern wurden als Reaktion auf die sozialen Kämpfe

und Streiks Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre weltweit Deregulierungen durchgesetzt. Mit dem Abbau von Einschränkungen beim Handel, bei Investitionen, Kapitaltransfer und Devisenhandel sollten Konzerne auf der ganzen Welt möglichst ungehindert produzieren, investieren, verkaufen und akkumulieren können.

Das neoliberale Projekt war und ist jedoch gesamtwirtschaftlich gesehen keineswegs erfolgreich. Im Gegenteil: Die neoliberale Entwicklung hat zu einer Stagnation der Investitionen geführt, zu einer Überakkumulation von vagabundierenden Gewinnen, zur Blasenbildung und zu wirtschaftlichen und finanziellen Krisen. Dem Neoliberalismus geht es nicht um wirtschaftliche und schon gar nicht um eine nachhaltige Entwicklung, sondern lediglich um die ungehinderte Profitsteigerung und Profitaneignung für die Besitzenden, mithin um eine Umverteilung von unten nach oben. Insofern ist der Neoliberalismus kein rein ökonomisches Projekt, sondern es handelt sich um Klassenkampf von oben, bei einer dramatischen Beeinträchtigung des Wohlergehens der grossen Mehrheit der Menschen und der Umwelt. Sein Kern richtet sich auf die Erfüllung aller Wünsche der Multis und des Finanzkapitals mit Hilfe der Staaten und der internationalen Finanzinstitutionen. Ein neues Kapitel dieses Projekts wurde mit der aktuellen Weltwirtschaftskrise aufgeschlagen.

Strukturanpassung in den Ländern des globalen Südens

Die neoliberale Restrukturierung verlief in den Ländern der Peripherie besonders brutal. Von den Militärdiktaturen in Zentral- und Lateinamerika wurden die Gewerkschaften und andere organisierte soziale Kräfte mit terroristischer Gewalt zerstört, wie etwa in Chile 1973 mit dem Militärputsch und der anschliessenden Diktatur von Augusto Pinochet. Gleichzeitig wurde die Industrialisierungsstrategie, die einen Ersatz der Importe und damit eine Abkehr von der Auslandabhängigkeit angestrebte, zur Seite gewischt und freie Bahn für die ausländischen Multis geschaffen. Parallel zur Forcierung des Rohstoffexports wurden Son-

derwirtschaftszonen eingerichtet – abgegrenzte Produktionsstandorte, in denen nationale Gesetze ausser Kraft gesetzt sind und weitgehende Steuerfreiheit gilt, Zollabgaben inexistent und gewerkschaftliche Aktivitäten häufig verboten sind. Meist wird auch die gesamte Infrastruktur zu lächerlich geringen Preisen oder sogar gratis zur Verfügung gestellt. Mit dieser Entwicklung wurden bestehende Abhängigkeiten intensiviert, so dass viele von einer neokolonialen Entwicklung sprechen. In den 1980er Jahren kam es zudem zu einer grossen Verschuldungskrise, weil die früher billigen Kredite im Gefolge der US-amerikanischen Hochzinspolitik ab 1979 massiv teurer, ja unbezahlbar wurden. Mit den Krediten der internationalen Institutionen wurden den Ländern sogenannte Strukturanpassungsmassnahmen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aufgezwungen. Sie sollten in erster Linie die Zinszahlungen für das Finanzkapital sicherstellen und führten zu massiver Prekarisierung und Verarmung der Bevölkerung. Dagegen kam es aber auch immer wieder zu Mobilisierungsprozessen, sichtbar ist dies etwa in Lateinamerika, wo ab Ende des vergangenen Jahrtausends als Abkehr von der neoliberalen Politik vermehrt progressive Regierungen gewählt wurden.

Oligopolisierung und Schutz der Investitionen

Die Strategien der multinationalen Konzerne haben zum Ziel, ihre Vorteile im Herkunftsland, aber auch die weltweiten Privilegien langfristig zu garantieren. Konzerne erwerben strategische Ressourcen wie wissenschaftliche und technische Kenntnisse. Sie beuten Rohstoffvorkommen aus oder handeln mit Ressourcen oder ›commodities‹, wählen die kostengünstigsten Standorte und Produktionsprozesse und sichern die weltweite Vermarktung ihrer Produkte ab. Wegen dieser Aktivitäten lässt sich in den letzten zwei Jahrzehnten auch eine starke Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen verzeichnen. Diese werden begleitet von Firmenaufkäufen und Fusionen. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der transnational orientierten Konzerne auf deutlich über 80'000 erhöht, die natürlich nicht alle über

gleich viel Marktmacht verfügen. Im Zentrum stehen rund 150 Multis, die etwa 40 Prozent der Weltwirtschaft beherrschen.²⁴

Im Gefolge dieser Konzentrationsprozesse bilden sich auf den entscheidenden Märkten Oligopole heraus. Damit erhöht sich die Marktdominanz, und der Zugang zu Wissen und Technologie kann einfacher monopolisiert werden. Da die Multis zunehmend weltweit operieren, sind sie auch der globalen Konkurrenz ausgesetzt. Trotz ihres globalen Charakters beschränken sich jedoch viele Konzerne noch auf bestimmte Gebiete, und daher ist die heutige Weltwirtschaft immer noch durch eine Art ›Kontinentalisierung‹ geprägt. Insofern bestehen eigentliche Wirtschafts- und Handelsblöcke.

Wird die neue globale Rechtslage betrachtet, so wurden die entscheidenden Vorteile für Konzerne erstmals im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) festgeschrieben, welches 1994 in Kraft trat und mit Kapitel 11 eine der investorenfreundlichsten Vereinbarungen enthält. Zum Schutz ihrer Investitionen erhalten Konzerne mit dem Investor-Staat-Verfahren das Recht, Staaten wegen Enteignung auf Schadenersatz zu verklagen. Dabei wird Enteignung sehr weit gefasst, denn auch entgangene zukünftige Profite können darunter fallen. Die Motivation zur Enteignung, beispielsweise der Schutz der Gesundheit oder der Umwelt, wird nicht berücksichtigt, es geht einzig und allein um den Schutz der Investitionen. Weil diese Art der Schlichtungsregelung bei Enteignungen in den meisten in der Folge abgeschlossenen bi- und multilateralen sowie globalen Abkommen enthalten ist, kommt ihr zentrale Bedeutung zu. Sie stellt insofern ›hartes‹ Recht dar, weil allfällige Schuldsprüche des der Weltbank assoziierten Schiedsgerichts (ICSID) bindend sind und immer wieder zu gigantischen Entschädigungszahlungen von Staaten an die Multis führen.²⁵ Vollständig im Gegensatz dazu stehen Regeln, die von den Unternehmen die Einhaltung der Menschenrechte oder den Schutz der Umwelt verlangen. Hier sollen freiwillige Massnahmen der Unternehmen, wie zum

Beispiel der United Nations Global Compact, ausreichen. Sanktionen gegen Verstöße sind keine vorgesehen.

Standortoptimierung und Akkumulation durch Enteignung

Die erwähnten Vorteile des Globalisierungsprozesses ermöglichen den Multis die Realisierung von Extra- oder Superprofiten. Mittels Standortoptimierung wird die Ausbeutungsrate gesteigert. Bei den Löhnen bestehen vielfältige Methoden der gegenseitigen Auspielung von lokalen Belegschaften. Allerdings werden nicht nur die Arbeiter_innen gegeneinander in scharfe Konkurrenz gesetzt, es gelingt den Multis auch, die Nationalstaaten zu instrumentalisieren. Diese werden zu ›Wettbewerbsstaaten‹²⁶, so dass zu Gunsten angeblicher Konkurrenzvorteile des Standorts und damit erhoffter nationaler Entwicklungsmöglichkeiten Lohnregelungen eliminiert, Sozialleistungen abgebaut, Steuererleichterungen gewährt und die Möglichkeiten der Gewerkschaften eingeschränkt werden. Die Nationalstaaten entwickeln sich folglich zu eigentlichen Vollzugsorganen der Multis. Politisch Verantwortliche bewältigen auf mehr oder weniger repressive Weise die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der neoliberalen Politik. Dazu werden tendenziell die demokratischen Rechte eingeschränkt und die Überwachungsmöglichkeiten ausgebaut. Abgesichert wird damit die Umverteilung von Löhnen zu Profiten.

Superprofite werden aber nicht nur durch eine Verschärfung der Ausbeutung der Lohnabhängigen, mithin durch Standortoptimierung, Lohnrestriktion, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Prekarisierung und Arbeitsintensivierung gemacht, sondern auch durch eine Zunahme der ›Akkumulation durch Enteignung‹.²⁷ Diese spielt eine zentrale Rolle in den in ihrer Souveränität eingeschränkten und wirtschaftlich abhängigen Ländern des globalen Südens. Grosse Profite werden gemacht, indem sich die multinationalen Konzerne die Ressourcen in diesen Ländern aneignen und in Wert setzen. Dabei geht es vornehmlich um Land,

Wasser, Bodenschätze, Pflanzen, Wissen. Diese lokale Enteignung wird verschärft durch die Ausdehnung des Patentschutzes, aber auch durch Privatisierungen öffentlicher Infrastrukturen und Güter. Mit diesen Privatisierungen wird zunächst kein Mehrwert geschaffen, sondern es werden Werte angeeignet, die von anderen produziert worden sind beziehungsweise der Allgemeinheit gehören. Akkumulation durch Enteignung spielt aber auch in den Zentren eine Rolle, wenn wir an die Privatisierungen und die damit verbundene Verteuerung und Verschlechterung der Dienstleistungen denken, an die ständig steigenden Mietkosten oder an die Enteignung der Kleinsparer_innen bei Finanzanlagen durch die Pensionskassen. Die weit überdurchschnittlichen Profite der grossen Spekulanten sind nur mit einer Enteignung der Masse der kleinen Sparerinnen und Sparer zu erreichen.²⁸

Die Superprofite der multinationalen Konzerne und des Finanzkapitals beruhen also zusammengefasst auf drei Strategien: Erstens auf der Steigerung der direkten Ausbeutung der Lohnabhängigen im neoliberalen Regime. Zweitens auf der ›sekundären Ausbeutung‹ im Reproduktionsbereich, wie etwa im Wohnungs- und Kreditbereich.²⁹ An dritter Stelle kommt die Plünderung durch Enteignung. Damit erklären sich nicht nur die Superprofite der Multis und der Grossbanken, sondern auch die massive Umverteilung des Reichtums zu Gunsten dieser Akteure.

Rohstoffdrehscheibe Schweiz

Rohstoffe, bei denen Energierohstoffe, mineralische Rohstoffe und Agrarrohstoffe unterschieden werden können, sind tendenziell knapp. Daher ermöglichen die Gewinnung und der Handel dieser Ressourcen riesige Spekulationsgewinne. Die Nachfrage nach Rohstoffen wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch erhöhen. Gleichzeitig ist der Kapitalbedarf bei der Rohstoffgewinnung und im Rohstoffhandel gross und risikobehaftet. Das Dickicht der börslichen und ausserbörslichen Aktivitäten und Instrumente wird dabei immer unübersichtlicher und undurchdringlicher. Insbesondere volatiles Kapital, bestehend aus überschüssigen, aufgrund der hohen Profiterwartungen nicht investierten Gewinnen, hat sich in den letzten Jahren angesichts von tiefen Zinssätzen und Investitionseinschränkungen vermehrt auf Rohstoffe, den Bergbau sowie fruchtbares Land ausgerichtet. Wegen der massiven Umverteilung zu Gunsten der Profite betätigen sich neben den zentralen Akteuren in den Multis eine Vielzahl von Mitschwimmern wie Banken, Hedgefonds, Arbitrageure und Swap-Händler.³⁰

Gerade im Rohstoffbereich hat die Zentralisierung und Konzentration extrem stark zugenommen. Immer weniger und grössere Firmen kontrollieren einen immer höheren Anteil der Wertschöpfung. Rohstoffgewinnung und Rohstoffhandel sind mithin keine unpolitischen Geschäfte. Bei allen diesen Aktivitäten sind oft Bezüge und Verquickungen mit mehr oder weniger legitimierten Regierungen und Autokraten oder Despoten notwendig, sei es beim ›Land Grabbing‹ oder bei Schürflizenzen. Korruption ist deshalb weit verbreitet, ja zentrales Geschäftsgebaren.

In der Schweiz gibt es rund 500 Rohstofffirmen, die von den politischen und wirtschaftlichen Eliten und insbesondere auch vom Bundesrat durchgängig geschützt werden. Diese Firmen decken praktisch alle Rohstoffe ab – dies von der Förderung bis zum Verkauf, auch wenn der Handel im

Zentrum steht. In den letzten Jahren hat sich die Kritik an den Machenschaften dieser Firmen erhöht. Insbesondere Genf und Zug sowie in kleinerem Ausmass Lugano, die offiziell euphemistisch als Rohstoff-Cluster bezeichnet werden, erhielten diesbezüglich auch einen zweifelhaften Ruf.

Insgesamt geht es um rund 10'000 Arbeitsplätze und rund 3,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz. Zu den Umsätzen und Gewinnen kursieren unterschiedliche Zahlen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) geht von Transiterlösen von 763 Milliarden Franken für 2011 (das Bruttoinlandprodukt der Schweiz beläuft sich auf 580 Milliarden Franken!) und Nettoeinnahmen von etwas mehr als einer Milliarde Franken aus. Damit liegt die Rohstoffbranche gemäss dem EDA-Rohstoffbericht von 2013 nun vor dem Fremdenverkehr und den Finanzdiensten der Banken. Ungeachtet von genauen quantitativen Festlegungen ist die Schweiz der grösste Rohstoffhandelsplatz der Welt geworden. Die weltweit umsatzstärksten Firmen sind mit Niederlassungen anwesend. Die niedrige Besteuerung, die wirtschaftliche und soziale Stabilität, die nahezu inexistente Regulierung sowie qualifizierte Arbeitskräfte bilden zweifellos wesentliche Attraktionspunkte der Schweiz für global tätige Firmen. Gemäss einer Londoner Studie entzieht der Rohstoffhandelsplatz Schweiz als Steuerfluchthafen den Abbauländern Kapital in Milliardenhöhe. Konkret handelt es sich um Steuergelder zwischen 8 und über 100 Milliarden Dollar.³¹ Aufgrund der Undurchsichtigkeit des internationalen Rohstoffhandels ist eine genaue Berechnung sehr schwierig. Als weiterer Vorteil des Firmensitzes in der Schweiz kommt hinzu, dass dieses Land mit diversen Ländern Investitionsschutzabkommen unterzeichnet hat, was den Unternehmen nicht nur eine grosse rechtliche Sicherheit bietet, sondern zudem die Möglichkeit, gegen Staaten zu klagen, wenn ihre Investitionen tangiert werden (siehe auch Kapitel Bolivien: Druckversuche von Glencore, S. 130).

Der Aufstieg der Rohstoffbranche begann in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit der Jahrtausendwende

hat er sich beschleunigt und intensiviert. Es erfolgte in der Schweiz eine Diversifizierung von der Maschinen- und chemischen Industrie zum Bankenplatz und zur Rohstoffdreh-scheibe. Beispielsweise laufen drei Viertel des russischen Erdöls, ein Drittel der Agrarrohstoffe, 60 Prozent der Metalle, 60 Prozent bei Kaffee und 50 Prozent beim Zucker, rund 35 Prozent bei Getreide, Reis und Ölsaaten über die Schweiz.³² Insgesamt schätzt die Erklärung von Bern den schweizerischen Anteil beim globalen Rohstoffhandel auf zwischen 15 und 25 Prozent.³³ Wichtigste Player neben Glencore Xstrata auf Platz zwei sind Vitol auf Platz eins, Trafigura, Mercuria, Cargill auf den Plätzen drei, vier und zehn.³⁴ Als Lobbyorganisationen der Rohstoffhandelsfirmen fungieren die drei Zusammenschlüsse Geneva Trading and Shipment Association (GTSA mit über 80 Mitgliedern – von Banken über Versicherungen bis zu Händlern), Zug Commodity Association (ZCA) und Lugano Commodity Trading Association (LCTA).

Beim Rohstoffhandel übersteigt der Anteil des Papierhandels den physischen Handel um ein Vielfaches. Auch wenn die Schweizer Börsen im Gegensatz zu denjenigen anderer Staaten heute im Rohstoffhandel noch keine sehr wichtige Rolle spielen, ist durchaus denkbar, dass sie sich einen grösseren Anteil an diesem Kuchen sichern möchten. Zurzeit gibt es etwa 50 Rohstoffhandelsbörsen mit gut 90 Waren; China ist dabei führend bei den Agrarrohstoffen. Wichtig ist aber nicht nur der Rohstoffhandel im engeren Sinne, sondern auch die angrenzenden Dienstleistungsunternehmen, wie Versicherungen, Transportgesellschaften, Sicherheitsfirmen, Warenprüfung, Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen, Finanzierungsgesellschaften etc. All dies ist vor allem in Genf vorhanden. Neben der Verortung der riesigen Gewinne sind die Details der Finanzströme und Finanztransaktionen inklusive der Besteuerung sowie der Lieferketten äusserst undurchsichtig. Transparenz scheuen Konzerne wie der Teufel das Weihwasser. Forderungen nach Transparenz bilden daher einen – wenn auch sehr beschränkten – Ansatzpunkt für die Kritik an den Firmen und

am Handelsplatz. Weitere wichtige Kritikpunkte sind die extrem ungleiche Aneignung der Überschüsse, die Machtkonzentration und das Machtgefälle, die Einschränkung von sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Rechten sowie die Umweltverschmutzung.

In der Schweiz ist die sektorspezifische Regulierung absolut ungenügend. Anstelle einer klaren und verbindlichen Regulierung erwähnt der erste Rohstoffbericht des Bundesrats lediglich 17 Empfehlungen, die als freiwillig zu verstehen sind.³⁵ Neben diesen Empfehlungen soll in Zukunft der Handel etwas genauer im Blick behalten werden. Zu erwarten ist freilich kaum mehr als die Darlegung eines minimalen Handlungsbedarfs. Insbesondere ist auch absehbar, dass NGOs ins Boot genommen werden sollen (Empfehlungen 16 und 17), was einige sicherlich gerne akzeptieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die extrem vorangetriebene Deregulierung im neoliberalen Projekt zu einer weitgehend schrankenlosen Macht einer kleinen Anzahl von Multis geführt hat. Glencore Xstrata gehört zu diesem Kreis, und die Schweiz besitzt eine zentrale und strategische Position für das transnationale Kapital. Auf der Strecke geblieben sind – in mehr oder weniger grossem Ausmass – soziale Verantwortung, ökonomischer Ausgleich, nachhaltige Entwicklung und Demokratie. Die masslose Steigerung der Profite ist das Ziel, eine extreme globale Umverteilung das Resultat. Doch damit verschärfen sich auch die Krisentendenzen im Sozialen, Politischen und Ökologischen. Eine aussichtsreiche Bewältigung dieser Probleme ist nur über die Einschränkung der Marktmacht der Konzerne, eine globale Re-Regulierung und eine umfassend angelegte Demokratisierungsstrategie möglich.

Konflikte rund um den Rohstoffabbau durch Glencore Xstrata

Arbeitskonflikte

Bereits vor der Fusion hatten sowohl Glencore wie auch Xstrata einen Ruf als antigewerkschaftliche Unternehmen. Xstrata stellte sich zwar in seinen Nachhaltigkeitsberichten als sozial verantwortungsvolles Unternehmen dar, die Realität in den Minen beider Konzerne aber sah und sieht bis heute anders aus.

Erst im November 2013 entliess eine Tochterfirma von Glencore Xstrata in Peru kurzerhand sämtliche Mitglieder einer neu gegründeten Gewerkschaft. Diejenigen, die sich unter dem Druck des Unternehmens von der Gewerkschaft lossagten, erhielten ihre Stelle kurz darauf wieder zurück. Dies ist kein Einzelfall. In Kolumbien wurde Gewerkschaftern in einer Tochtergesellschaft von Glencore mit der Entlassung gedroht. Gleichzeitig bot ihnen der Konzern einen finanziellen Anreiz an, wenn sie aus der Gewerkschaft austräten. In Australien wurde die Gewerkschaft in den Vorbereitungen zu einem neuen Kollektivvertrag schlichtweg übergangen, indem die Firmenleitung Treffen mit den Arbeitern einberief, ohne die Gewerkschaft zu informieren.

In Arbeitskonflikten in Kolumbien ist der Konzern oft zu keinen oder aus der Sicht der Gewerkschaften ungenügenden Zugeständnissen bereit, es scheint, als liesse er es auf eine Eskalation ankommen. In dem südamerikanischen Land kam es in den letzten beiden Jahren zu den längsten Streiks in der Geschichte der Kohleminen von Glencore und Xstrata. Die Unterfirmen der Glencore-Tochter Prodeco reichten gleich mehrere Klagen gegen die Gewerkschaft ein, um die Arbeitsniederlegung als illegal erklären zu lassen. Auch wenn die Klagen in erster Instanz abgewiesen wurden, zogen sie hohe Kosten für die Gewerkschaft nach sich. Das Vorgehen des Multis und die Tatsache, dass er nach einem letztinstanzlichen Urteil zu seinen Gunsten die Entlassung der Gewerkschaftsführungspersonen einleitete, lässt vermuten, dass die Gewerkschaft geschwächt, wenn nicht zerschlagen werden sollte. Während Arbeitskonflikten

in Kolumbien wurden Gewerkschafter wiederholt von Paramilitärs mit dem Tod bedroht. MultiWatch ist nicht bekannt, dass sich der Konzern von solchen Drohungen distanziert oder etwas unternommen hätte, um seine Arbeiter zu schützen. Auf entsprechende Fragen von MultiWatch hat er nicht geantwortet.

In verschiedenen Ländern haben staatliche Sicherheitskräfte Streikposten oder Proteste von Mineuren und Unterstützenden vor Tochterfirmen von Glencore und Xstrata gewaltsam geräumt. Zu einem verheerenden Massaker kam es 2012 beim Unternehmen Lonmin in Südafrika, zu rund einem Viertel in Besitz von Xstrata: Polizisten schossen auf streikende Arbeiter der Lonmin-Platinmine in Marikana und töteten 34 Arbeiter.

In den meisten Abbauregionen werden immer mehr Arbeiten an Subunternehmen ausgelagert. Die über diese Drittfirmen angestellten Leih- und Temporärarbeiter_innen verrichten oft die gleiche Arbeit wie die Festangestellten, sind aber zu deutlich schlechteren Bedingungen angestellt und haben weniger oder gar keine Arbeitsplatzsicherheit. Zudem wird durch die Anstellung bei einer Unterfirma auch die gemeinsame gewerkschaftliche Organisierung mit den Festangestellten erschwert oder ganz verhindert. Eine permanente Forderung der Mineure beispielsweise in Kolumbien ist deshalb auch, dass alle Arbeiter Direktverträge bekommen müssen: sichere Arbeitsplätze für alle, gleicher Lohn und gleiche Bedingungen für gleiche Arbeit. Unter äusserst prekären Bedingungen arbeiten Mineure im Kongo und in Südafrika, wie die Beispiele aus diesen beiden Ländern aufzeigen.

Immer wieder ist auch der Gesundheitsschutz Thema bei Arbeitskonflikten: Die Arbeit in den Minen ist hart, gefährlich und hat immer wieder Erkrankungen und Todesfälle zur Folge. Gemäss eigenen Angaben des Konzerns starben im ersten Jahr nach der Fusion 27 Arbeiter bei Arbeitsunfällen. 2011 hatte Glencore erstmals eine Zahl zu diesem Thema preisgegeben: Für die Periode 2008 bis 2010 wies der Konzern in seinem ersten Nachhaltigkeitsbericht 56

*Todesfälle bei Arbeitsunfällen aus. Ein Minenexperte bezeichnete den Konzern als eines der gefährlichsten an der Londoner Börse kotierten Bergbauunternehmen.*³⁶

Glencore-Tochter Prodeco in Kolumbien: Hartes Vorgehen gegen Gewerkschaften

Die Arbeitspolitik, die Glencore in den letzten Jahren gegenüber den Arbeitern von Prodeco und den dazugehörigen Tochterfirmen (siehe Kasten S. 48) betrieben hat, hat die gewerkschaftliche Arbeit massiv erschwert, Gewerkschafter sind wiederholt unter Druck geraten. Die komplizierte Firmenstruktur (siehe auch Kapitel ›Macht und Einfluss des Megakonzernts‹) trägt zudem dazu bei, dass es fast unmöglich ist, eine gemeinsame gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der Unterfirmen zu erreichen. Tarifverhandlungen konnten die Arbeiter so immer nur mit einzelnen Subunternehmen führen. Wurden Kollektivverhandlungen aufgenommen, so zögerte der Konzern gemäss der Gewerkschaft eine Einigung hinaus, bis die Arbeiter zum Mittel des Streiks griffen oder ein Schiedsgericht einberufen werden musste. Das Unternehmen hat mittels Gerichtsklagen immer wieder versucht, Streiks als illegal erklären zu lassen – zum Teil mit Erfolg –, und wichtige Schiedsverfahren sind bis heute blockiert.

Entlassung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern

Anfang August 2007 verbarrikadierten 117 entlassene Minenarbeiter und ihre Familien die Eingänge der Mine Hierbabuena in La Jagua. Die Entlassenen hatten zuvor beim Glencore-Subunternehmen Operadores Mineros del Cesar (OMC) gearbeitet. Im März 2007 hatten sich die OMC-Arbeiter der Gewerkschaft Sintramienergética angeschlossen. Kurz darauf hatte Glencore die Zusammenarbeit mit OMC gekündigt – angeblich wegen mangelnder Rentabilität – und neue Arbeiter eingestellt. Mitte August räumte die Polizeisondereinheit ESMAD die Blockaden der Entlassenen gewaltsam weg, 25 Personen wurden verletzt.³⁷

Drei Jahre später schlossen sich Arbeiter einer weiteren Tochterfirma, des Consorcio Minero Unido (CMU), der Gewerkschaft Sintramienergética an und reichten der Firma einen Forderungskatalog für Tarifverhandlungen ein. Daraufhin drohte das Unternehmen diesen Arbeitern mit der Entlassung und verweigerte ihnen den Essenzuschuss. Gleichzeitig offerierte es finanzielle Anreize für den Austritt aus der Gewerkschaft oder dafür, ihr erst gar nicht beizutreten.³⁸ Bis heute ist es zu keiner Einigung zwischen dem CMU und der Gewerkschaft gekommen. Der Aushandlungsprozess mündete in ein Schiedsverfahren, das jedoch bis heute blockiert ist.

98-tägiger Streik der Arbeiter

Anders als beim CMU kam es bei Carbones de La Jagua (CdJ) am 17. Juli 2008 – als die Gewerkschafter kurz davor waren, in den Streik zu treten – zur Vertragsunterzeichnung mit Sintramienergética. Auch wenn die Gewerkschaft wesentliche Forderungen, wie beispielsweise diejenige nach der Behandlung aller Tochterunternehmen als einzige einheitliche Firma, nicht hatte durchsetzen können, zog sie das Ergebnis einem zermürbenden Streik mit Repression und Verletzten vor. Bei der Neuverhandlung des Kollektivvertrags vier Jahre später hingegen kam es zu keiner Einigung, worauf die Gewerkschafter am 19. Juli 2012 in den Streik traten. Glencores Tochterfirmen reichten insgesamt drei Klagen ein, um den Streik wegen angeblicher Gewaltausübung und Bestreikung von Drittfirmen als illegal erklären zu lassen. Zwei Klagen wurden vom Bezirksgericht in Valledupar erstinstanzlich abgewiesen, auf eine dritte Klage trat das Gericht gar nicht erst ein. Nichtsdestotrotz hatten die Klagen für die Gewerkschaft hohe Kosten zur Folge, etwa für Anwälte. Sintramienergética war überzeugt, dass der Konzern die Gewerkschaft zermürben wollte.³⁹

Während des Streiks verweigerte Glencore Verhandlungen oder knüpfte diese an Forderungen, die aus Sicht der Gewerkschaft unerfüllbar waren – so dürfe die Tochterfirma CMU nicht weiter bestreikt werden, obwohl die

Gewerkschaft die Unterfirmen als Unternehmenseinheit sah und auch das Arbeitsministerium ersucht hatte, diese Einheit offiziell festzustellen (zur künstlichen Auftrennung des Unternehmens siehe Kapitel ›Wie der Konzern den Fiskus umgeht‹). Auch während der vom Arbeitsministerium einberufenen Vermittlungskommission kam es zu keiner Einigung. Der Konzern war nur zu ungenügenden Zugeständnissen bereit. Sintramienergética beendete schliesslich den Streik nach 98 Tagen aus Angst, dass das Oberste Gericht den erstinstanzlichen Entscheid umstossen könnte. Dies hätte Glencore ermöglicht, den Streik gewaltsam aufzu-

Glencore Xstrata in Kolumbien

Glencore Xstrata ist im Departement La Guajira, im Norden Kolumbiens, zu einem Drittel an der Kohletagebaumine El Cerrejón beteiligt. Weiter besitzt der Konzern über die Tochterfirma Prodeco vier Kohletagebaubergwerke im Departement Cesar und ist an der Eisenbahntransportgesellschaft FENOCO (Ferrocarriles del Norte de Colombia) und am Hafen Zúñiga im Departement Magdalena beteiligt. Zu Prodeco gehörte ausserdem der Kohlehafen in Santa Marta, der 2013 geschlossen und vom neuen Hafen ›Puerto Nuevo‹, betrieben von Prodecos Tochterfirma ›Sociedad Portuaria Puerto Nuevo S.A.‹, abgelöst worden ist. Glencore Xstrata ist ausserdem über die Tochtergesellschaft Dowea SAS an einer Kupferkonzession namens ›Pantanos-Pegadorcito‹ in Antioquia beteiligt.

Kohlemine El Cerrejón

El Cerrejón ist die weltweit grösste Kohletagebaumine. Das Konzessionsgebiet erstreckt sich über 69'000 Hektaren und übertrifft damit die Fläche des Bodensees, derzeit wird auf rund 13'000 Hektaren Fläche Kohle abgebaut. Im Jahr 2012 wurden 32,8 Millionen Tonnen Steinkohle exportiert. El Cerrejón beschäftigt laut der Gewerkschaft Sintracarbón 4300 Festangestellte, rund 350 Temporärarbeiter und 6000 über Subunternehmen angestellte Leiharbeiter_innen.

1995 übernahm Glencore International AG erste Anteile, ab

lösen und sämtliche daran beteiligten Arbeiter zu entlassen. Ausserdem hatte das Arbeitsministerium zu diesem Zeitpunkt endlich das obligatorische Schiedsgericht einberufen – bis heute ist dieses jedoch zu keinem Ergebnis gekommen. Das schleppende Verfahren weckt Erinnerungen an frühere Schiedsverfahren mit Glencore, etwa als im erwähnten Fall der Tochtergesellschaft CMU nach über zwei Jahren Verzögerung durch das Unternehmen endlich ein Urteil gefällt wurde, der Konzern dieses jedoch umgehend anfocht.⁴⁰

Fast ein halbes Jahr nach dem Ende des Streiks, am 10. April 2013, befand der Oberste Gerichtshof entgegen der

2002 besaßen Anglo American, BHP Billiton und Glencore je ein Drittel des Bergwerks. 2006 verkaufte Glencore seinen Anteil an Xstrata, blieb jedoch als grösster Aktionär von Xstrata indirekt an El Cerrejón beteiligt. Auf 2015 ist die Umsetzung des Erweiterungsprojekts P40 geplant, das die Produktion innerhalb des bestehenden Terrains um 25 Prozent auf 40 Millionen Tonnen erhöhen soll. Dies zieht den Ausbau der Transportkapazität der Eisenbahn und des Verladehafens Bolívar nach sich. Ein weiteres Expansionsprojekt (P500) hat El Cerrejón im November 2012 nach Protesten vorläufig gestoppt. Dieses Projekt hätte die Umleitung des Flusses Ranchería auf 26 Kilometern Länge zur Folge gehabt.

Kohleminen der Prodeco-Gruppe

Im Departement Cesar baut die Prodeco-Gruppe im Besitz von Glencore Xstrata über vier Tochterfirmen Steinkohle ab: Carbones El Tesoro, Consorcio Minero Unido und Carbones de La Jagua betreiben zusammengefasst unter dem Projekt ›La Jagua‹ in der Gemeinde La Jagua de Ibirico je eine Kohlemine, und C.I. Prodeco S.A. betreibt die Mine Calenturitas in der Gemeinde El Paso. Diese Bergwerke übernahm Glencore International AG zwischen 1995 und 2007. Sie produzieren zusammen über 14 Millionen Tonnen Kohle jährlich und bilden den drittgrössten Kohleproduzenten Kolumbiens.

erstinstanzlichen Urteile, dass am ersten Tag des Streiks Gewalt angewendet worden sei, weshalb der Streik für illegal zu erklären sei. Die Gewerkschaft warf dem Konzern eine unzulässige Einflussnahme vor: Für die Beschwerde hatte Glencore die Dienste eines Anwalts beansprucht, der bis vor kurzem selbst an diesem Gerichtshof Richter gewesen war.⁴¹

Nach der Illegalerklärung des Streiks begann die Glencore-Tochter CdJ mit der Entlassung von am Streik beteiligten Gewerkschaftern. Das Unternehmen stellte 21 Arbeiter frei und bezahlte ihnen nur noch den Grundlohn; beim Arbeitsministerium beantragte es die Entlassung dieser Arbeiter. Sieben weitere Arbeiter, wegen Erkrankungen arbeitsunfähig, sollten ebenfalls entlassen werden. Unter den Gewerkschaftern, deren Entlassung CdJ anstrebte, befanden sich der Präsident der Sektion La Jagua, der Pressesprecher, der Kassier sowie der Bildungssekretär der Gewerkschaftssektion.⁴² Mit den Entlassungen würde also die Gewerkschaftsführung aus dem Betrieb verschwinden.

Einige der Führungspersonen von Sintramienergética hatten während des Arbeitskonflikts Morddrohungen erhalten. Anfang April 2013 wurde das Büro von Sintramienergética in Valledupar beschossen, und ein Communiqué der paramilitärischen Gruppe ›Los Rastrojos‹ erklärte die Gewerkschaft zum militärischen Ziel.⁴³ In einer weiteren Todesdrohung an Gewerkschaftsführer im August desselben Jahres lobte die paramilitärische Organisation den Fortschritt und Wohlstand, den multinationale Konzerne wie Glencore brächten. MultiWatch ist nicht bekannt, dass sich Glencore öffentlich von solchen Drohungen distanziert hätte, auch wenn die Paramilitärs darin praktisch für die Konzerne Partei ergriffen. Auch ist MultiWatch nicht bekannt, dass Glencore Schutzmassnahmen für seine Arbeiter veranlasst hätte. Auf diesbezügliche Fragen an den Konzern hat der Menschenrechtsverein keine Antwort erhalten.

El Cerrejón in Kolumbien: mangelnder Gesundheitsschutz und Arbeitsauslagerung

Weiter nördlich in Kolumbien, in der grössten Kohletagebaumine der Welt, El Cerrejón – zu einem Drittel im Besitz von Xstrata (vgl. Kasten S. 48) –, spitzte sich im Jahr 2013 ebenfalls ein Arbeitskonflikt zu. Am 7. Februar 2013 beschloss die Gewerkschaft Sintracarbón, in Streik zu treten – zum ersten Mal seit 22 Jahren. Dies, nachdem das Konsortium El Cerrejón während zwei Monaten Verhandlungen nicht auf die Forderungen der Gewerkschaft eingegangen war. Sintracarbón hatte mehr Investitionen in den Umweltschutz und eine Lohnerhöhung von 7 Prozent verlangt. Zum Forderungskatalog gehörte auch das Thema Gesundheitsschutz, insbesondere die Anerkennung der Arbeit in der Mine als riskante Arbeit, sowie Versicherungsschutz. Weiter forderte die Gewerkschaft, dass die Lohnerhöhung ebenfalls für die rund 6000 Leiharbeiter_innen, sprich die Angestellten von Subunternehmen, gelten solle.⁴⁴ Während der Verhandlungen erhielten der Präsident sowie der Verhandlungsführer der Gewerkschaft Sintracarbón mehrmals Drohungen per SMS. Ausserdem hielten sich bewaffnete Personen in der Nähe ihrer Wohnhäuser auf.⁴⁵ Anfang März 2013 gelang es, nach genau einem Monat Streik, einen neuen Kollektivvertrag zu unterzeichnen. Dieser betraf jedoch lediglich die Festangestellten. Während des Streiks hatten Subunternehmen die Verträge ihrer Angestellten kurzerhand suspendiert, womit diese mehrere Wochen ausgesperrt blieben.

Häufige Arbeitserkrankungen

Gesundheitsschutz ist ein wiederkehrendes Thema in praktisch allen Arbeitskonflikten der Kohleminen Kolumbiens, Arbeitserkrankungen sind keine Seltenheit. So leiden zahlreiche Fahrer der 360-Tonnen-Lastwagen unter Rückenproblemen; ihre Fahrerkabine wird jedes Mal, wenn eine tonnenschwere Schaufelladung Kohle auf den Laster gekippt wird, in die Höhe gehoben und prallt anschliessend wieder auf den Boden. Auch Atemwegserkrankungen bei

den Minenarbeitern kommen aufgrund der schweren Kohlestaubbelastung häufig vor (zu Luftbelastung und Krankheiten siehe auch Kapitel ›Umweltkonflikte‹ und ›Soziale Konflikte‹).

Bereits 2009 waren die Probleme Gesundheitsschutz und arbeitsbedingte Erkrankungen Thema bei den Kollektivverhandlungen von Sintracarbón mit El Cerrejón gewesen. Rund 300 betroffene Minenarbeiter mussten mangels Behandlungszentren vor Ort weite Reisen auf sich nehmen. Das Unternehmen weigerte sich, diese zu entschädigen. Vielmehr handelte El Cerrejón mit den Betroffenen Abgangsentschädigungen aus und entledigte sich so des Problems.⁴⁶

Arbeitsauslagerung zu schlechteren Bedingungen

Ebenso führte 2009 die Verhinderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter von Subunternehmen zu Konflikten: Der neu gegründeten Gewerkschaft Sintrans war es gelungen, rund 80 Prozent der Chauffeure des Transportunternehmens Sotrans zu organisieren. Dieses Unternehmen weigerte sich jedoch, über den Forderungskatalog der Gewerkschaft zu verhandeln, entliess zwei Gewerkschafter und verlängerte die befristeten Arbeitsverträge der organisierten Arbeiter nicht mehr. Ähnlich lief es mit der Gewerkschaft Sintrachaneme des Unternehmens Chaneme Comercial. Die meisten der organisierten Arbeiter gaben dem Druck des Unternehmens nach und verliessen die Gewerkschaft, so dass Sintrachaneme zur Minderheitsgewerkschaft wurde und keinen Kollektivvertrag mehr unterzeichnen konnte.⁴⁷ Es ist nicht bekannt, dass El Cerrejón sich dafür eingesetzt hätte, dass seine Subunternehmen die Gewerkschaftsrechte respektieren.

Bis heute klaffen die Arbeitsbedingungen der über Subunternehmen Angestellten und der bei El Cerrejón Festangestellten weit auseinander. Mit Auslagerungen an Subunternehmen sparen Produzenten nicht nur Lohnkosten, sondern entziehen sich der Verantwortung für die Arbeitsbedingungen einer Grosszahl der Arbeiter_innen. Den Preis

zahlen die über Subunternehmen angestellten Leiharbeiter_innen, die nicht nur tiefere Löhne und schlechtere Bedingungen haben, sondern in direkte Konkurrenz zu den Festangestellten gestellt werden.

Verhinderung der gewerkschaftlichen Organisation in Espinar, Peru

Ende November und Anfang Dezember 2013 erhielten 35 Angestellte der Mine Tintaya Antapaccay (siehe Kasten S. 76) in der peruanischen Andenprovinz Espinar die Kündigung per Ende Monat. Wenige Tage zuvor war die Gewerkschaft Sitramina (Sindicato de trabajadores funcionarios de la compañía minera Antapaccay) bei den Behörden registriert worden. Die 35 entlassenen Angestellten gehörten alle der neu gebildeten Gewerkschaft an.

Nur wenige Tage später suchte ein Anwalt des Minenunternehmens die Entlassenen auf und bot ihnen die Wiedereinstellung an, allerdings unter einer Bedingung: Sie müssten schriftlich erklären, dass sie unwiderruflich aus der Gewerkschaft austräten. Ebenfalls stand in dem vorgedruckten Dokument, dass die Arbeiter nie die Absicht gehabt hätten, Teil einer Gewerkschaft zu bilden, sondern sich ihr im Glauben angeschlossen hatten, dass es sich um einen Verein handle.⁴⁸ 28 der 35 Gewerkschafter unterschrieben das Dokument und erhielten ihre Anstellung zurück. Zwei akzeptierten die Kündigung und die restlichen weigerten sich, vor der arroganten, gewerkschaftsfeindlichen Haltung des Unternehmens klein beizugeben.

Kurz vor Weihnachten verfassten die Firmenanwälte dann einen weiteren Brief im Namen der ehemaligen Gewerkschaftsmitglieder, in dem sie die zuständigen Behörden baten, die Registrierung der Gewerkschaft zu löschen, da die Anzahl Mitglieder unter die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von zwanzig gesunken sei.

Die fünf entlassenen Arbeiter reichten kurz darauf eine Verfassungsbeschwerde beim Verwaltungsgericht von Cusco ein, in der sie ihre Wiedereinstellung und die Respektierung ihrer Gewerkschaftsrechte verlangten. Ende Februar

2014 stellte ein Arbeitsinspektor des peruanischen Arbeitsministeriums fest, dass das Unternehmen mit seinem gewerkschaftsfeindlichen Vorgehen Gewerkschaftsrechte verletzt hatte.⁴⁹

Laut den Angestellten hatte sich das Arbeitsverhältnis von dem Moment an verschlechtert, als Xstrata die Mine übernahm. Das Management Xstrata hatte den 450 technischen und Verwaltungsangestellten mitgeteilt, dass sie nun als ›Vertrauensangestellte‹ eingeteilt würden, eine Statusänderung, die zur Folge hatte, dass diese Angestellten sich nicht mehr an kollektiven Verhandlungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen beteiligen dürften. 2013 präziserte das Oberste Gericht Perus jedoch, dass ›Vertrauensangestellte‹ direkt dem Management unterstellt sein müssten, ohne dass Zwischenhierarchien bestünden. Sie müssten zudem Zugang zu vertraulichen Dokumenten des Unternehmens haben und mit Aufgaben betraut sein, die sie direkt mit dem Management besprechen.⁵⁰ Es ist kaum anzunehmen, dass 450 Angestellte in Tintaya direkt dem Management unterstellt sind. Jedoch bildete Ende 2013 die angebliche Position als ›Vertrauensangestellte‹ der Mitglieder der neu gebildeten Gewerkschaft den Vorwand, um sie zu entlassen.

Das Verhalten des Minenbetreibers lässt vermuten, dass er keine neuen Gewerkschaften zulassen will. Damit hat er sich über die in internationalen Konventionen festgeschriebene Vereinigungs- und Gewerkschaftsfreiheit hinweggesetzt. Die Erklärung im kurz vor den Entlassungen veröffentlichten Konzern-Nachhaltigkeitsbericht 2012, dass Glencore Xstrata die Rechte der Arbeiter_innen auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Vertretung hochhalte, wirkt in diesem Kontext zynisch.

Glencore-Tochter Perubar: Minenschliessung statt Festanstellungen

Auch in anderen Minen in Peru ist Glencore Xstrata rabiata gegen Gewerkschaften vorgegangen. 2008 verfügte das Minenunternehmen Perubar, zu 85 Prozent im Besitz von Glencore, kurzerhand die Einstellung der Arbeiten und die

Entlassung aller Minenarbeiter der Rosaura-Mine in Chicla (Provinz Lima). Insgesamt standen 500 Minenarbeiter von vier Leihfirmen von einem Tag auf den andern auf der Strasse. Als Begründung für die Schliessung gab das Unternehmen die gesunkenen Rohstoffpreise an.

Die Organisation der Minenfrauen (Central Nacional de la Mujer Minera CNMM) sah andere Gründe. Sie vermutete, dass Perubar die Arbeitsverhältnisse weiter flexibilisieren und Anstellungen nur noch über Subunternehmen tätigen wollte – um sich so arbeitsrechtlicher und sozialer Verpflichtungen zu entledigen. Zum Zeitpunkt der Schliessung der Rosaura-Mine liefen Verhandlungen über eine Gewerkschaftsklage gegen Perubar wegen Verletzung arbeitsrechtlicher Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Anstellung von Leiharbeiter_innen über Drittfirmen. Die Massenentlassung durch die Schliessung der Rosaura-Mine schuf diesbezüglich vollendete Tatsachen. Beinahe verhinderte die Schliessung zudem die Bildung einer sich im Aufbau befindenden Gewerkschaft: Ausgehend von der Mine Rosaura waren 2008 die letzten Vorbereitungen zur Gründung einer nationalen Gewerkschaft der via Subunternehmen angestellten Minenarbeiter im Gange. Der Gründungskongress konnte in der Folge nicht wie geplant im Dezember 2008 stattfinden. Die Arbeiter liessen aber nicht locker, und fünf Monate später war die neue Gewerkschaft Sintramin (Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros Metalúrgicos) amtlich registriert.

Sintramin tritt auch heute noch als kämpferische Gewerkschaft auf und ist Partei im Prozess wegen der Massenentlassungen gegen Perubar. 2008 hatte die Gewerkschaft vor dem peruanischen Arbeitsgericht Klage wegen missbräuchlicher Massenentlassung eingereicht. Am 26. August 2013 erging das erstinstanzliche Urteil. Es stellte fest, dass zwar auf die Arbeiter Druck ausgeübt worden sei, in ihre Entlassungen einzuwilligen, dass sie aber dadurch, dass sie im gleichen Zusammenhang die Auszahlung ihrer Sozialbeiträge akzeptierten, auch ihre Entlassung akzeptiert hätten.

Dagegen hat die Gewerkschaft Rekurs eingelegt: In einem früheren Urteil hatte das Oberste Gericht Perus festgestellt, dass die Annahme der Sozialbeiträge nicht mit der Akzeptanz einer Entlassung gleichgesetzt werden könne. Sintramin behält sich vor, an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gelangen.

Die stillgelegte Mine Rosaura wurde 2010 für 12 Millionen US-Dollar an Los Quenuales verkauft, die ebenfalls zu Glencore gehört.⁵¹ Perubar beschäftigt sich seither ausschliesslich mit der Lagerung und Verschiffung von Mineralstoffen in der peruanischen Hafenstadt Callao. Als eine der vier Teilhaberinnen des Transportkonsortiums Callao (Consortio Transportadora Callao) ist sie an einem 102 Millionen schweren Ausbauprojekt für den Verladehafen für Mineralien beteiligt.⁵²

El Aguilar in Argentinien: Auslagerung zu Tiefstlöhnen

Seit der Übernahme durch Glencore im Jahr 2005 ist es bei El Aguilar (siehe Kasten S. 82) immer wieder zu Arbeitskonflikten gekommen. Die Gewerkschaften bemängeln insbesondere die Arbeitssicherheit und kritisieren die Auslagerung von Arbeitsstellen an Drittfirmen. Im April 2012 kamen vier Arbeiter bei einem Lastwagenunfall ums Leben. Die Gewerkschaft Asociación Obrera Minera Argentina (A.O.M.A) forderte daraufhin die Entlassung der Verantwortlichen und kritisierte insbesondere die Vergaben von Aufträgen an Dritte. Diese seien für die Sicherheitsmängel verantwortlich, denn es handle sich oft um Kleinstfirmen ohne die entsprechenden Sicherheitsstandards.⁵³

Bereits im Januar 2010 hatten die Arbeiter von El Aguilar mit einem zweitägigen Streik und einer Strassenblockade Änderungen in Bezug auf die Schichtpläne und die langen Arbeitszeiten gefordert. Sie arbeiteten an 14 aufeinander folgenden Tagen während 10,5 Stunden pro Tag. Es kam zu Verhandlungen, diese brachten jedoch kein Ergebnis. Im April 2010 erfuhren die Arbeiter, dass das Unternehmen an den bisherigen Schichtplänen festhielt und neue Arbeiter mit den gleichen unbefriedigenden Arbeitsverträgen angestellt

wurden.⁵⁴ Auch 2005 und 2008 hatten die Kumpel in El Aguilar gestreikt. Mit diesen Protesten kritisierten sie zum einen die Auslagerung von Arbeiten und die Einstellung von Arbeitskräften aus Peru zu Dumpinglöhnen, zum anderen forderten sie eine Erhöhung der Saläre um 35 Prozent. Bis dahin lagen diese zum Teil sogar unter den von Temporärfirmen bezahlten Löhnen. Der Streik im April 2008 wurde beendet, nachdem den Mineuren ein Lohnanstieg zwischen 21 und 28 Prozent zugesichert worden war.⁵⁵

Lonmin in Südafrika: das Marikana-Massaker und die Hintergründe

In Südafrika eskalierte im Sommer 2012 ein Streik der Arbeiter der Marikana-Mine von Lonmin, zu fast 25 Prozent im Besitz von Xstrata. Die Repression der Sicherheitskräfte gegen die Streikenden wurde zum schlimmsten Massaker an schwarzen Arbeitern in der jüngeren südafrikanischen Geschichte.⁵⁶

Am 10. August 2012 waren die Arbeiter der Marikana-Mine in den Streik getreten, um eine Lohnerhöhung von 530 auf 1220 Euro pro Monat zu erkämpfen. Am siebten Streiktag eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer auf die 3000 streikenden Arbeiter. 34 Mineure wurden von Sicherheitskräften erschossen, 78 zum Teil schwer verletzt. Weit über 200 Streikende wurden verhaftet und unter Mordanklage gestellt, weil sie sich am Ort der Schiesserei aufgehalten hatten. Die Sicherheitskräfte ihrerseits hätten in Notwehr gehandelt, lautete die offizielle Erklärung.

Zur Untersuchung der Ereignisse wurde eine Kommission unter der Leitung von Richter Ian Gordon Farlam eingesetzt. Die Anhörungen vor der Kommission fördern laufend neue Ungereimtheiten an den offiziellen Erklärungen zutage und werfen ein Licht auf die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe des Massakers.⁵⁷

Die Notwehrthese lässt sich nicht mehr aufrechterhalten. Videoaufzeichnungen, Aussagen der Beteiligten und der Verlauf der Auseinandersetzungen machten gleich nach dem Massaker klar, dass es keinen Angriff von Seiten der

Streikenden auf die Polizei gegeben hatte. Dies belegt auch die Tatsache, dass die meisten Getöteten von hinten, beim Wegrennen, erschossen wurden. Die Aussagen von Polizisten vor der Farlam-Kommission und belastende E-Mails unterstrichen das aktive Vorgehen der Sicherheitskräfte. Der 16. August war gemäss diesen Informationen von den höchsten Stellen der Sicherheitskräfte als D-Day gegen die Streikenden festgelegt worden. Die Polizisten bekamen Gewehre und ausreichend Munition ausgehändigt. Vorsorglich bestellte die Einsatzleitung vier Leichenwagen. Ihr war offenbar schon klar, dass am 16. August Blut fliessen würde. In wessen Auftrag?

In den sechs Tagen vor dem Massaker gab es einen intensiven Austausch zwischen höchsten politischen Stellen, der Bergbauministerin und den führenden Stellen der Sicherheitskräfte. Cyril Ramaphosa, während der Apartheidzeit Chef der Minenarbeitergewerkschaft NUM, heute südafrikanischer Vizepräsident und einer der reichsten Männer Südafrikas, mit 9 Prozent am Lonmin-Konzern beteiligt, forderte von Beginn an ein hartes Durchgreifen gegen die Streikenden, um jede Ausweitung von Streiks im wirtschaftlich wichtigen Minensektor zu verhindern. Der stellvertretende CEO von Lonmin, Barnard Mokoena, verhandelte zwei Tage vor dem Massaker mit der zuständigen Polizeikommandantin Zukiswa Mbombo über das Vorgehen gegen die Streikenden. Dabei betonte er, dass es für Lonmin keine Lohnverhandlungen gebe und dass die Streikenden verhaftet werden müssten, und er forderte die Polizei – im Wissen um den D-Day-Plan – zum Durchgreifen auf.⁵⁸

Bei den Anhörungen vor der Untersuchungskommission berichteten Streikende, dass vor dem Massaker Polizisten in zwei Firmenbussen herbeigefahren worden seien. Weiter sagten sie aus, dass die Verhafteten auf dem Minengelände festgehalten worden seien, wo sie erkenntnisdienlich erfasst wurden. »Es schien, als unterstünde die Polizei nicht der Regierung, sondern Lonmin«, sagte ein verhafteter Arbeiter. »Die neuen Erkenntnisse machen deutlich, dass Marikana im Zentrum der Landespolitik stand, und lässt

die Vermutung aufkommen, dass die 34 Minenarbeiter ihr Leben im Interesse von Geld und Macht lassen mussten«, schrieb die Zeitung ›Daily Maverick‹.⁵⁹ Gemäss unserem Informationsstand hat sich Xstrata zu den Ereignissen von Marikana nicht geäussert.

In seinem fundierten Artikel ›Marikana: 20 years in the making‹ machte der Politikwissenschaftler Philip Frankel kurz nach dem Massaker darauf aufmerksam, dass die Lohnforderungen beim Streik von Marikana letztlich der Tropfen waren, der das Fass zum Überlaufen gebracht hatte.⁶⁰ Seit der Apartheid habe sich im Minensektor nichts verändert, nach wie vor baue der ganze Sektor auf den migrantischen Arbeitern auf, deren Löhne viel tiefer sind und deren Rekrutierung, Transport, Unterkunft und Arbeitsvermittlung heute von mafiösen Gruppierungen kontrolliert werde. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, seit 2005 starben in den Lonmin-Minen dreizehn Arbeiter, viele leiden an Lungenerkrankungen, die Unterkünfte sind miserabel: acht Männer in einem Zimmer und vier Toiletten für 200 Menschen. 2011 entliess Lonmin nach Arbeitskonflikten 9000 Arbeiter und ersetzte sie bald durch Leiharbeiter.⁶¹ Nicht erst mit der Verweigerung von Lohnverhandlungen in Marikana, schon lange nimmt Lonmin die soziale und ökologische Unternehmensverantwortung auf fragwürdige Weise wahr.⁶² In einer Stellungnahme wies Lonmin Frankels Artikel zurück und hielt fest, dass das Unternehmen viele Zielsetzungen des Arbeits- und Sozialplans übertreffe. Die schlechten Lebensbedingungen würden von komplexen Faktoren verursacht, dazu gehören die schnelle Verstädterung des Orts und die fehlende Infrastruktur.⁶³

Xstratas Kohleminen in Südafrika:

Entlassung von HIV-positiven Arbeitern

Im Nachhaltigkeitsbericht von 2010 schrieb Xstrata, dass zwischen 65 und 100 Prozent der Arbeitsstellen in den südafrikanischen Werken an die lokale Bevölkerung vergeben würden. Dem widersprechen Bewohner_innen betroffener Gemeinden in Südafrika. Xstrata beschäftigte weitgehend

Glencore Xstrata in Südafrika

In Südafrika ist Glencore Xstrata gemäss eigenen Angaben an 24 Minen und 10 Verarbeitungsbetrieben als Hauptaktionärin beteiligt. Beteiligungen der ehemaligen Xstrata wie zum Beispiel an der Mototolo-Mine sind jedoch nicht mehr aufgeführt. Ebenso wenig wird die Beteiligung an Lonmin plc ausgewiesen.

Der Konzern ist vorwiegend in zwei Bereichen aktiv: Kohle und zur Stahlproduktion weiterverarbeitete Kohleprodukte sowie Förderung von Chrom, Platin und Vanadium und deren Weiterverarbeitung für die Stahlproduktion. In den Chromminen wird ausserdem Gold in nicht unerheblichen Mengen gefördert.

Die Präsenz von Glencore Xstrata in Südafrika konzentriert sich in den drei Provinzen North West, Gauteng und Mpumalanga im Nordwesten des Landes auf dem sogenannten Bushveld-Komplex, mit einer Fläche von 460 Kilometern Länge auf 245 Kilometer Breite die weltweit wichtigste Platinlagerstätte.

Kohleabbau

Glencore Xstrata besitzt diverse Kohlebergwerke, darunter den Tweefontein-Komplex, aber auch eine ganze Anzahl mit dem Abbau und der Kohleweiterverarbeitung beauftragte Unternehmen. Etwas weiter nördlich in der Nähe von Middelburg befinden sich die fünf Minen der früheren Glencore-Tochter Shanduka Coal, die heute Teil der Shanduka-Gruppe ist.

migrierende Leiharbeiter_innen. So habe sich beispielsweise in Tlhabane zwischen dem Dorf und der Mine ein von den Leiharbeiter_innen bewohnter Slum ausgebreitet. Die Folgen sind extreme soziale Spannungen, die verschiedentlich zu xenophoben Attacken geführt haben.

Xstrata rühmt sich, seine soziale Verantwortung wahrzunehmen, gerade auch in seinem HIV/AIDS-Programm. Die Ziele seien zu 100 Prozent erfüllt, sämtliche Angestellten und Leiharbeiter_innen würden ihren HIV-Status kennen

Abbau von Chrom, Platin, Vanadium und Gold

Südafrika ist eines der weltweit wichtigsten Gebiete beim Abbau von Mineralerzen, so verfügt das Land beispielsweise über 75 Prozent der weltweiten Chromreserven. Glencore Xstrata besitzt neun Minen beziehungsweise Anteile an Minen zum Abbau dieser Erze sowie zehn Werke zu ihrer Weiterverarbeitung.

Seit September 2008 besitzt Glencore Xstrata eine 24,9-prozentige Beteiligung an Lonmin. Seitdem hat Xstrata schon mehrmals versucht, eine Aktienmehrheit an Lonmin zu erlangen, bisher erfolglos. Im September 2013 haben mit Gary Nagle und Paul Smith zwei zentrale Persönlichkeiten von Glencore Xstrata im Verwaltungsrat von Lonmin Einsitz genommen. Der Platinproduzent geriet im Sommer 2012 in die Schlagzeilen, weil ein Streik der Arbeiter in Marikana äusserst brutal niedergeschlagen wurde und eine landesweite Protestwelle der Minenarbeiter auslöste (siehe Seite 57).

Börsengang in Johannesburg

Seit dem 13. November 2013 werden Aktien von Glencore Xstrata nach London (Hauptkotierung) und Hongkong auch an der Börse von Johannesburg gehandelt. Der Schweizer Konzern ist das drittgrösste Unternehmen an der südafrikanischen Börse nach dem Tabakunternehmen British American Tobacco und dem Brauereikoncern SABMiller. Für Glencore Xstrata ist dieser Börsengang ein günstiger Ausgangspunkt für verstärkte Aktivitäten in Afrika.

und alle HIV-positiven Menschen würden die notwendige Betreuung und Pflege erhalten.⁶⁴ Ganz anders sieht das die Gewerkschaft NUM: Im Februar 2011 wurden in der Kohlezeche Tweefontein in Mpumalanga zwölf Arbeiter entlassen, nachdem ihr vermeintlich anonymer und vertraulicher HIV-Test positiv ausgefallen war.⁶⁵ In anderen Minen, so auch in Tlhabane, hatten diese Entlassungen schwerwiegende Konsequenzen. Zwar hatten die Arbeiter in den zu den Minen gehörenden Gesundheitseinrichtungen Zugang

zu den HIV-Untersuchungen und einer allenfalls notwendigen Behandlung. Nach den Ereignissen in Tweefontein gingen die Arbeiter aber in die staatlichen Gesundheitseinrichtungen, weil sie fürchteten, dass ihre Gesundheitsdaten ansonsten an den Konzern weitergegeben würden und sie im Falle eines positiven HIV-Resultats ihre Stelle verlieren könnten. Dies hatte zur Folge, dass die staatlichen Gesundheitsdienste völlig überlastet waren und ihnen die nötigen Medikamente ausgingen. Dass zugewanderte Leiharbeiter vermehrt die staatlichen Gesundheitsdienste beanspruchten, führte zudem zu Spannungen mit Dorfbewohner_innen. Es wurden Anschuldigungen laut, dass ›die Fremden‹ den Ansässigen die Gesundheitsversorgung streitig machen und ihnen die Medikamente wegnehmen würden.⁶⁶

Sambia: tiefe Löhne und Entlassungen nach Streik

In Sambia geben Lohnverhandlungen immer wieder zu Konflikten zwischen den Gewerkschaften und der Glencore-Xstrata-Tochterfirma Mopani Anlass. Ende November 2013 gaben Mopani und die Gewerkschaft Miners Union of Zambia (MUZ) bekannt, dass die Löhne 2014 um 8 Prozent erhöht werden sollten.⁶⁷ Die Gewerkschaften hatten ursprünglich 30 Prozent gefordert. Bis heute sind die Löhne in Sambia extrem tief, und laut den Gewerkschaften benötigen die Mineure zur Deckung ihrer Lebenskosten, die vor allem durch höhere Nahrungsmittelpreise und Energiekosten stark angestiegen sind, höhere Löhne. Nur eine Woche zuvor hatte Kansanshi Copper, der grösste Kupferproduzent Sambias, seinen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zugestanden.

Die Gewerkschaft MUZ, welche mehr als 10'000 Arbeiter vertritt, geriet in der Folge ihres Zugeständnisses unter Druck der eigenen Basis: Nach Bekanntgabe der Verhandlungsergebnisse blockierten Mineure den Saal, in dem das Treffen stattfand, und forderten den unmittelbaren Rücktritt der Gewerkschaftsleitung, weil sie die Interessen der Arbeiter nicht gut vertreten hätte.⁶⁸

Das Unternehmen Mopani hatte argumentiert, dass der

Preisdruck im weltweiten Kupfermarkt keine grössere Lohnerhöhung zulasse. Bereits im Januar 2012 hatte die Lohnfrage bei Mopani zu Konflikten geführt: Die Arbeiter von Mopani akzeptierten die Lohnerhöhung um bloss 12 Prozent nicht und traten in einen Streik. Mopani entliess daraufhin 19 Streikführer und warf ihnen vor, andere Arbeiter zum Protest angestiftet zu haben.⁶⁹

Kongo: eine Verflechtung von Strukturmangel und Willkür

Nach dem Zusammenbruch des staatlichen Bergbaus in den 1990er Jahren und den damit einhergehenden Privatisierungen kam der industrielle Rohstoffabbau im Kongo beinahe zum Stillstand. Als nach Jahren des Bürgerkriegs die Staatskasse bankrott war, erliess Präsident Joseph Kabila 2002 ein Gesetz, welches den informellen Bergbau zulässt. Bei der Kupferförderung ist seither der informelle Abbau durch Kleinmineure auf einen Anteil von 70 bis 90 Prozent angestiegen. Dabei haben viele der rund zwei Millionen Kleinschürfer eine Existenz am Rande der Legalität. Nicht selten besitzen sie keine Bewilligung oder sie schürfen auf dem Konzessionsgebiet von privaten Joint Ventures, welche eigene, für die Mineure schwierigste Bedingungen festlegen. In Katanga arbeiten geschätzte 150'000 Kleinschürfer, ein Drittel davon sind Kinder.

Laut Glencores Geschäftsbericht von 2011 ist Tilwezembe eine schlafende Mine. Bis zu ihrer Übernahme durch Glencore (2008) hat hier Katanga Mining Limited (KML) industriell gefördert. Nach ihrer Stilllegung wurde die Mine Mitte 2010 von Kleinschürfern besetzt. Seither wird sie von Arbeitern jeden Alters ausgebeutet. Mit der Arbeit in der Mine kann ein Kleinschürfer mit etwa 200 US-Dollar pro Monat zwar einen Verdienst erreichen, welcher fünfmal höher ist als das kongolesische Durchschnittseinkommen, doch die Arbeit in der Mine ist äusserst gefährlich, und die Arbeiter werden durch Zwischenhändler ausgebeutet und unter Druck gesetzt: Ohne Sicherung, Licht oder Leiter steigen die Arbeiter in die 25 bis 80 Meter tiefen Schächte hi-

nab. Zahlen über Todesfälle, Verletzungen und Krankheiten durch diese Arbeit liegen keine vor. Zeug_innen berichten, dass die Drahtzieher aus dem Umfeld der Zwischenhändlerin Misa Mining Leichen von Verschütteten heimlich verschwinden lassen.

Glencore hat diese informellen Geschäfte nur scheinbar nicht im Griff. Die Hilfswerke Fastenopfer und Brot für alle konnten nachweisen, dass der Konzern die Mineralien von Tilwezembe über Umwege wieder einkauft.⁷⁰ Auf dem Konzessionsgebiet überwacht eine Vielzahl von Aufsehern und Händlern die Arbeit der Kleinschürfer aufs Genaueste. Diese sind dabei grösster Willkür, Ausbeutung und Polizeigewalt ausgesetzt. Sie wissen nie, wie viel sie am Ende eines Tages verdienen. Ihre Ausbeute wird ihnen von der Zwischenhändlerin Misa Mining zu schlechten Konditionen abgekauft. Die Händler von Misa Mining drücken die Preise systematisch nach unten, wägen die Ware falsch, schätzen den Mineraliengehalt zu tief ein, missachten den Wert an der Börse und manipulieren die Wechselkurse. Wenn die Schürfer Pech haben, gehen sie gar leer aus.

Über Misa Mining ist nur wenig bekannt: Das Unternehmen gehört der libanesischen Groupe Bazano und ist eine enge Geschäftspartnerin und Teilhaberin von Glencore-Filialen. Die Groupe Bazano kauft Misa Mining die zu tief geschätzte Ware ab und bringt sie nach Sambia zur Glencore-Filiale Mopani. Glencore widerspricht dieser von zahlreichen Zeuginnen und Lieferanten bestätigten Darstellung: Ein Überwachungssystem garantiere, dass kein illegal geschürftes Erz von Glencore-Unternehmen weiterverarbeitet werde.

Arbeitsbedingungen im industriellen Bergbau

Im Vergleich zum informellen Sektor sind die Arbeitsbedingungen im industriellen Bergbau der Minen von Glencore-Tochtergesellschaften in Katanga etwas besser. Dank Sicherheitsausrüstungen und -trainings geschehen weniger Unfälle. Die meisten Angestellten haben Verträge und ge-regelte Arbeitszeiten. Und dennoch sind die Arbeitsbedin-

gungen bei den ausländischen Konzernen eindeutig schlechter als unter der Vorgängerin Gécamines.⁷¹ So werden Überstunden schlecht oder gar nicht bezahlt, vereinbarte Arbeitspläne nicht eingehalten, die Sicherheitsausrüstung wird erst ersetzt, wenn sie komplett abgebraucht ist. Die Arbeiter sind nicht gegen Kälte geschützt, die Luft in den Schächten ist verschmutzt und verursacht Atemwegserkrankungen.

In den Nachhaltigkeitsprinzipien der Glencore-Filiale KML wird die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Angestellter grossgeschrieben. Trotzdem leben diese in der Praxis in Parallelwelten. Die Kaderstellen sind praktisch ausschliesslich von jungen weissen Männern besetzt, und es sind keine Bestrebungen seitens KML sichtbar, dass Einheimische in Kaderpositionen gelangen könnten. Diese Praxis wird von den einheimischen Angestellten als demütigend und kolonialistisch erfahren.

Zwangsvertreibung von informellen Arbeitern

Am 21. Juni 2010 kam es in der Umgebung von Luilu und Tshamundenda auf einem Gebiet, für das Gécamines die Abbaulizenzen besitzt und welches an ein Grundstück grenzt, dessen Konzessionsnehmerin die Glencore-Tochter KCC ist, zu Gewalttätigkeiten zwischen Polizeikräften und Bergarbeitern. Gécamines hatte ohne vorherige Konsultation der Kooperativen der informellen Minenarbeiter beschlossen, auf ihrem Gebiet keinen ›wilden‹ Bergbau mehr zuzulassen.⁷² Bei der Vertreibung der Bergleute kam es gemäss verschiedenen Augenzeugenberichten zu mehrstündigen gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen auch KCC beteiligt war: Die Firma habe ihre privaten Sicherheitskräfte und Ausrüstung, insbesondere einen Geländewagen zur Verfügung gestellt. Beim Aufgebot der öffentlichen Sicherheitskräfte habe KCC ebenfalls eine massgebliche Rolle gespielt. Während der Auseinandersetzungen wurden drei Personen getötet. Es gab auch mehrere Verletzte auf Seiten der Bergleute und der Polizei.⁷³

Glencore Xstrata in Australien

In Australien betreibt Glencore Xstrata 23 Bergwerke, die alle von Xstrata in den fusionierten Konzern eingebracht worden sind. Darunter fallen die Kupfer- und Zinkmine in Mount Isa, die grösste Mine Australiens, und McArthur River Mining, der weltweit grösste Lieferant von Zink-Blei-Silber-Konzentrat, der rund 70 Prozent des weltweiten Bedarfs abdecken könnte. Ausser in zwei weiteren Kupferbergwerken wird in den restlichen neunzehn Glencore-Xstrata-Bergwerken Australiens Kohle abgebaut.

Drei Viertel der Betriebe sind zu 80 bis 100 Prozent in Besitz von Glencore Xstrata. Bei den restlichen Betrieben handelt es sich um Joint Ventures, wobei Glencore Xstrata mindestens zu jeweils 55 Prozent beteiligt ist.

Glencore Xstrata ist der grösste Kohleexporteur Australiens, das Land spielt umgekehrt aber auch für das Unternehmen eine zentrale Rolle: Im Jahr 2012 stammten knapp 45 Prozent der gesamten Kohleproduktion von Xstrata Coal aus Australien.

Sämtliche Kohleabbaubetriebe von Glencore Xstrata liegen im Osten des Kontinents. Ein Grossteil der abgebauten Kohle wird über die Häfen an der Ostküste und damit im Einzugsgebiet des Great Barrier Reefs verschifft.

Xstrata-Minen in Australien: Verletzung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten

In Australien dauern die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Xstrata seit Jahren an, dabei sehen sich die Konflikte in den verschiedenen Minen erstaunlich ähnlich. Die Einreichung einer OECD-Klage⁷⁴ gegen Xstrata im Oktober 2010 war der vorläufige Höhepunkt des Kampfs der australischen Gewerkschaft CFMEU (Construction, Forestry, Mining & Energy Union). Die Gewerkschaft, die rund 13'000 von über 16'500 Arbeitern in der Kohleindustrie vertritt, warf dem Multi vor, gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verstossen zu haben, indem er versucht habe, Kollektivverhandlungen zu

schwächen oder einzuschränken. Xstrata habe wiederholt die Strategie an den Tag gelegt, die Präsenz und Aktivitäten von Gewerkschaften zu behindern und zu minimieren und Verhandlungen möglichst zu umgehen.⁷⁵ Die von der CF-MEU angeprangerten Verstöße kommen in vielen Xstrata-Minen vor, insbesondere betreffen sie aber die Kohleminen Newland, Tahmoor und Ulan. Mit einer breiten Öffentlichkeitskampagne im Jahr 2010 machte die Gewerkschaft in den Gemeinden rund um die Xstrata-Minen auf die Verletzungen der Arbeitsrechte aufmerksam. Aufkleber mit Totenkopf und der Aufschrift »gefährdete Arbeitsplätze, Familien und Gemeinden – Xstrata, Gefährdung der Allgemeinheit« waren allgegenwärtig.

Bereits zuvor war CFMEU gegen Xstrata vor Gericht gezogen. Im Fall der Newland-Kohlemine hatte die Gewerkschaft dem Multi vorgeworfen, dass er neue Arbeiter zur Unterzeichnung individueller Arbeitsverträge verpflichtete, die nicht dem Kollektivvertrag unterstanden. Damit habe Xstrata das Recht auf Kollektivverhandlungen und gewerkschaftliche Vertretung untergraben und versucht, die Gewerkschaft zu schwächen. Die Anwälte von Xstrata traten diesen Vorwürfen mit der sogenannten »Opt-out«-Klausel entgegen – der Möglichkeit, dass Arbeiter jederzeit aus einem Kollektivvertrag austreten können, wenn sie dies wollen. Diese Ansicht wurde vom australischen Bundesgericht gestützt.⁷⁶ Mehr Erfolg hatte die Gewerkschaft mit ihrer Klage wegen der ungerechtfertigten Entlassung von zehn Arbeitern der Ulan-Kohlemine. In sechs von zehn Fällen übernahm das Arbeitsgericht die Argumentation, dass Xstrata keine Anstrengungen unternommen habe, die als überzählig bezeichneten Arbeitskräfte anderweitig zu beschäftigen.⁷⁷

Neuer Kollektivvertrag ohne Gewerkschaft?

Wesentlich zur Verschärfung des Konflikts mit den Gewerkschaften beigetragen hat das Verhalten von Xstrata in den Verhandlungen für einen neuen Kollektivvertrag in der Tahmoor-Kohlemine. Nach dem Auslaufen des alten Kollektiv-

arbeitsvertrags Mitte 2009 begann Xstrata mit der Organisation von Mitarbeitendenmeetings. Die Gewerkschaft als legitime Verhandlungspartnerin wurde über diese Schritte vom Unternehmen nicht einmal informiert. Der Vorschlag für einen neuen Kollektivvertrag, den Xstrata in der Folge vorlegte, wurde jedoch von einem Grossteil der Belegschaft abgelehnt, das aggressive Vorgehen des Unternehmens stiess auf scharfe Kritik. Im Juni 2010 traten 240 Arbeiter in den Streik: Sie weigerten sich, die von Xstrata vorgeschlagenen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Xstrata schloss die Streikenden daraufhin von der Arbeit aus und kündigte an, mit der CFMEU keine weiteren Verhandlungen zu führen. Trotzdem gelang es im September 2010 nach fast zweijährigem Arbeitskonflikt, einen Kollektivvertrag zwischen Xstrata und der CFMEU zu unterzeichnen.⁷⁸

Mit dem Einreichen einer OECD-Klage erreichte der Konflikt um die Arbeitsrechte zwar eine neue, internationale Dimension. Jedoch verstummte in der Folge die öffentliche Kritik an Xstratas Arbeitspolitik in Australien fast vollständig. Gründe, die Kampagne weiterzuführen, hätte es jedoch genug gegeben. Im Juni 2011 zog sich Xstrata aus dem OECD-Mediationsverfahren zurück und schob die Schuld dafür der Gewerkschaft zu. CFMEU habe nicht kooperiert, zudem seien gar keine OECD-Richtlinien verletzt worden.⁷⁹ So bleibt die Klage bis heute ohne Ergebnis.

Der sinkende Weltmarktpreis für Kohle hat auch den Kohlebergbau in Australien in die Krise gebracht. Glencore Xstrata reagierte mit dem Abbau von 700 Stellen in der ersten Jahreshälfte 2013 – rund 100 Stellen mehr als zuvor angekündigt. Die Gewerkschaften kritisierten dieses Vorgehen und warfen dem fusionierten Konzern eine kurzfristige und hektische Strategie vor, um die Kosten zu senken.⁸⁰

Umweltkonflikte

»Die Umwelt zu schützen ist eine unserer bedeutendsten Nachhaltigkeitsherausforderungen. In unseren Operationen auf der ganzen Welt versuchen wir unser Geschäft auf eine Art zu führen, dass negative Auswirkungen auf die natürliche Umwelt möglichst gering gehalten werden.« Dies schreibt Glencore Xstrata im Konzern-Nachhaltigkeitsbericht 2012.

Es sind schöne Worte, sie stehen jedoch in einem krassen Gegensatz zur Realität in den Abbaugebieten. Im folgenden Kapitel wird aufgezeigt, welche Auswirkungen die Ausbeutung von Rohstoffen in riesigen Tagebauminen des Konzerns auf die Umwelt hat. Gigantische Löcher graben sich tief in die Landschaft ein, wüstenähnliche Landschaften breiten sich aus. Die Staubbelastung in der Umgebung von Kohleminen führt dazu, dass Menschen und Tiere an Atemwegs- und Lungenerkrankungen leiden und das Pflanzenwachstum eingeschränkt ist. Hoher Wasserverbrauch durch Minen und die Umleitung von Flüssen führen zu einem völlig veränderten Wasserhaushalt in ganzen Regionen. Betroffene Bevölkerungen klagen über Wassermangel für die Landwirtschaft und den Eigengebrauch aufgrund des Bergbaus. Hinzu kommt, dass beispielsweise in Kolumbien der Fischbestand in Flüssen und an Meeresküsten als Folge der Wasserverschmutzung drastisch zurückgegangen ist.

Rund um den Rohstoffabbau in diversen Minen von Glencore Xstrata in Peru, Kolumbien, Argentinien, Australien, Sambia oder Südafrika weisen die Luftverschmutzung oder Schwermetallbelastungen in Wasser oder Boden beängstigende Werte auf – zum Teil ein Vielfaches über Richtwerten. Auch im Urin und im Blut der Bevölkerung wurden in einigen Regionen erhöhte Konzentrationen festgestellt – Belastungen mit Arsen, Quecksilber oder Blei, die zu schwerwiegenden Gesundheitsproblemen führen können. Die Antwort des Konzerns lautete stets ähnlich: etwa, dass Grenzwerte entweder nicht überschritten worden seien,

oder aber es nicht erwiesen sei, dass die Umweltverschmutzung beziehungsweise daraus resultierende Gesundheitsprobleme auf die Minentätigkeit zurückzuführen sei. In einigen Regionen bestehe unabhängig von der Konzernaktivität eine hohe Belastung. In Australien bot Xstrata Betroffenen jährliche Gratis-Bluttests und Information über den Umgang mit Bleibelastung an; dadurch wurde diese jedoch nicht verringert. Auch in anderen Fällen, etwa in der peruanischen Andenprovinz Espinar, entsteht der Eindruck, dass Tochterfirmen des Konzerns, statt auf die berechtigten Sorgen der Bevölkerung in der Nachbarschaft von Minen einzugehen und die Risiken für die Umwelt und die Menschen zu reduzieren, eher ihre Imagekampagnen verstärkt haben. Und in Südafrika konnte ein Unternehmen mit massgeblicher Beteiligung von Xstrata Grenzwerte erst dann wieder einhalten, als diese heraufgesetzt wurden.

Im Nachhaltigkeitsbericht 2012 schreibt der Konzern, Glencore habe im vergangenen Jahr 583 ›Umweltvorfälle‹ rapportiert, 113 davon habe das Unternehmen als moderat und 470 als geringfügig klassifiziert. 60 galten als hohes potenzielles Risiko, keine ernsthaften Fälle seien gemeldet worden. Xstrata seinerseits habe 3918 geringfügige Fälle rapportiert. Umweltbussen bei Glencore seien von 780'000 US-Dollar (2010) auf 210'000 (2011) und schliesslich auf 41'724 (2012) zurückgegangen. Bei Xstrata war ebenfalls ein Rückgang bei den Umweltbussen zu verzeichnen: Sie sanken von 205'173 US-Dollar (2010) auf 77'897 (2011) und 68'971 im 2012. Der fusionierte Konzern schreibt in seinem Nachhaltigkeitsbericht, er setze sich dafür ein, Umweltvorfälle zu eliminieren, und dafür, dass keine Umweltbussen und -strafen aufträten oder der Konzern in Gerichtsverfahren wegen vorgeworfenen Umweltverstössen verwickelt werde. Angesichts des Umgangs von Glencore Xstrata mit Umweltverschmutzungen in den untersuchten Fällen, in welchen die Schwere von Umweltverschmutzungen heruntergespielt wird, wird es sicherlich angebracht sein, ein genaues Augenmerk darauf zu halten, ob sich die Umweltbilanz des Konzerns tatsächlich verbessert oder

ob sich nicht eher die Zahl der Anzeigen verringert, die zu einem Gerichtsverfahren und schliesslich zu einer Strafe führen.

Tagebau-Kohleminen in Kolumbien

Die Kohleförderung im Tagebauverfahren hat massive Auswirkungen auf die Umwelt ebenso wie auf die Gesundheit der Bevölkerung in der Abbauregion. Eindrücklich sichtbar ist dies im Norden Kolumbiens beim seit dreissig Jahren bestehenden Bergwerk El Cerrejón, zu einem Drittel im Besitz von Glencore Xstrata, und den verschiedenen Kohleminen der Prodeco-Gruppe, Tochter von Glencore Xstrata (siehe Kasten S. 48).

Der Landverbrauch des Kohleabbaus im Tagebau ist enorm, sowohl für die Kohleförderung selbst als auch für die Abraumhalden und die Transportinfrastruktur. Die Minenkonzession von El Cerrejón erstreckt sich über 69'000 Hektaren – das entspricht in etwa der Ausdehnung des Kantons Glarus oder fast dreimal der Fläche des Kantons Zug, wo Glencore Xstrata seinen Hauptsitz hat. Die Kohlegruben fressen riesige Löcher von bis zu 300 Metern Tiefe in die Erde. Gleichzeitig wird das ausgehobene Material zu neuen Hügeln, den Abraumhalden, angehäuft, die Landschaft wird völlig verändert. »Wir hatten hier früher weder Hügel noch Berge, dieses Land war völlig flach«, erklärte ein Anwohner des Dorfes El Hatillo.⁸¹

Solche massiven Eingriffe in die Landschaft bleiben nicht ohne Folgen für das Mikroklima und den Wasserhaushalt. Der Verlust der Vegetation, die veränderte Topografie und die umgestalteten Wasserläufe haben zu verstärkter Erosion sowie zu einem wärmeren Klima und einem veränderten Niederschlagssystem in der Abbauregion geführt. Im Departement Cesar ist mehr als die Hälfte des ehemals fruchtbaren Bodens von Desertifikation bedroht, mit anderen Worten: Eine trockene, wüstenähnliche Landschaft breitet sich aus, Landwirtschaft ist immer weniger möglich. Wichtige Ökosysteme wie der karibische Trockenwald oder das

Feuchtgebiet La Zapatosa werden geschädigt.⁸² Der von der Glencore-Tochter Prodeco umgeleitete Fluss Calenturitas im Departement Cesar ist verschlammte und durch die Minen verschmutzt, und es leben praktisch keine Fische mehr darin.⁸³ Auch das Minenkonsortium El Cerrejón im Departement La Guajira plante im Rahmen eines Expansionsprojekts die Umleitung des Flusses Ranchería auf insgesamt 26 Kilometern. Dies führte im Sommer 2012 zu breiten und international begleiteten Protesten des indigenen Volkes der Wayúu und der afrokolumbianischen Gemeinschaften, die im betroffenen Gebiet leben. In der Folge hat El Cerrejón das Expansionsprojekt vorläufig sistiert.

Verschmutztes Trinkwasser und schwarze Meeresstrände

Die Kohleförderung in den Departementen Cesar und La Guajira hat gravierende Folgen für den gesamten regionalen Wasserhaushalt und die Wasserqualität: Flussläufe wurden verändert, Abwasser aus den Minen in die Flüsse geleitet, und der enorme Wasserbedarf des Bergbaus hat den Grundwasserspiegel absinken lassen. Ganze Gemeinden sind heute von der Wasserversorgung abgeschnitten.

Staatliche Behörden haben mehrfach auf die Trinkwasserverschmutzung und die negativen Auswirkungen des Bergbaus auf das Grundwasser hingewiesen. 2009 wurde die Glencore-Tochter Prodeco vom Umweltministerium mit einer Busse von rund 208'000 US-Dollar belegt, weil das Minenunternehmen ohne Bewilligung den Lauf des Flusses Tucuy verändert hatte, in ein Waldschutzgebiet eingedrungen war und Wasser aus einer Quelle abgeleitet hatte.⁸⁴ Im März 2013 wurde dem Unternehmen der Betrieb der Calenturitas-Mine untersagt, weil es die Vorgaben des Umweltverträglichkeitsplanes noch immer nicht einhielt.⁸⁵

Ein weiteres Problem besteht bei den Verladehäfen an der karibischen Küste rund um Santa Marta. Beim Umladen der Kohle auf Barkassen und von diesen auf die Hochseefrachter gelangt kontinuierlich Kohle ins Meer. Der Meeresboden ist mit einer dreissig Zentimeter dicken Kohleschicht bedeckt, die Strände sind schwarz und die Fisch-

bestände sind drastisch zurückgegangen. Nach langem Dementieren erhöhte das Umweltministerium dank neuer Untersuchungen den Druck auf die Bergbauunternehmen, den Kohleverlad umweltverträglicher zu machen. 2013 gab Prodeco den alten Hafen in Santa Marta auf und nahm den neuen ›Puerto Nuevo‹ mit einem moderneren Verladesystem in Betrieb. Gegen die direkte Beladung über Förderbänder wird jedoch eingewendet, dass dies für die Umwelt kein Vorteil sei, weil riesige Fahrrinnen für die Hochseefrachter ausgebaggert werden müssen, was die Meeresumwelt nachhaltig schädige.⁸⁶

Luftverschmutzung mit Kohlestaub

Der Abbau von Kohle in offenen Gruben, die Explosionen in den Minen, der Transport und die Verladung auf Schiffe führen dazu, dass die Luft mit Kohlestaub durchsetzt ist – dies nicht nur im Bergbauggebiet selbst, sondern auch entlang der Transportwege und in den Verladehäfen. In einem weiten Umfeld sind Dörfer und Felder mit einer schwarzen Kohlestaubschicht bedeckt.

Durch den Kohlestaub wird das Pflanzenwachstum gehemmt, was zu massiven Ernteeinbußen und teilweise zum vollständigen Erliegen der Land- und Viehwirtschaft geführt hat. Für die Menschen und Tiere bringt besonders der Feinstaub die Gefahr von Erkrankungen mit sich, da er ungefiltert in die Lunge gelangt. In der kolumbianischen Kohleregion hat das Umweltministerium nach Protesten der lokalen Bevölkerung Sanktionsprozesse gegen Bergbau-, Transport- und Hafenunternehmen eingeleitet und umfassende Massnahmen zur Reduktion der Umweltverschmutzung angeordnet. Dazu gehörte unter anderem die Verlagerung des Kohletransports von der Strasse auf die Schiene. Damit konnten zwar die Staubemissionen auf dem Transportweg beträchtlich eingedämmt werden. Doch auch der Transport auf Schienen bleibt nicht ohne problematische Auswirkungen für die Menschen entlang der Verkehrswege (siehe dazu Kapitel ›Soziale Konflikte‹).

Für die Anwohner_innen in nächster Nähe der Kohlemi-

nen haben der Aktionsplan des Umweltministeriums und die von den Unternehmen ergriffenen Massnahmen bis heute kaum Verbesserungen gebracht. Im Mai 2010 hat das Umweltministerium wegen zu grossem Gesundheitsrisiko durch die Luftverschmutzung angeordnet, dass die drei Gemeinden El Hatillo, Plan Bonito und Boquerón umgesiedelt werden müssen. Bis heute sind die Umsiedlungsprozesse nicht abgeschlossen (siehe Kapitel ›Soziale Konflikte‹).

Erkrankungen als Folge der Verschmutzung

In der Umgebung der Kohleminen klagen Anwohner_innen über Asthma, Atemwegs- und Lungenerkrankungen, Bronchitis und permanente Grippe-symptome. Hautausschläge und Durchfallerkrankungen kommen ebenfalls häufig vor. In einer Studie des Gesundheitssekretariats des Departements Cesar im Jahr 2011 wurden bei 52 Prozent der Einwohner_innen der Gemeinde El Hatillo Erkrankungen im Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung festgestellt. 39 Prozent der Befragten litten an Atemwegserkrankungen, 12 Prozent wiesen Hauterkrankungen auf, und 1 Prozent war von Augenkrankheiten betroffen.⁸⁷ Im gleichen Jahr publizierte die Universität Cartagena eine Studie mit Hinweisen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Tieren. Mäuse und Leguane aus den Gemeinden La Loma und La Jagua de Ibirico wiesen verglichen mit anderen Regionen eine erhöhte Konzentration von Zink und Kadmium in der Leber auf, und es zeigten sich häufiger Veränderungen des genetischen Materials sowie der Blutzelllinien. Des Weiteren wurden bei den Mäusen Anzeichen einer Lungenbeeinträchtigung nachgewiesen.⁸⁸ Das Ergebnis dieser Studie deckt sich mit dem, was die Bevölkerung von El Hatillo, Boquerón und Plan Bonito über Missbildungen und unerklärliches Verenden bei ihrem Vieh berichtet.

Giftige Schwermetallbelastung in der Umgebung des Kupferabbaus in Peru

In Espinar im peruanischen Andenhochland, wo Glencore Xstrata im Tagebau Kupfer abbaut (siehe Kasten S. 76),

klagen Dorfgemeinschaften seit mehr als zehn Jahren über Wasserknappheit und zunehmende Tiersterblichkeit. Seit im Zuge der Privatisierung ab 1994 die Kupferproduktion deutlich gesteigert wurde, haben die indigenen Bauerngemeinschaften immer wieder den Verdacht geäußert, dass der Bergbau Umwelt und Menschen mit giftigen Schwermetallen belastet. Eine steigende Zahl von Fehlgeburten und Missbildungen bei ihrem Vieh sowie Gesundheitsprobleme bei Anwohner_innen in der Umgebung der Mine bilden den Hintergrund der Sorge der Bevölkerung.

Strafanzeige wegen Umweltbelastung

Im November 2011 reichte der amtierende Bürgermeister (2011–2014) der Andenprovinz Espinar, Oscar Mollohuanca, zusammen mit einem Zusammenschluss von Basisorganisationen (Frente de Defensa de los Intereses de Espinar FUDIE) eine Strafanzeige gegen Xstrata Tintaya ein. Sie klagten die Minenbetreiberin wegen Verschmutzung der Umwelt und der damit verbundenen Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung an.⁸⁹ Dabei stützten sie sich auf zwei unabhängig voneinander durchgeführte Wasser- und Gesundheitsgutachten. Das eine belegte, dass zwei Flüsse in gesundheitsschädigendem Mass mit Schwermetallen belastet sind.⁹⁰ Die Flüsse dienen der Bevölkerung zur Trinkwasserversorgung und zur Bewässerung der Ackerflächen. Die andere Studie, verfasst vom Ministerium für Gesundheit, wies in Blut- und Urinproben von Anwohner_innen der Kupfermine von Xstrata Tintaya teilweise gefährlich hohe Schwermetallkonzentrationen von Arsen, Chrom und Quecksilber nach.⁹¹ Hinzu kamen unzählige Fotos und Videoaufnahmen, die nahelegen, dass die Geomembrane in den Rückhaltebecken der Mine Risse hat und toxisches Material in die Versorgungskanäle der Dorfgemeinschaften dringt.

Während die von Unsicherheiten geplagten Dorfgemeinschaften ihre Befürchtungen bestätigt sahen, dementierte das Management von Xstrata Tintaya während Monaten die Studienresultate.

Bergwerke von Glencore Xstrata in Peru

Die Kupfer- und Goldmine Xstrata Tintaya

Die Tagebauminerale Xstrata Tintaya, seit 1985 in Betrieb, ist seit 2006 vollständig im Besitz des Schweizer Konzerns und liegt in der Andenprovinz Espinar im Süden Perus auf über 4100 Metern über Meer. Nach der Privatisierung der einst staatlichen Mine 1994 wurde die täglich verarbeitete Gesteinsmenge kontinuierlich gesteigert, was eine jährliche Kupferproduktion von bis zu 120'000 Tonnen (2007) erlaubte. Laut Angaben des peruanischen Statistikamtes wurden zudem von 2004 bis 2008 durchschnittlich 1000 Kilogramm Gold pro Jahr gefördert.

Mit der Ankurbelung der Produktion wurde die Abbaufläche auf rund 5000 Hektaren erweitert. Die Metallreserven der Mine Tintaya sind jedoch mittlerweile weitgehend erschöpft. Die Mine wird deshalb bis Mitte 2014 vollständig durch das Expansionsprojekt Antapaccay in zehn Kilometern Entfernung ersetzt werden, was eine Produktionssteigerung auf 160'000 Tonnen Kupfer pro Jahr ermöglicht. Eine neue Raffinerie zur Produktion von Kupferkonzentrat wurde errichtet, und der alte Krater soll zum Rückhaltebecken für die neuen Projekte werden. In Corocchuayco, 8,5 Kilometer entfernt, befinden sich weitere grosse Kupferreserven. Das Projekt befindet sich derzeit in der Erkundungsphase. Gesamthaft besass Xstrata 2012 allein in der Provinz Espinar Bergbaukonzessionen auf einer Fläche von rund 111'000 Hektaren. Dies entspricht rund einem Fünftel der gesamten Fläche der Provinz. Xstrata Tintaya bzw. Glencore Xstrata Antapaccay wird voraussichtlich bis im Jahre 2034 in Espinar operieren.

Kupfertagebau in Las Bambas

In Las Bambas im Departement Apurimac im Süden Perus hatte Xstrata Copper seit 2004 ein Kupferminenprojekt auf rund 4000 Metern über Meer verfolgt. Las Bambas ist ein ›Greenfield‹-Projekt, also eine neu geplante Mine, die von Beginn an zu 100 Prozent im Besitz Xstratas war. Die Erschliessung der Mine hatte die Umsiedlung von 441 Fami-

lien des Bauerndorfes Fuerabamba zur Folge. Im April 2014 verkaufte Glencore Xstrata Las Bambas an ein chinesisches Konsortium. Der Verkauf erfolgte nicht ganz freiwillig; die chinesische Wettbewerbsbehörde hatte im April 2013 der Fusion von Xstrata und Glencore nur unter der Bedingung zugestimmt, dass Las Bambas oder ein anderes Projekt ähnlicher Grösse bis Ende September 2014 veräussert werde. Glencore Xstrata erfüllte diese Bedingung durch den Verkauf an das chinesische Konsortium, das aus MMG, einer Tochter der staatlichen Gruppe Minmetals, Guoxin International Investment und Citic Metal besteht.

Die Konzession umfasst eine Fläche von 35'000 Hektaren. Im Jahr 2004 hatte Xstrata dafür 121 Millionen US-Dollar bezahlt, mehr als das Doppelte der damals geforderten Summe. Zehn Jahre später, im April 2014, verkaufte Glencore Xstrata die Mine für 5,85 Milliarden Dollar.

Das Joint Venture Antamina

Antamina ist die drittgrösste Zink- und achtgrösste Kupfermine der Welt und befindet sich 270 Kilometer nordöstlich von Lima auf einer Höhe zwischen 4200 und 4700 Metern über Meer. Sie wird im Tagebau vom Joint Venture Antamina betrieben, das zu je 33,75 Prozent Xstrata und BHP Billiton, zu 22,5 Prozent Teck Cominco Limited und zu 10 Prozent der Mitsubishi Corporation gehört. Xstrata erlangte seine Beteiligung 2006.

Antamina verarbeitet täglich 430'000 Tonnen Gestein, aus dem ein Kupfer- und Zinkkonzentrat gewonnen sowie Silber, Wismut und Molybdän gefördert werden. Das kupfer- und zinkhaltige Material wird vor Ort zermalmt, die Metalle werden unter Einsatz von Chemikalien aus dem Gestein gelöst, durch einen Flotationsprozess konzentriert und schliesslich als dünnflüssiger Schlamm durch eine 300 Kilometer lange Pipeline zum Pazifik gepumpt. Dort wird das Konzentrat entwässert und anschliessend verschifft.

Konzern weist Verantwortung von sich

Angesichts der kategorisch ablehnenden Haltung des Unternehmens nahm die Unzufriedenheit in der Bevölkerung

von Espinar stetig zu. Gleichzeitig betonten die Manager von Xstrata Tintaya ihr soziales und ökologisches Engagement. In regelmässig erscheinenden Werbezeitschriften vermittelte Xstrata Tintaya das Bild eines nachhaltigen und umweltschonenden Tagebergbaus. Das Management behauptete, die Schwermetallbelastung in Espinar sei auf die natürliche Mineralisierung der Gegend zurückzuführen und nicht auf die Aktivitäten des Unternehmens. Das vom Konzern gepflegte Bild einer grünen, sozialverträglichen Mine stand jedoch in krasssem Gegensatz zur Situation vor Ort und schürte die Unzufriedenheit in Espinar zusätzlich.

Die Situation eskalierte im Mai 2012 und führte zu breiten Protesten sowie heftigen Zusammenstössen zwischen Demonstrant_innen und der Polizei (siehe Kapitel ›Soziale Konflikte‹). Nach dieser Eskalation verpflichteten sich im Juli 2012 das Unternehmen und die Regierung, der Ursache für die Schwermetallbelastung nachzugehen. Ein Jahr später, im Juni 2013, wurde das staatliche Umweltgutachten veröffentlicht. In 52 Prozent der über 300 untersuchten Wasser- und Bodenproben konnten ein oder mehrere Schwermetalle nachgewiesen werden, welche die geltenden Grenzwerte in den peruanischen Umweltstandards überschreiten. Hinsichtlich der 180 Blutproben, welche die Bewohner_innen von zwei benachbarten Dorfgemeinschaften gegeben hatten, konnte gar nachgewiesen werden, dass sämtliche Proben Schwermetalle wie Arsen, Blei und Thallium aufwiesen. Während die Bewohner_innen von Espinar und kritische Nichtregierungsorganisationen die Kausalität zwischen Xstrata Tintayas Aktivitäten und der nachgewiesenen Umweltverschmutzung bestätigt sahen, äusserten sich die Behörden in Lima vorsichtiger und sprachen von Umweltverschmutzung, die mit der Bergbauindustrie von Xstrata Tintaya assoziiert werde.⁹² Glencore Xstrata hat die Resultate in einem abschliessenden Treffen mit Regierungsvertretern schriftlich zur Kenntnis genommen, spricht jedoch in der Öffentlichkeit bis heute von einer schonenden Bergbauaktivität, welche die Umwelt nicht verschmutze.⁹³

Busse wegen ausgelaufenem Kupferkonzentrat

Im Januar 2014 wurde Xstrata Tintaya mit einer Busse von rund 83'000 US-Dollar für die Verschmutzung von Weideland im Umfeld der Kupfermine in Espinar belegt. Das Unternehmen wurde für die erhöhten Kupferwerte in den Böden eines rund tausend Quadratkilometer grossen Stücks Land verantwortlich gemacht. Das Gericht beim Büro für Umweltprüfungen und Regulierungen OEFA kam zum Schluss, dass das Metall beim Pumpen von Wasser durch einen Kanal ausgelaufen war. Gemäss Untersuchungen betrug die Kupferkonzentration fast 1800 Prozent des Durchschnittswerts in diesem Gebiet und über 3000 Prozent der laut internationalen Standards erlaubten Menge.⁹⁴

Umweltprobleme beim Bau der Mine Las Bambas, Peru

In der mittlerweile verkauften Mine von Las Bambas (siehe Kasten S. 76) ist der Kupferabbau ab 2015 geplant. Für den Bau der Installationen und für die Häuser der umzusiedelnden Bauerngemeinde Fuerabamba muss das ganze Material mit Lastwagen über die kurvenreiche Schotterstrasse von Cusco her transportiert werden. Der Verkehr, der Staub und Lärm, verursacht durch die schweren Lastwagen und die Personentransporte, sind enorm und für die betroffenen Gemeinden eine grosse Belastung. Einzelne Strassenabschnitte werden zwar vorsorglich mit Flusswasser besprengt, um den Staub etwas einzudämmen. Da in den Fluss auch Abwässer geleitet werden, stinkt es in der Umgebung der Gemeinde Challhuahuacho nach Abwasser. Welche Folgen der Staub und das versprengte Abwasser auf die Gesundheit von Menschen und Tieren haben, wird sich erst zeigen.

Verschmutzung der Wasserquelle

Bereits im Juni 2007 kam es zu schweren Wasserverschmutzungen. Aus einem Untersuchungsschacht gelangte Schlamm in die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Jahuapaya. Noch ein Jahr später waren die Auswirkungen spürbar: Zahlreiche Nutztiere waren verendet, da die wichtigste Wasserquelle verschmutzt war.⁹⁵ Es mangelte an Fut-

ter, weil die Felder mit dem Schmutzwasser nicht bewässert werden konnten. Xstrata wurde 2007 zu einer Busse von umgerechnet rund 61'629 US-Dollar verurteilt. Dagegen hat die Firma Berufung eingelegt. Im April 2013 erklärte der Umweltgerichtshof den Entscheid über die Busse aus Verfahrensgründen als nichtig und wies die Klage an die zuständige Instanz zurück.⁹⁶

Explosion einer Pipeline – Antamina, Peru

Auch die Betreiber des Joint Ventures Antamina betonen ihre soziale Verantwortung und die nachhaltige Entwicklung im Einzugsgebiet der Mine. Dennoch häufen sich Negativschlagzeilen über ihre Tätigkeit: In Huarmey wurden im Februar 2012 Proteste gegen die Verschmutzung des Grundwassers gewaltsam niedergeschlagen, kurz darauf lief nach einem Lastwagenunfall eines Subunternehmens von Antamina eine grössere Menge Benzin in den Huachucocha-See, der verschiedene Dorfgemeinschaften des Distriktes Huari mit Trinkwasser versorgt. Auch Bewohner_innen der Dorfgemeinschaft Chipta beklagten sich über Umweltverschmutzungen und Gewaltanwendung durch die Polizei. Mitglieder der Polizeisondereinheit DINOES seien im Auftrag des Sicherheitsdienstes von Antamina schwer bewaffnet auf das Territorium der Dorfgemeinschaft Chipta eingedrungen. Damit solle ihre Umsiedlung vorangetrieben und Platz für die Expansion der Mine geschaffen werden.⁹⁷ Im Mai 2012 wurde die Entlassung eines langjährigen Antamina-Arbeiters bekannt, der wegen einer Schwermetallvergiftung an Krebs erkrankt war.⁹⁸

Am 25. Juli 2012 schliesslich barst an der Pipeline von Antamina ein Ventil, worauf 45 Tonnen flüssiges Kupferkonzentrat ausflossen. Eine Giftgaswolke breitete sich aus, die bei den Bewohner_innen des Dorfes Santa Rosa zu starker Übelkeit und Schwindel führte, zum Teil begleitet von Nasenbluten und Ohnmachtsanfällen. Wie peruanische Medien berichteten, mussten sich 200 Menschen mit zum Teil schweren Vergiftungen in ärztliche Behandlung begeben, eine Person starb.

Ein Jahr nach der Katastrophe wiesen drei Studien des nationalen Gesundheitsinstituts noch immer eine grenzwertüberschreitende Schwermetallbelastung bei der Bevölkerung von Santa Rosa und in der Umgebung nach.⁹⁹ Von 919 untersuchten Personen hatten 285 beziehungsweise 31 Prozent zu hohe Schwermetallwerte (Kupfer, Blei und Arsen) in Blut und Urin. Die Minenbetreiberin Antamina wurde mit einer Strafe von 80'000 US-Dollar gebüßt. Das Unternehmen stritt eine Verantwortung ab und gab an, die Schwermetalle in den Blutproben seien auf natürliche Vorkommen zurückzuführen.

Schwermetallbelastungen in den Flüssen – El Aguilar, Argentinien

Zu schweren Umweltbelastungen kam es auch in der argentinischen Mine El Aguilar im Nordosten des Landes. 2007 reisten Vertreter_innen indigener Gemeinschaften der Provinz Jujuy in die Bezirkshauptstadt Tucumán, um wegen der Schwermetallbelastungen in den Flüssen unterhalb der Mine Anzeige zu erstatten. Aufgrund ihrer Aussagen und der Untersuchungen der Biochemikerin María Graciela Bovi Mitre und des Biologen Juan González, welche die Verschmutzung der Flüsse belegten, reichte der Generalstaatsanwalt Antonio Gustavo Gómez eine Klage gegen das Unternehmen ein.¹⁰⁰ Die Klage wurde jedoch noch im gleichen Jahr wieder eingestellt. Laut der Zeitung *Tiempo Argentino* hatten die guten Beziehungen und das gezielte Lobbying der Firma zu dieser Entscheidung geführt, obwohl Studien aufzeigten, dass die Schwermetallbelastung in den Flüssen der Region deutlich über den erlaubten Werten lag.¹⁰¹ Das Unternehmen gestand in seinem Bericht an die Minendirektion der Provinz Ende 2007 ein, dass Chemieabfälle in die Flüsse gelangt und die gemessenen Schwermetallwerte zu hoch waren. Trotz der Folgen für die Umwelt akzeptierten die zuständigen Behörden sämtliche Berichte des Unternehmens über die Auswirkungen der Mine auf die Umwelt vorbehaltlos.

Erst 2012 kam wieder Bewegung in den Fall, als die Fir-

ma El Aguilar wegen ihrer Beteiligung am Verschwindenlassen von Arbeitern während der Militärdiktatur in den 1970er Jahren in die weltweiten Schlagzeilen geriet.¹⁰² Diese Aufmerksamkeit nutzte Staatsanwalt Gómez, um auch die Umweltverschmutzungen erneut vor Gericht zu bringen. 2009 hatte eine neue Studie nachgewiesen, dass die Schwer-

Bergwerke von Glencore Xstrata in Argentinien

Kupfer und Gold im Tagebau:

La Alumbrera und Agua Rica

Die Mine La Alumbrera ist die grösste Tagebaumine Argentiniens und eine der grössten Kupfer- und Goldminen der Welt. Jährlich werden aus 120 Millionen Tonnen abgebautem Gestein durchschnittlich 650'000 Tonnen Konzentrat gewonnen, welches 180'000 Tonnen Kupfer und 600'000 Unzen (18,7 Tonnen) Gold enthält. Glencore Xstrata besitzt 50 Prozent der Minenbetreiberin La Alumbrera, die beiden kanadischen Firmen Goldcorp und Yamana Gold besitzen 37,5 beziehungsweise 12,5 Prozent. Formell gehören die Abbaurechte jedoch dem öffentlichen Unternehmen Yacimiento Minero Aguas de Dionisio (YMAD). Dieses Unternehmen ist im Besitz der Provinz Catamarca und der Universität von Tucumán, die dadurch zu 20 Prozent an den Gewinnen beteiligt sind.

Im Jahr 2011 übernahm Xstrata auch die Mehrheit des nahe gelegenen Minenprojekts Agua Rica, welches die bald erschöpfte Mine La Alumbrera ab 2018 ablösen soll, wobei Teile der bestehenden Infrastruktur weiter verwendet würden.

Die Mine La Alumbrera liegt auf 2600 Metern über Meer, in den Voranden im Norden der Provinz Catamarca, nahe der Grenze zu Chile. Das Einflussgebiet der Mine erstreckt sich über die drei Departemente Belén, Andalgalá und Santa María. Dazu kommen Transportwege und eine 300 Kilometer lange Pipeline zur Verarbeitungsanlage in Tucumán, wo die Metalle aus dem Flüssigkonzentrat gewonnen werden. Das Erweiterungsprojekt Agua Rica liegt rund 30 Kilometer

metallbelastungen der beiden Flüsse Yacoraite und Río Grande eindeutig durch den Bergbau verursacht werden.¹⁰³ Die Messungen ergaben, dass die Bleimengen im Wasser die erlaubten Werte um das 50- bis 200-Fache überstiegen. Doch auch dieser Prozess kam nicht vorwärts: Vertreter_innen von Universitäten und Nichtregierungsorganisationen

östlich von La Alumbraera, zwischen 3000 und 4000 Metern über Meer. Sein Bau wurde bis heute durch breite Proteste verhindert.

Blei, Zink und Silber aus El Aguilar

El Aguilar S.A. ist das älteste Bergwerkunternehmen Argentiniens. Das Unternehmen begann 1936 mit dem Abbau von Blei, Zink und Silber. Ab 1988 übernahm die Grupo Minera S.A. die Kontrolle von El Aguilar S.A., seit 1995 gemeinsam mit AR Zinc S.A. 2005 hat Glencore El Aguilar als Neuakquisition vollständig übernommen.

Das Untertagebaubergwerk liegt im Nordwesten Argentiniens in der Provinz Jujuy, etwas mehr als hundert Kilometer von der bolivianischen Grenze entfernt. Die Mine Aguilar liegt im Quellgebiet des Yacoraite-Flusses, der anschließend in den Río Grande mündet, welcher seinerseits durch die als UNESCO-Welterbe deklarierte Humahuaca-Schlucht fließt.

Angaben zur Menge der geförderten Rohstoffe sind nicht öffentlich einsehbar, weil El Aguilar S.A. keine eigene Website betreibt und im Jahresbericht 2012 von Glencore International AG die Produktion von Aguilar S.A. nicht separat ausgewiesen wurde. Rudimentäre Informationen sind auf der Internetseite des Minensekretariats der argentinischen Regierung und auf der Seite der Enzyklopädie der Wissenschaften und Technologien in Argentinien (ECYT-AR) zu finden.

Das in El Aguilar geförderte Zink wird als Schlammkonzentrat in einer Pipeline wegtransportiert. Die Weiterverarbeitung passiert in einem Schmelzwerk von AR Zinc S.A. in der Provinz Santa Fe, Blei und Silber gelangen in das Schmelzwerk von El Aguilar S.A. in Palpalá (Provinz Jujuy).

wurden vom neuen Staatsanwalt nicht als Kläger_innen akzeptiert. Dem bis anhin zuständigen Staatsanwalt Antonio Gustavo Gómez, der die Umweltverschmutzungen durch Bergbauunternehmen ins Visier genommen hatte, war 2012 die Zuständigkeit für die beiden Provinzen Salta und Jujuy, wo sich die Mine befindet, entzogen worden.¹⁰⁴

Konflikte um das Wasser – La Alumbreira, Argentinien

Auch beim Konflikt um die Mine La Alumbreira (siehe Kasten S. 76) steht das Wasser – der hohe Verbrauch durch die Mine und die Verschmutzung mit Schwermetallen – im Zentrum. Es wurden ebenfalls Anzeigen gegen den Konzern eingereicht, aber auch hier werden die Klagen verschleppt und haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Die bestehende Kupfer-Gold-Tagebaumine La Alumbreira und das geplante Folgeprojekt Agua Rica befinden sich in einer extrem trockenen und dünn besiedelten Region im Norden des Landes. Die Bevölkerung konzentriert sich in Siedlungen am Fuss des Gebirges – vergleichbar mit Oasen, welche mit Wasser aus kleineren Flüssen versorgt werden. Der erlaubte Wasserverbrauch der Mine La Alumbreira, im Quellgebiet eines dieser Flüsse gelegen, beträgt hundert Millionen Liter pro Tag, das Wasser pumpt die Mine grösstenteils aus einer fossilen Grundwasserreserve. Ihr hoher Wasserbedarf steht in Konkurrenz mit dem Wasserbedarf der lokalen Bevölkerung und der Landwirtschaft.

Wasserverschmutzungen mit Schwermetallen

Die Bergbauaktivitäten führen zudem zur Verschmutzung der Gewässer mit Schwermetallen an mehreren Stellen der Produktion. Bei Sprengungen in den Minen entstehen grosse Mengen Feinstaub. Dadurch gelangen auch Nitrate in die Luft, die zu saurem Regen führen. Im Gestein natürlich enthaltenes Arsen wird bei Sprengungen und bei der Verarbeitung freigesetzt. Für die Produktion des Metallkonzentrats nahe der Mine werden verschiedene Chemikalien verwendet, welche anschliessend, angereichert mit Schwermetallen, in einem riesigen Rückhaltebecken gelagert wer-

den. Gemäss einer Untersuchung des Bergbauingenieurs Héctor Nieva ist dieses Becken undicht, wodurch die tiefer liegenden Flüsse verschmutzt werden. Um dies zu lindern, wird kontinuierlich verschmutztes Wasser in den See zurückgepumpt.¹⁰⁵

Schliesslich wird das Metallkonzentrat durch eine Pipeline in die Verarbeitungsanlage in Tucumán gepumpt. Unter dem hohen Druck kam es zu mehreren Rohrbrüchen, wodurch das schwermetall- und säurehaltige Konzentrat in Felder und Gewässer gelangte.¹⁰⁶ In der Verarbeitungsanlage, wo das Konzentrat getrocknet und auf die betriebs-eigene Eisenbahn verladen wird, werden die entstehenden Abwässer in einen Kanal geleitet und gelangen damit über den Fluss Salí Dulce bis in den See Termas de Río Hondo in der Provinz Santiago del Estero.¹⁰⁷

Erkrankungen bei den Anwohner_innen

Kritiker_innen und lokale Ärzte machen die Verschmutzungen durch die Mine La Alumbrera für einen deutlichen Anstieg von Erkrankungen bei der Bevölkerung in den nahe gelegenen Ortschaften verantwortlich, insbesondere von Krebs und Atemwegserkrankungen. Allerdings fehlen Statistiken, die dies einwandfrei nachweisen.

Klagen wegen Umweltverschmutzung

In den vergangenen Jahren wurde La Alumbrera mehrmals wegen Wasserverschmutzung angeklagt. An einem Vortrag an der Universität Bern im März 2012 gab der Generalstaatsanwalt von Tucumán, Antonio Gustavo Gómez, einen Überblick zu den laufenden Verfahren: Bereits 1999 hatte er eine Anklage erhoben gegen Julián Rooney, Vizepräsident von La Alumbrera, wegen Verstosses gegen das Umweltschutzgesetz im Fall der Abwässer der Verarbeitungsanlage in Tucumán. Dabei stützte er sich auf den Umweltverträglichkeitsbericht der Firma: Die darin ausgewiesene Verschmutzung liege mehrfach über den gesetzlichen Grenzwerten. Der Prozess wird seit Jahren verzögert. Eine weitere hängige Klage betrifft das undichte Rückhaltebe-

cken in Catamarca, und eine dritte wurde vom Gouverneur der Provinz Santiago del Estero eingereicht wegen der Verschmutzung des Flusses Salí Dulce.

Anfang 2014 verfügte die Generalstaatsanwaltschaft Argentiniens die vorübergehende Schliessung der beiden Minen La Alumbreira und Bajo del Durazno und gab damit einem Rekurs des Staatsanwaltes von Tucumán gegen die Aufhebung der einstweiligen Verfügung zur Schliessung der beiden Minen statt. Der Betrieb der beiden Minen sei also einzustellen, beschied der Generalstaatsanwalt, bis die Tragweite der Verschmutzungen erfasst und die entsprechenden Beweise aufgenommen worden seien.¹⁰⁸

Bleibelastung und drohende Zerstörung von Naturschutzgebieten in Australien

In Mount Isa im Nordosten des Kontinents werden seit neunzig Jahren Kupfer, Zink und Blei abgebaut. Doch erst in den letzten Jahren wurden die Auswirkungen des Bergbaus auf die lokale Bevölkerung untersucht. 2008 wies eine Studie des Gesundheitsministeriums erstmals eine erhöhte Schwermetallbelastung in Mount Isa nach: 45 von 200 untersuchten Kindern der Stadt Mount Isa wiesen gefährlich hohe Bleiwerte im Blut auf. Dies kann zu schweren Hirnschädigungen und massiven Entwicklungsbeeinträchtigungen führen. Im April 2008 wurde im Fall der sechsjährigen Stella Hare, die unter einer schweren Bleivergiftung litt, eine Klage gegen den Konzern Xstrata eingereicht, seit 2003 Eigentümer der Mount Isa Mines. Vier Jahre später wurde eine aussergerichtliche Einigung erzielt. Mindestens zwei weitere Schadenersatzklagen sind noch hängig.¹⁰⁹

Xstrata streitet Zusammenhang zwischen Bleimineralen und Bleivergiftungen ab

Eine weitere Studie aus dem Jahr 2010 zeigte einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Schwermetallbelastung und der Minentätigkeit in der Region auf. Xstrata stritt diesen Zusammenhang lange ab und erklärte, die hohen Bleiwerte seien auf die natürlichen Bleivorkommen zurück-

zuföhren. Ebenfalls gab der Multi an, dass die Grenzwerte kein einziges Mal überschritten worden seien. Nachdem Anfang 2010 der Vorwurf erhoben worden war, dass die Bleiwerte während des vorausgegangenen Jahres über dem tolerierbaren Wert gelegen hätten, bot Xstrata der Bevölkerung kostenlose jährliche Bluttests und Informationen über den Umgang mit der Bleibelastung an – Massnahmen, welche allerdings die Bleibelastung noch nicht reduzieren. Wenige Monate später erklärte der Konzern öffentlich, dass er die von der Regierung in einer bestimmten Frist geforderte Reduktion der Schwermetallemissionen nicht erfüllen könne – als einziges der insgesamt neun vor Ort arbeitenden Bergbauunternehmen.¹¹⁰

2013 erhärtete eine neue Studie nicht nur den Zusammenhang zwischen Xstratas Minentätigkeit und der Bleivergiftung der Kinder in Mount Isa, sondern warf zudem dem Unternehmen und der Regierung vor, die Bevölkerung in Bezug auf die Bleibelastung irreföhrt zu haben.¹¹¹ Gegen die Stadtregierung von Mount Isa und die Regionalregierung von Queensland war bereits 2011 eine Klage wegen Sorgfaltspflichtverletzung eingereicht worden.

Zerstörung des Lebensraums der Aborigines

Im Norden Australiens besitzt Xstrata seit 2003 die McArthur-Mine, in der Zink, Blei und Silber gefördert werden. Für die Mine, 1995 als Untertagebau eröffnet, beantragte der Konzern 2005 die Bewilligung für eine Erweiterung im Tagebau. Dafür sollte der McArthur-Fluss auf einer Länge von fünfenehalb Kilometern umgeleitet werden. Umweltorganisationen und die vier am Fluss lebenden Aborigines-Gruppen wehrten sich heftig gegen diese Ausbaupläne.¹¹² Sie befürchteten die Zerstörung des Ökosystems des Flusses. Die Aborigines waren zudem nie über das Projekt informiert und befragt worden. Für sie hat der Fluss eine wichtige kulturelle und spirituelle Bedeutung als Lebensgrundlage und er wird als heiliges Stammesmitglied verehrt.

Obwohl Xstrata 2008 vor Gericht eine Niederlage erlitt

und die schon begonnene Flussumleitung rückgängig machen musste, erhielt das Unternehmen vom Umweltministerium die Erlaubnis, den Tagebau weiterhin zu betreiben, wenn auch unter strengen Auflagen.¹¹³ Trotz dieser Auflagen kam es 2011 zu einer Umweltkatastrophe: Aufgrund eines Lecks in einer Benzinleitung liefen 28'000 Liter Benzin in die Umgebung aus. Im August 2013 wurde bekannt, dass Xstrata dafür eine Strafe von 70'000 Dollar bezahlen muss.¹¹⁴

Widerstand gegen angekündigten Kohleabbau

Westlich der Stadt Wandoan im australischen Queensland plant Xstrata eine der grössten Tagebaukohleminen der südlichen Hemisphäre. Auf einer Fläche von 32'000 Hektaren sollen jährlich 30 Millionen Tonnen Kohle abgebaut werden. Die Laufzeit der Mine ist auf dreissig Jahre angesetzt. Gegen den Entscheid der australischen Regierung, den Umweltverträglichkeitsbericht von Xstrata anzunehmen, hat die Nichtregierungsorganisation Friends of the Earth eine Klage eingereicht.¹¹⁵ Dieser Klage schlossen sich drei Bauernfamilien an, die sich weigerten, ihr Land zugunsten der Wandoan-Kohlemine zu verlassen, so wie es weitere 41 Familien bereits getan hatten. Die Kläger_innen kritisierten, dass die in der Wandoan-Mine geförderte Kohle – wenn sie verbrannt würde – jährlich 0,17 Prozent des gesamten globalen CO²-Ausstosses produziere. Dies entspreche in etwa dem jährlichen Ausstoss der Schweiz.¹¹⁶

Der geplante Kohleabbau in der Wandoan-Mine und der Kohleverlad in existierenden und neu zu bauenden Kohlehäfen an der Ostküste würden ausserdem Naturschutzgebiete zerstören, wie die Wet Tropics, die grössten in Australien noch bestehenden tropischen Regenwälder, und das Great Barrier Reef, das weltgrösste Korallenriff. Beide sind von der UNESCO als Weltnaturerbe anerkannt. In den vergangenen Jahren hat sich in Australien der Widerstand gegen die Kohleindustrie und die Kohlehäfen verstärkt. Im Jahr 2011 hat sich die Keppel and Fitzroy Delta Alliance (KAFDA) – bestehend aus Anwohner_innen sowie

verschiedenen Gruppen und Umweltorganisationen – gegen Xstratas Kohlehafenprojekt auf der Balaclava-Halbinsel und zum Schutze des Fitz-Roy-Deltas, der Keppel Bay sowie des Great Barrier Reefs gebildet.

Im Mai 2013 sistierte Xstrata zwar das Balaclava-Hafenprojekt, es wurde aber – entgegen den Forderungen von KAFDA – nicht definitiv von der Projektliste gestrichen. Es muss deshalb vermutet werden, dass es aufgrund des tiefen Kohlepreises nur vorläufig auf Eis gelegt worden ist.

Von der Aufgabe des Wandoan-Minenprojekts ist demgegenüber keine Rede, auch wenn sich der Abbaubeginn verzögert. Immerhin wurde Xstrata im Juni 2013 gerichtlich dazu verpflichtet, den drei klagenden Bauernfamilien mehr als 30 Millionen Dollar Entschädigung zu bezahlen. Dies werteten die Kläger_innen als Erfolg, da sich erstmals die Höhe der Entschädigungen an den aktuellen Landpreisen orientierte.¹¹⁷

Kupfer-Gold-Abbau in den Philippinen: geplante Mine als ökologische Zeitbombe

Auf der südlichen Insel Mindanao auf den Philippinen plant Xstrata die Kupfer-Gold-Mine Tampakan (siehe Kasten S. 90). Das Gebiet, in welchem die Tagebaumine zu liegen käme, ist ökologisch und kulturell sehr sensibel. Ein Grossteil der 10'000 Hektaren Landfläche, die für das Projekt vorgesehen ist, würde irreversibel beschädigt.

Die Gegend ist ein wichtiges Quellgebiet verschiedener Flüsse, welche in dieser bergigen Region entspringen und ihr Wasser über ganz Südmindanao verteilen. Auch wenn die indigenen Gemeinschaften als Erste und am stärksten von dem Projekt betroffen sind, wären bei einer Verschmutzung der Flüsse, etwa durch ein Bersten der Abraumdämme, auch Zehntausende von Menschen an den Flussunterläufen in ihrer Existenz bedroht. Die giftigen Abwässer könnten die Wasservorkommen der ganzen Region kontaminieren. Da in den Tälern rund um das Minenprojekt ein Grossteil der Nahrungsmittel für die ganze Region produziert wird, hätte dies fatale Auswirkungen auf die Ernährungssicher-

Geplante Gold-Kupfer-Mine in den Philippinen

Mit über 5 Milliarden US-Dollar ist das Kupfer-Gold-Minenprojekt Tampakan eine der grössten ausländischen Direktinvestitionen in den Philippinen. Das Tampakan-Bergbauprojekt soll im Tagebau betrieben werden und rund 6,375 Millionen Tonnen Kupfer und 6,120 Millionen Unzen Gold über einen Zeitraum von 17 Jahren liefern.

Geplant ist die Mine im Süden der Philippinen auf der Insel Mindanao. Betroffen von der geplanten Mineninfrastruktur – dazu gehören ausser der Tagebaumine unter anderem ein Frischwasserstausee, Dämme sowie Abraumhalden – sind die vier Provinzen South Cotabato, Sultan Kudarat, Sarangani, Davao del Sur.

Das Minenprojekt wird von Sagittarius Mines Inc. (SMI) vorangetrieben. SMI gehört zu 60 Prozent der Tampakan Group of Companies, einem Zusammenschluss philippinischer Kapitalgeber, und zu 40 Prozent ausländischen Bergbauunternehmen. Spezifisch an dieser Aufteilung ist, dass die Managementkontrolle bei den 40 Prozent (Controlling Equity) der ausländischen Bergbauunternehmen liegt. Von diesen hält Xstrata Copper, eine Tochter von Glencore Xstrata, 62,5 Prozent und die australische Indophil Resources NL 37,5 Prozent. Die Kontrolle über SMI und die Verantwortung für das Minenprojekt liegt damit hauptsächlich bei Xstrata Copper.

Von den 10'000 Hektaren Landfläche, die das Projekt bean-

heit und die Selbstversorgung Mindanaos. Dass ein solches Szenario nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt die Tatsache, dass die Mine und ihre Infrastruktur in eine seismisch instabile Gegend zu liegen kämen. Zudem ist Mindanao aufgrund des Klimawandels vermehrt von Taifunen bisher unbekannter Stärke betroffen. Taifune und Erdbeben als potenzielle Störfaktoren: Beide könnten verheerende Auswirkungen auf die Tagebaumine und ihre Infrastruktur haben. Die vom Bergbauunternehmen Sagittarius Mines Inc. (SMI) durchgeführte Umwelt- und Sozialstudie kommt

sprochen soll, gehören 74 Prozent den indigenen Gemeinschaften der B'laan.

Das Minenprojekt steht im Moment am Ende seiner Explorationsphase. In der nun folgenden Aufbauphase sollte die Infrastruktur installiert werden, es war geplant, 2015 mit dem Abbau zu beginnen. Seit 2010 sind die Weiterarbeiten aber durch ein von der Regionalregierung in South Cotabato erlassenes Umweltgesetz, das in der Provinz den Tagebau verbietet, blockiert. Das Umweltministerium in Manila hat aufgrund dieses Verbots dem Unternehmen zweimal die Bescheinigung für die Umweltverträglichkeit verweigert. Überraschenderweise wurde sie im Frühling 2013 doch erteilt, obwohl das regionale Verbot weiterhin besteht. Allerdings enthält die Bescheinigung die Verpflichtung, dass das Unternehmen über die Minendauer hinaus für die Sicherheit der Abraumdämme haftbar sein müsse. SMI ficht dies an. Solange diese Rechtsfragen nicht gelöst sind, bleibt das Projekt blockiert.

Im August 2013 gab SMI bekannt, über 900 von gut 1000 Arbeiter_innen zu entlassen und die laufenden Investitionen um drei Viertel zu reduzieren. Während zu diesem Zeitpunkt interpretiert werden konnte, dass damit der Druck auf die Regierung erhöht werden sollte, damit diese die Bewilligungen für die Aufbauphase der Mine zügig erteilt, sieht es heute schon anders aus: Gemäss Informationen von Indophil Resources von Anfang Februar 2014 plant Glencore Xstrata, aus dem Projekt Tampakan auszusteigen.¹¹⁸

zu demselben Schluss: »Die Tampakan-Mine hat ein hohes Potenzial, Menschenleben zu gefährden und schwere Umweltschäden zu verursachen, wenn ein Schaden an den Dämmen oder an den Abraumhalden auftritt.«¹¹⁹ Dies wird mit ein Grund sein, warum sich SMI entschieden gegen die Auflage der philippinischen Umweltbehörde stellte, die Verantwortung für eventuelle Schäden zeitlich unlimitiert zu übernehmen.

Kongo: Verschmutzung von Flüssen

Im Kongo öffnet die fehlende staatliche Kontrolle über fachgerechte Handhabung Tür und Tor für Umweltsünden der multinationalen Rohstoffkonzerne. Zwar schreibt Glencore Xstrata im eigenen ›Code of Conduct‹, dass sich der Konzern an die geltenden Gesetze halte und, falls diese weniger streng sind als die eigenen Standards, darüber hinaus gehe.¹²⁰ Doch die Umweltverschmutzung durch die beiden Glencore-Xstrata-Filialen Katanga Mining Limited (KML) und Mutanda Mining (MUMI) (siehe Kasten S. 146) sind so gross, dass die Einhaltung der Standards sehr unwahrscheinlich ist.

Die Schwefelsäure, die in einer KML-Raffinerie zur Reinigung des Kupfererzes eingesetzt wird, wurde jahrelang illegal im Fluss Luilu entsorgt. Die dadurch entstandene Verschmutzung sorgte 2012 international für Aufsehen: Wasserproben ergaben extrem hohe Säurewerte, und es wurden massiv erhöhte Blei-, Kobalt-, Kupfer- und Zinkwerte nachgewiesen. Früher war der Fluss zentral für die Wasserversorgung in der Region und eine wichtige Lebensgrundlage für die lokale Bevölkerung: Sein Wasser wurde nicht nur als Trinkwasser und in der Landwirtschaft verwendet, die Menschen lebten zudem von der Fischerei. Fische gibt es heute keine mehr, und für die Menschen ist das verseuchte Wasser ungeniessbar und zu einem Gesundheitsrisiko geworden. Am Hauptsitz von Glencore Xstrata in Baar weist man die Verantwortung von sich. Die Verschmutzung des Luilu sei ein Erbe aus den Zeiten von Gécamines. Doch spätestens seit der Übernahme der Aktienmehrheit 2009 ist Glencore für diese Verschmutzung verantwortlich. Das Geschäft von KML hat sich in diesen Jahren rasant entwickelt: Allein von 2010 bis 2011 ist die Kupferproduktion um 57 Prozent auf ungefähr 91'200 Tonnen hochgeschneit.¹²¹

2012 machten die beiden Hilfswerke Fastenopfer und Brot für alle auf die Verschmutzung des Luilu aufmerksam. Diese Intervention durch Hilfswerke und Medien wirkte Wunder: Binnen Wochenfrist traf Glencore Massnahmen, und Ivan Glasenberg versicherte Medienschaffenden, dass

nur noch sauberes Wasser in den Luilu fliesse. Dies stimmte so nicht: Die Menge an Abwässern, welche in den Luilu gelangten, wurde zwar drastisch reduziert, aber nicht gestoppt.¹²² Doch selbst ein Ende der illegalen Entsorgung schafft das Problem nicht aus der Welt: Durch seine Produktionsaktivitäten hat Glencore gegenüber der lokalen Bevölkerung Langzeitumweltschäden zu verantworten. Hilfswerke fordern, dass die Bevölkerung finanziell entschädigt wird, und verteidigen deren Anspruch auf sauberes Trinkwasser und wirtschaftliche Alternativen. Fischerei wird im Luilu noch lange nicht möglich sein.

Umweltschäden entstehen auch durch den Mineralienabbau in einer Mine von MUMI. Diese liegt mitten im Wildtierreservat Basse Kando, in dem industrielle Aktivitäten grundsätzlich verboten sind. Im Schutzgebiet leben zahlreiche gefährdete Tier- und Pflanzenarten, erstere werden durch die Erschütterungen, Lärm- und Geruchsemissionen zunehmend verdrängt. Dennoch hat der Staat seit 2007 Konzessionen an ausländische Bergbauunternehmen vergeben. Glencore nahm als erstes multinationales Unternehmen den Betrieb in Basse Kando auf und baute Dämme und Strassen, die den industriellen Bergbau erst ermöglichten. Von lokalen Organisationen werden Lärm und Abgase für das Verschwinden der Elefanten und Flusspferde verantwortlich gemacht. Zwar fließen aus der Verarbeitungsanlage von Mutanda dank dem Einsatz neuer Technologien keine Abwässer in den Fluss, aber die intensive Wassernutzung verursacht ebenfalls grosse Probleme. Sie ist laut Kritiker_innen verantwortlich für das Sinken des Wasserpegels in den Flüssen und das massenhafte Sterben von Fischen und Krabben.¹²³

Sambia: Ausstoss von Schwefeldioxid bis zu 40-mal über Richtwert

Auch in Mufulira, wo die Glencore-Tochter Mopani seit dem Jahr 2000 Kupfer fördert, leidet die Bevölkerung unter starker Luftverschmutzung (siehe Kasten S. 142). Seit der Übernahme durch Glencore sind mit der Produktion

auch die Emissionen von Schwefeldioxid deutlich angestiegen. Die ›Rundschau‹ des Schweizer Fernsehens führte eigene Messungen durch und stellte fest, dass die Schwefelbelastung ein Vielfaches über dem von der Weltgesundheitsorganisation WHO festgesetzten Richtwert liegt: Von zehn Proben, an Standorten zwischen 500 Metern und 5 Kilometern vom Schmelzofen der Kupferhütte entfernt genommen, lag nur eine unter dem WHO-Richtwert von 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Sechs Proben ergaben Werte zwischen 250 und 780 Mikrogramm im 10-Tages-Durchschnitt.¹²⁴ Glencore zeigte sich angesichts dieser Ergebnisse nicht erstaunt; die Resultate stünden nicht im Widerspruch zu den Werten, die der Konzern im Selbstmonitoring erhebt. Diese sind bislang nicht öffentlich zugänglich.

Wie die ›Rundschau‹ aufzeigte, leiden Menschen in der Nachbarschaft der Fabrik unter Asthmaanfällen und weiteren Atembeschwerden. Der Chefarzt des lokalen Spitals erklärte, dass täglich Patientinnen und Patienten behandelt würden, die wegen des Schwefeldioxids Asthmaanfälle erleiden oder an chronischen Lungenleiden erkrankt sind. Viele weitere würden trotz Beschwerden nicht das Spital aufsuchen. Zahlreiche Todesfälle werden von den Opferfamilien mit den Abgasen aus den Mopani-Schornsteinen in Zusammenhang gebracht.

Auf Fragen des Moderators, wie Glencore Xstrata mit den im Beitrag der ›Rundschau‹ aufgezeigten Fällen umgehen werde – insbesondere ging es um ein Mädchen, das vor laufender Kamera einen schweren Asthmaanfall erlitt –, ging der Konzern-Nachhaltigkeitsverantwortliche trotz wiederholtem Nachfragen nicht ein. Stattdessen verwies er auf eine neue Rauchgasreinigungsanlage, die demnächst in Betrieb genommen werden solle, sowie auf AIDS- und Malariaprogramme für die Gemeinde. Die Atembeschwerden sind kein neues Phänomen, und den Menschen in Mufulira wird schon lange eine Verbesserung der Situation versprochen. Bereits vor mehreren Jahren erklärten Verantwortliche der europäischen Investitionsbank, die Mopani ein Darlehen

vergeben hatte, das Schwefeldioxid werde aufgefangen und wiederverwendet und damit die Umweltbelastung stark reduziert.¹²⁵ Unter ökologischen Gesichtspunkten sei das Projekt beispielgebend.

Emmanuel Mutati, Verwaltungsratspräsident der Mopani-Kupferhütte, hielt jüngst fest, dass es »keine wissenschaftlichen Beweise dafür gebe, dass Schwefeldioxid Todesfälle verursacht«.¹²⁶ In einem Interview mit der Rundschau erklärte der Mopani-Verwaltungsratspräsident sogar, die Schwefeldämpfe würden »höchstens leichtes Unwohlsein« auslösen. Die Konzernzentrale zog dieses Zitat zurück und das Schweizer Fernsehen durfte es nicht ausstrahlen. Bekannt wurde die Aussage trotzdem, weil der Moderator den Nachhaltigkeitsverantwortlichen befragte, warum Glencore Xstrata die Ausstrahlung des Satzes verhinderte. Eine Antwort erhielt er nicht.

Auf Forderungen nach Kompensationszahlungen angesprochen, erklärte Mutati vor laufender Kamera: »Ausserhalb unseres Lizenzgebietes liegt die Verantwortung für die Auswirkungen unseres Betriebs bei der Regierung. Wenn es Probleme ausserhalb unseres Gebietes gibt, muss das bei der Regierung angemeldet werden.«¹²⁷

Nicht nur die Luftverschmutzung ist in Mufulira ein Problem: Um die Erze aus dem Gestein zu lösen, wird Schwefelsäure direkt in die unteren Bodenschichten gespritzt. Diese Methode ist sehr rentabel, weil sie weniger Arbeitskräfte benötigt als der traditionelle Bergbau, sie verursacht aber riesige Schäden an der Umwelt und gefährdet die Gesundheit der Menschen vor Ort. Umso mehr, als sich das Trinkwasserreservoir der Stadt unterhalb der Kupferlagerstätten befindet. Im Januar 2008 drang Säure in das Trinkwasserreservoir ein, 800 Anwohner_innen litten in der Folge an Vergiftungen.¹²⁸

Erhöhung der Grenzwerte statt Reduktion der Emissionen in Südafrika

In Südafrika stösst die Platinmine von Lonmin Staubpartikel und Schwefeldioxid aus. Beide Emissionen belasten

die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung. Bezüglich der Staubpartikel nimmt Lonmin für sich in Anspruch, die Grenzwerte von 1200 Milligramm pro Quadratmeter pro Tag für das eigentliche Minengebiet und von 600 Milligramm pro Tag für die Wohngebiete über die Jahre hinweg zu circa 90 Prozent eingehalten zu haben.¹²⁹ Gemäss der Bench Marks Foundation wurden zwischen 2003 und 2012 die Grenzwerte an einzelnen Tagen immer wieder überschritten.¹³⁰

Problematischer sind aber die Daten beim Schwefeldioxid-Ausstoss, selbst in den Berichten von Lonmin selber: Von 2003 bis 2012 überschritt der Schwefeldioxid-Ausstoss bei Lonmin das gesetzliche Limit fast jedes Jahr. 2006 war Lonmin nur deshalb unterhalb des Grenzwerts, weil dieser von 4,8 auf 8,3 Tonnen pro Tag erhöht worden war. In den folgenden drei Jahren befand sich der Schadstoffausstoss aber wieder über dem Grenzwert. Erst als 2011 die Höchstgrenze erneut erhöht wurde, diesmal auf 17,9 Tonnen pro Tag, konnte Lonmin den Grenzwert wieder einhalten, lag aber mit 10,6 Tonnen pro Tag (2011) noch immer deutlich über den früheren Grenzwerten. Im Folgejahr 2012 sank der Schwefeldioxidausstoss nochmals auf 8,5 Tonnen.¹³¹

Die Bench Marks Foundation kritisiert, dass zwischen 2003 und 2012 Lonmin die eigenen im Corporate Accountability Report von 2003 gemachten Vorgaben im Bereich des Schadstoffausstosses permanent überschritten hat. Dass Lonmin die Produktionslizenz nicht entzogen wurde, führt die Organisation darauf zurück, dass »die Lizenz des Unternehmens sicher ist, solange es über den Schaden berichtet und beständig aufzeigt, dass es Verbesserungen anstrebt. Es wird nicht vorausgesetzt, dass die Grenzwerte erfüllt werden.«¹³²

Von der Luft- zur Wasserverschmutzung

Mit einer Reinigungsanlage versuchte Lonmin, den Schwefeldioxid-Ausstoss in den Griff zu bekommen. Dabei fiel aber Kalziumsulfid (CaSO_3) an, das zwischen 2004 und 2006 in provisorischen Abwasserbecken gespeichert wurde. Weil

diese leckten, floss Kalziumsulfid, das für Wasserorganismen giftig ist und bei Menschen Haut- und Augenreizungen verursacht, in Gewässer und ins Grundwasser.¹³³ Deshalb wurde das Kalziumsulfid vermehrt mit Kalk vermischt und wird jetzt zur Bodenaufschüttung verwendet oder auf Müllhalden abgelagert. Das Problem verlagerte sich insgesamt von der Luft- zur Bodenverschmutzung. Längerfristig sollten die Kalziumsulfidabfälle zu Gips weiterverarbeitet und in der Bauindustrie verwendet werden. Allerdings ist die technische Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer solchen Lösung offenbar noch offen, was die Bench Marks Foundation zur folgenden Bemerkung veranlasst: »Mit anderen Worten ist Lonmins Verpflichtung, minimale Sicherheits-, soziale und Umweltvorschriften einzuhalten, sekundär gegenüber Lonmins finanziellen Überlegungen.«¹³⁴

Soziale Konflikte

In Rohstoffabbaugebieten – da, wo Tagebauminen bereits tiefe Löcher in das Land gefressen haben, oder dort, wo Bergbauprojekte erst geplant sind – entstehen rund um Minenaktivitäten neue soziale Konflikte. Die zunehmenden Landansprüche von Bergbaukonzernen, um an Rohstoffvorkommen zu gelangen oder bestehende Minen- und Transportinfrastruktur zu erweitern, haben zu Vertreibungen und Umsiedlungen ländlicher Gemeinschaften geführt. Über die Auswirkungen eines neuen Minenprojekts wurden Betroffene in den untersuchten Fällen nicht ausreichend informiert, geschweige denn konsultiert, obwohl dies bei indigenen Gemeinschaften gemäss internationalen Konventionen unabdingbar wäre. Eine Informationsveranstaltung von Xstrata zur Mine Las Bambas in Peru etwa erweckte den Eindruck, dass sie vorab die Akzeptanz für die Mine und den Konzern erhöhen sollte. Es sind keine Fälle bekannt, in denen die betroffene Bevölkerung vom Konzern umfassend über die negativen Folgen der Bergbauprojekte aufgeklärt worden wäre.

Da, wo Minen seit längerem in Betrieb sind, leiden Anwohner_innen, wie im Kapitel ›Umweltkonflikte‹ aufgezeigt, unter der Umweltbelastung durch Staub, unter den Explosionen, den Transporten oder der Verknappung oder Verschmutzung des Wassers. Hinzu kommen Gesundheitsprobleme sowie der Verlust von Landwirtschaftsland als Folge der sich ausbreitenden Tagebauminen. Auch haben die Minen kaum je die versprochenen Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung gebracht: Oft werden qualifizierte Arbeitskräfte von ausserhalb rekrutiert, während in der näheren Minenumgebung nur wenige unqualifizierte Stellen vergeben werden. Da mit dem Zuzug von auswärtigen Minenarbeitern die Lebenshaltungskosten steigen, nimmt die Kaufkraft der ansässigen Bevölkerung ab. Auch wenn Bevölkerungen hoffen, dass mit der Minentätigkeit der Wohlstand steigt, ist dies oft nicht der Fall. An verschiedenen

Schauplätzen berichten Betroffene, dass sich mit dem Bergbau ihre Situation verschlechtert habe.

Wie das folgende Kapitel aufzeigt, trägt Glencore Xstrata zum weiteren Anwachsen der sozialen Spannungen rund um den Bergbau bei. Mit sogenannten Entwicklungsprojekten begünstigt der Minenmulti einen Teil der Betroffenen – nicht zufällig sind diese in der Folge dem Konzern positiv gesinnt. Dem Konzern wird deshalb vorgeworfen, dass er gesellschaftliche Zustimmung erkaufe. Gemeinden sind gespalten, neue Konfliktlinien zwischen Bergbaubefürworter_innen und -gegner_innen treten auf.

Mancherorts hat im Umfeld der Minen von Glencore Xstrata Gewalt zugenommen, Verletzte oder gar Tote bei Auseinandersetzungen rund um Bergbauprojekte sind eine erschreckende Realität geworden. Ganze Regionen sind zum Schutz von Mineneinrichtungen militarisiert worden, in Kolumbien spielen sich Paramilitärs als Beschützer von Minenkonzernen auf und haben Kritiker_innen wiederholt mit dem Tod gedroht. In den Philippinen ist ein vom Konzern kontrolliertes Unternehmen an der Finanzierung paramilitärischer Truppen beteiligt.

Auf der einen Seite wächst der Widerstand gegen die schrankenlose, zerstörerische Rohstoffausbeutung, Proteste nehmen zu und finden ihren Ausdruck auf verschiedenen Ebenen: in Demonstrationen und Strassenblockaden, Forderungen nach sorgfältigem Umgang des Konzerns mit der Umwelt und höheren Abgaben für die lokalen Gemeinden, in Anzeigen gegen den Konzern etwa wegen Umweltverschmutzungen. Auf der anderen Seite sehen sich die Kritiker_innen oft Repression durch Sicherheitskräfte ausgesetzt. Hinzu kommt eine Kommunikationsmaschinerie sowohl des Konzerns wie der Behörden, die die positiven Seiten des Bergbaus betont, während an verschiedenen Schauplätzen Bergbaukritiker_innen diffamiert und unter Druck gesetzt werden und ihr Protest zu delegitimieren versucht wird. Weiter ist, wie an Beispielen in Peru und Argentinien aufgezeigt, zusätzlich zu Einschüchterungen auch eine Kriminalisierung der Proteste und ihrer Teilnehmer_innen

zu verzeichnen: Nach gewaltfreien, breiten Protesten sind Bergbau-Kritiker_innen mit Klagen konfrontiert, in Argentinien kommt dabei ein neues Anti-Terror-Gesetz zum Einsatz. Die Auseinandersetzungen um den Bergbau werden mit ungleich langen Spiessen geführt.

Vertreibungen und Umsiedlungen in Kolumbien

Die Kohleminen im Tagebau, die Glencore Xstrata in Kolumbien besitzt beziehungsweise an denen der Konzern massgeblich beteiligt ist, gehören zu den grössten Kohletagebauminen weltweit (siehe Kasten S. 48). Gigantische Landflächen werden für den Betrieb und die Erweiterung der Minen beansprucht. Der unersättliche Landbedarf hat dazu geführt, dass mehrere Dörfer umgesiedelt werden müssen. Druck und Vertreibungen waren Teil solcher Umsiedlungsprozesse. Dort, wo eine Umsiedlung aufgrund der Staubbelastung durch die Kohleminen verschiedener Konzerne nötig geworden ist, ist der Umsiedlungsprozess immer wieder verzögert worden.

Glencore-Tochter kaufte Land nach gewaltsamen Vertreibungen

Dem Rohstoffmulti beziehungsweise seiner Tochtergesellschaft Prodeco wird vorgeworfen, von gewaltsamen Vertreibungen profitiert zu haben, indem er Land für die Erweiterung seiner Kohlemine in La Jagua de Ibirico von Paramilitärs erwarb. Dieses Land im Departement Cesar – 1232 Hektaren – müsste die Glencore-Tochter Prodeco zusammen mit der Landbehörde Incoder an vertriebene Bauernfamilien zurückgeben. Das hat das Oberste Gericht Kolumbiens Mitte 2012 in einer letztinstanzlichen Entscheidung festgehalten. Paramilitärs hatten dort 18 Menschen massakriert, 2002/03 flohen die überlebenden Bauern und Bäuerinnen dieses Landstücks ›El Prado‹. Prodeco übernahm das Land fünf Jahre später von Strohmännern der Paramilitärs.

Bis zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Buches hat Prodeco nichts unternommen, um dem Gerichtsentcheid nach-

zukommen. Werden die Anordnungen des Gerichts nicht befolgt, könnten sie verjähren. Angesichts der Nichterfüllung kann vermutet werden, dass der Multi genau darauf abzielt.¹³⁵ Die Betroffenen haben deshalb mit Demonstrationen eine rasche Umsetzung gefordert. Unterdessen wurde die Anwältin der Vertriebenen wiederholt mit dem Tod bedroht; in den Morddrohungen stand, dass sie die Finger von dem Land ›El Prado‹ lassen solle.¹³⁶ In Kolumbien, das einen traurigen Rekord in Morden und Übergriffen gegen Verteidiger_innen von Land- und Menschenrechten hält, muss eine solche Drohung sehr ernst genommen werden.

Umsiedlung rund um die Kohleminen im Departement Cesar¹³⁷

Die Dörfer El Hatillo, Plan Bonito und Boquerón sind vollständig von den Minen dreier Bergbaukonzerne eingekreist, darunter diejenigen von Glencore-Prodeco (siehe Kasten S. 49). Ab wenigen Hundert Metern Entfernung von El Hatillo befinden sich in allen Richtungen Kohleminen. Die Explosionen in den Minen und die Förderung der Kohle im Tagebauverfahren führen dazu, dass die Luft mit Kohlestaub durchsetzt ist. Chronische Atem- und Hauterkrankungen, die durch Staubpartikel verursacht werden, gehören zum Alltag der Bevölkerung (siehe Kapitel ›Umweltkonflikte‹).

Im Mai 2010 ordnete das kolumbianische Gesundheitsministerium die Umsiedlung der drei betroffenen Dörfer an, weil die Gesundheitsbeschwerden der Bewohner_innen durch den Kohlestaub zu gross geworden waren. Die Bergbauunternehmen legten Rekurs gegen den Umsiedlungsplan ein, der ihnen damit auferlegt worden war, und liessen die angeordneten Fristen für die Umsiedlung verstreichen. Bis im September 2012 hätte das Dorf El Hatillo umgesiedelt sein sollen, jedoch begann die Erarbeitung des eigentlichen Umsiedlungsplans erst 2013. Dabei wurde die Gemeinschaft nur ungenügend einbezogen, schon die Erfassung der betroffenen Dorfbewohner_innen geschah intransparent und mangelhaft, so dass Unsicherheit und Misstrauen zunahmen. Bis heute hat die Bevölkerung die kompletten Daten

der Erhebung nicht erhalten. Aufgrund der kritischen Versorgungssituation geriet das Dorf El Hatillo Anfangs 2013 in eine humanitäre Krise.¹³⁸ Ursache war nicht zuletzt, dass durch die Staubbelastung Landwirtschaft kaum mehr möglich ist. »Die Minen haben uns keine Entwicklung gebracht, sondern Elend«, sagte ein Anwohner von El Hatillo.¹³⁹

Bis heute ist der Umsiedlungsprozess nicht vorangeschritten, und die Situation in den Dörfern ist angesichts der laufend enttäuschten Erwartungen und falschen Versprechungen angespannt.¹⁴⁰ Die NGOs, die den Umsiedlungsprozess von El Hatillo begleiten, stellen immer wieder ein methodologisch ungeeignetes Vorgehen, unklare Information und monatelange Verzögerungen seitens des Operators rePlan und der Bergbauunternehmen fest. So sind häufig die Sprache und Informationsvermittlung nicht dem Bildungsniveau der Gemeinschaft angepasst, einmal getroffene Abkommen werden wieder in Frage gestellt und Projekte, etwa zur Schaffung von Einkommensmöglichkeiten, mangelhaft umgesetzt. Bisher wurden diese Mängel nicht wirklich behoben, obwohl sie immer wieder angemahnt wurden. Die Häufung der auftauchenden Probleme lässt Zweifel aufkommen an der Erklärung der Unternehmen und rePlans, es handle sich um Missverständnisse und Versehen. Derweil sind wegen der angeordneten Umsiedlung des Umweltministeriums immer noch Klagen gegen den Staat hängig – darunter auch Entschädigungsforderungen der Konzerne für die entstandenen Kosten. So kann mitunter der Eindruck entstehen, dass die Unternehmen die Umsiedlung gar nicht durchführen wollen und mit der Verzögerung darauf hinwirken, dass die Menschen angesichts der schwierigen Lebenssituation wegziehen und nur noch über eine finanzielle Entschädigung verhandeln.¹⁴¹ Glencore und rePlan haben demgegenüber versichert, dass sie den Prozess zum Besten der Gemeinschaft zu Ende führen wollen.

Vertreibungen und Umsiedlung rund um El Cerrejón¹⁴²

Im Konzessionsgebiet der Mine El Cerrejón im Departement La Guajira (siehe Kasten S. 48) haben die Indigenen

des Volkes der Wayúu einen beträchtlichen Teil ihres Territoriums verloren oder dieses wurde durch Strassen und die Eisenbahnlinie zerstückelt. Seit 1986 mussten mehrere indigene, afrokolumbianische und kleinbäuerliche Dorfgemeinschaften ihr Land verlassen, sie wurden auseinandergerissen und leben heute über viele Gemeinden und Departemente verstreut. Bisher ist keine der Dorfgemeinschaften in befriedigender Art und Weise konsultiert und umgesiedelt worden.

Das afrokolumbianische Dorf Tabaco wurde im Jahr 2001 enteignet, rund 1200 Bewohner_innen mussten ihr Haus und Landstück verlassen. Um die Bevölkerung zum Wegziehen zu bewegen, wurde Druck ausgeübt: Strom und Wasser wurden abgestellt, Telefonzentralen, die Schule und das Spital geschlossen. Weiter wurden der Friedhof zerstört und einige Behausungen verbrannt, die Durchgangsstrasse gesperrt und der Fluss umgeleitet. Die letzten ausharrenden Bewohner_innen wurden gewaltsam von Armee und Polizei aus ihren Häusern vertrieben und diese am selben Tag mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht. Im Mai 2002 hat ein Gericht den zuständigen Bürgermeister verpflichtet, mit Unterstützung des Konsortiums das Dorf Tabaco an einem anderen Ort wieder aufzubauen und so das soziale Netzwerk wieder herzustellen. Diesem Urteil wurde nie Folge geleistet. Gemeinschaftsvertreter und das Unternehmenskonsortium erzielten Ende 2009 eine Einigung, die zum Kauf eines Grundstücks und zur Errichtung eines Gemeinschaftszentrums führen sollte, wo sich dann die Gemeinschaft erneut niederlassen könnte. Bis heute steht die dazu notwendige Infrastruktur noch nicht.

Auch die Dörfer Roche, Chancleta und Patilla sollen der Erweiterung der Mine weichen müssen. Obwohl Vertreter des Minenprojekts festhielten, dass sich die gegen Tabaco angewendete Vorgehensweise nicht wiederholen sollte, wurden auch hier die Gemeinschaften unter Druck gesetzt, beispielsweise dadurch, dass die Firmen der Bevölkerung den Zugang zum Fluss und zu Waldgebieten auf dem Firmengelände untersagten und mit Zäunen versperrten. Gelangten Tiere oder Menschen trotzdem zur Jagd oder zum Wasser-

holen auf Firmengelände, wurden sie vom Sicherheitsdienst weggewiesen oder vorübergehend festgehalten. Der Bevölkerung sind so für ein würdiges Leben wesentliche Ressourcen vorenthalten worden.

In der Gemeinschaft Roche haben viele Anwohner_innen ihr Haus unter grossem Druck und mangels ökonomischer Alternativen zu Tiefstpreisen verkauft. Andere verliessen das Dorf, ohne ihren Besitz zu verkaufen.

2007 reichten Anwälte und Nichtregierungsorganisationen in Australien und in der Schweiz Klagen gegen BHP Billiton und Xstrata wegen Verstössen gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Firmen ein. Sie forderten ein Ende der Aushungerungsstrategie, Verhandlungen über kollektive Umsiedlungen und einen gemeinsamen Verhandlungstisch für alle fünf umzusiedelnden Gemeinschaften (Patilla, Roche, Chancleta, Tabaco und Tamaquitos) anstelle von Einzelverhandlungen. Das OECD-Verfahren endete, ohne dass diese Forderungen aufgenommen worden wären.¹⁴³ El Cerrejón verhandelte weiterhin mit jeder der fünf Dorfgemeinschaften einzeln, was Misstrauen säte und die Gemeinschaften spaltete.

Im Dezember 2010 erreichte das Konsortium mittels finanzieller Anreize die Umsiedlung von 17 der 25 Familien von Roche in ein neu gebautes Dorf. Den acht verbliebenen Familien wurde eine Zwangsenteignung angedroht. Im November 2013 konnte eine solche abgewendet werden, die Familien erklärten sich zum Umzug ins neue Dorf bereit, als El Cerrejón gewisse Zugeständnisse in Fragen der Entschädigung oder des Weidelands im neuen Dorf machte. Inzwischen möchten jedoch viele der umgesiedelten Familien wieder ins alte Roche zurück, da das neue Dorf über zu wenig Landwirtschaftsland verfügt, die Häuser nicht ihren Vorstellungen entsprechen und die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen nicht gesichert sind.

Militarisierung einer Region

Seit die Kohleminen ihre Abbautätigkeit im Norden Kolumbiens aufgenommen haben, ist die Region sukzessi-

ve militarisiert worden. Als Grund für Truppenverschiebungen gaben die Regierungen jeweils die Bekämpfung der »narcoterroristischen Strukturen« sowie den Schutz der Unternehmen an. Im gesamten kolumbianischen Kontext haben die Militärpräsenz und Militäroffensiven in denjenigen Gebieten am stärksten zugenommen, wo natürliche Ressourcen abgebaut werden. Seit 2005 ist die 10. Brigade der kolumbianischen Armee mit elf Bataillonen in den Departementen La Guajira und Cesar präsent, wo sich die Kohleminen befinden. Im Juni 2012 wurde ein neues Bataillon mit 900 Soldaten für den Schutz der Infrastruktur von El Cerrejón gebildet.

Für die Bevölkerung ist die Militarisierung des Gebiets kaum eine vertrauenserweckende Massnahme: Die kolumbianische Armee weist eine erschreckende Menschenrechtsbilanz auf. Ein Beispiel für die begangenen Menschenrechtsverletzungen in jüngster Zeit sind die »Falsos positivos«, mehrere Tausend junge Menschen, die entführt, ermordet und als im Kampf getötete FARC-Guerilleros präsentiert wurden; für diese schrecklichen Taten bekamen die Soldaten eine Belohnung. Mittlerweile ist auch breit anerkannt, dass zwischen der Armee und paramilitärischen Gruppierungen weitgehende Absprachen und Zusammenarbeit existiert haben.

Letztere haben in der Kohleabbauregion ebenfalls eine starke Präsenz (siehe S. 50). Wiederholt sind Gewerkschafter während Arbeitskämpfen bedroht worden. 2007 sagte der ehemalige Kommandant des Bloque Norte der paramilitärischen AUC aus, dass die AUC von sämtlichen Unternehmen der Region finanziell unterstützt worden sei, darunter auch von Prodeco.¹⁴⁴ Ein weiterer Paramilitär erklärte, dass seine Einheit Bloque Norte für die Sicherheit aller Kohleproduzenten der Region gesorgt hätte.¹⁴⁵ Im Fall des US-Kohlekonzerns Drummond führten die Aussagen von Paramilitärs zu Ermittlungen, weil eine Verantwortung des Multis an den Morden von zwei Gewerkschaftern vermutet wird. Was die Anschuldigung angeht, dass auch andere Kohleproduzenten Beziehungen mit paramilitärischen

Strukturen hätten, ist nicht bekannt, dass Ermittlungen aufgenommen worden seien. Glencore Xstrata hat bestritten, dass Verbindungen zu Paramilitärs bestünden.

Bevölkerung in kolumbianischen Abbaubetrieben profitiert nicht von den Kohleminen

Die Ankunft der Bergbaukonzerne im nördlichen Departement Cesar vor gut zwanzig Jahren hat zu umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen ebenso wie zum Verlust traditioneller Lebensformen geführt. Während die Familien früher von der Subsistenzwirtschaft lebten – Ackerbau, Viehzucht, Jagd und Fischerei –, sind sie heute von der Lohnarbeit abhängig. Einige Dörfer sind ganz von den Minen umgeben, Weideland gibt es kaum mehr. Der von der Glencore-Tochterfirma Prodeco umgeleitete Fluss Calenturitas ist verschmutzt, und der Fischbestand ist drastisch zurückgegangen. Die schwere Staubbelastung hat chronische Erkrankungen bei der Bevölkerung und bei den Tieren zur Folge, ebenfalls beeinträchtigt ist das Wachstum von Pflanzen.

Schwerverkehr durch den Kohletransport

Nicht nur die Förderung der Kohle im Tagebau hat einschneidende Auswirkungen auf die Bevölkerung, der Transport des Rohmaterials von der Mine zu den Verladehäfen betrifft die gesamte Region: Über Jahre fuhren Kolonnen mit Kohle beladener Sattelschlepper tagein, tagaus durch die Dörfer. Der massive Schwerverkehr hat immer wieder zu Unfällen geführt, zudem haben die Strassen unter der permanenten Belastung gelitten. Die Umstellung auf den Eisenbahntransport vor einigen Jahren hat zwar gewisse ökologische Vorteile gebracht, aber neue Probleme geschaffen: Heute fahren täglich über fünfzig Güterzüge mit mehr als hundert Waggons über die kilometerlangen Strecken von den Minen zu den Häfen. Weil eine bereits bestehende Eisenbahnlinie dafür verwendet wird, fahren die Züge mitten durch Dörfer, dies im Halbstundentakt und nur wenige Meter vor Wohnhäusern vorbei. Die schweren Erschütterungen

durch die Güterzüge führen zu Rissen in den Häusern, die Anwohner_innen leiden unter konstanter Lärmbelastung. Die häufige Durchfahrt der langen Züge verhindert zudem, dass die Dorfbewohner_innen leicht auf die andere Seite des Dorfes beziehungsweise auf ihr Feld gelangen können. Wegen fehlender Barrieren und Zäune rund um die Bahnlänien kommt es auch hier immer wieder zu Unfällen.¹⁴⁶

Armut in den Minengebieten

Der Grossteil der Bevölkerung im Departement Cesar profitiert nicht von den Minen (siehe auch S. 123, »Die Bevölkerung bleibt arm«). Die Gemeinden haben eine Arbeitslosigkeit von bis zu 70 Prozent.¹⁴⁷ Der Bergbau vermag den Verlust der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft unter anderem darum nicht zu kompensieren, weil neue Arbeitskräfte häufig von ausserhalb rekrutiert werden. Die Arbeitsmigration und die relativ höhere Kaufkraft der Minenarbeiter überfordert die mangelhafte Infrastruktur der Region und führt zu einer Teuerung, die die lokale Bevölkerung mit ihren ungleich tieferen Löhnen besonders hart trifft.¹⁴⁸ Armut, mangelnde Perspektiven und die Anwesenheit auswärtiger Minenarbeiter und Chauffeure an den Verladeorten haben die (Kinder-)Prostitution gefördert.

Auch die Schürfabgaben der Konzerne (sogenannte Royalties) kommen nicht der Bevölkerung zugute. Ein Grossteil der Abgaben versickert entweder in nie fertiggestellten Luxusprojekten oder in zwar dringend nötigen, aber fehlgeplanten und schlecht gebauten Projekten¹⁴⁹ – einem Schulgebäude, einem Kulturzentrum oder der Kanalisation –, oder wird von korrupten Amtsinhabern oder durch illegale Gewaltakteure abgezweigt. Das Beispiel vom städtischen Zentrum La Jagua de Ibirico im Departement Cesar ist besonders augenfällig: La Jagua könnte dank der Schürfabgaben eines der reichsten Städtchen Kolumbiens sein, verfügte aber noch 2008 weder über eine zuverlässige Stromversorgung noch über eine funktionierende Trinkwasserversorgung. Während vieler Jahre wurde das Dorf von paramilitärischen Gruppierungen kontrolliert, die zusammen mit

den jeweiligen Bürgermeister*innen die Gemeindekasse plünderten. Beispielhaft für diese Praxis ist, dass sich heute vier der vor 2008 amtierenden Bürgermeister*innen wegen Korruption und Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen in Haft befinden oder zur Fahndung ausgeschrieben sind.¹⁵⁰ Bewohner*innen von La Jagua sagen hinter vorgehaltener Hand, dass nicht der Bürgermeister, sondern die Paramilitärs La Jagua regierten und niemand gegen ihren Willen tätig sein konnte.

Spaltung von Gemeinden in Peru

In der peruanischen Andenregion Espinar existiert seit 2003 ein Vertrag zwischen dem Bergbauunternehmen, das den Tagebau Tintaya betreibt, und der Bevölkerung. Der Abschluss dieses Vertrags war ein Erfolg der sozialen Widerstandsbewegungen und des damaligen Bürgermeisters Oscar Mollohuanca (erste Amtsperiode 1998–2002), die seit langem gefordert hatten, dass sie direkt in den Genuss von Abgaben des Unternehmens kommen müssten und dass Umweltstudien durchgeführt würden. Xstrata bekannte sich mit der Übernahme der Mine 2006 zum Vertrag und akzeptierte damit, jährliche partizipative und unabhängige Umweltstudien in Espinar zuzulassen und diese Resultate öffentlich zu machen.¹⁵¹ Umgesetzt wurde dies jedoch nicht wie vereinbart. Stattdessen rief der Konzern eine eigene Stiftung ins Leben, deren rund 180 Mitarbeiter*innen sogenannte »Entwicklungsprojekte« in Espinar umsetzten.¹⁵² Unter Entwicklungsprojekten versteht der Konzern etwa die Errichtung von Schulinfrastruktur, die Technifizierung der Landwirtschaft mit modernsten Traktoren, die Abgabe von genetisch verändertem Saatgut und die Erschaffung von neuen Wirtschaftsketten und Kurzarbeitsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor. Die Bergbauindustrie in Espinar sei dank dieser Praxis der Motor für die »nachhaltige Entwicklung der Provinz«, heisst es in Xstratas Informationsbroschüren.¹⁵³ Es sind schillernde Worte, die jedoch der empfundenen Lebensqualität der Menschen in Espinar entgegenstehen.

Dass der Konzern die Durchführung unabhängiger Umweltstudien verweigert und an ihrer Stelle eine eigene ›Entwicklungspolitik‹ umsetzt, führt zu einer Spaltung der Bevölkerung. Denn anstelle eines verbindlichen und transparenten Umweltmanagements betreibt Xstrata eine fragwürdige Kompensationspolitik. Die Entwicklungsprojekte eröffnen einigen kleinbäuerlichen Dorfgemeinschaften Zugang zu der knapp vorhandenen Lohnarbeit oder stellt ihnen vielversprechende Entwicklungsprojekte in Aussicht, während andere Gemeinschaften nur sehr beschränkten oder gar keinen Zugang zu solchen Angeboten erhalten. Gleichzeitig bleiben die Ängste und Sorgen der Bevölkerung betreffend der Umweltverschmutzung unbeantwortet.

Parastaatliche Strukturen

Rund siebzig Millionen US-Dollar hat Xstrata Copper nach eigenen Angaben von 2003 bis 2012 für sogenannte Entwicklungsprojekte in Espinar investiert.¹⁵⁴ Mit der eigenen Stiftung und ›Entwicklungsexperten‹ hat der Konzern damit praktisch eine parastaatliche Struktur geschaffen, die Projekte sind assistenzialistischer Natur. Die Dorfgemeinschaften, die sich unmittelbar um das fast 5000 Hektaren grosse Abbauareal Tintaya und das neue Operationsfeld Antapaccay befinden, erhalten dabei mehr ›Entwicklungsleistungen‹; zum Ärger der restlichen Dorfgemeinschaften.

In einer Provinz, deren Bevölkerung im Jahr 2009 zu rund 65 Prozent in wirtschaftlicher Armut lebte und deren Möglichkeit, Subsistenzwirtschaft zu betreiben, durch die Bergbauindustrie immer mehr eingeschränkt wurde, fördert diese bewusste Ungleichverteilung von Zugängen und Projekten neue Konfliktherde. Denn der Forderung, dass Existenzgrundlagen wie Wasser und Landwirtschaft geschützt werden müssen, stellen sich nun Bergbaubefürworter_innen entgegen, welchen das Unternehmen Zugang zu Einnahmemöglichkeiten verschafft hat.¹⁵⁵ Damit werden Gemeinschaften gespalten, neue Konflikte entstehen zwischen bergbaukritischen Anwohner_innen und Begünstigten von Xstrata-Projekten.

Dabei geraten Bergbaukritiker_innen immer wieder unter Druck: Mittels Diffamierungen in den Massenmedien – mitunter werden sie sogar als Terrorist_innen bezeichnet – und repressiven Massnahmen werden bergbaukritische Stimmen zumindest zeitweise zum Schweigen gebracht. Ein Bericht des technischen Büros des Rahmenvertrags, das beauftragt war, die sogenannten ›Entwicklungsprojekte‹ umzusetzen, hielt Ende 2011 fest: »Wer in Espinar eine dem Unternehmen entgegengesetzte Meinung hat, wird verfolgt, bedroht, erpresst, diskriminiert, diffamiert, ja sogar festgenommen. (...) Es existiert ein Team von Technikern des Unternehmens Xstrata Tintaya, das mit Hilfe der Gelder aus dem Vertragsabkommen die sozialen Organisationen in der Provinz destabilisiert. Mit diesen Geldern suchen die Beteiligten die Dorfgemeinschaften und städtischen Quartiere auf. Sie nützen die Bedürftigkeit und das Bildungs- und Informationsniveau der Bevölkerung aus, indem sie ihnen irgendwelche Profite anbieten, wenn sie im Gegenzug die derzeitige Lokalregierung destabilisieren. Das einzige, was sie damit tun, ist die Gesellschaft zu korrumpieren.«¹⁵⁶

Nachdem der Konflikt um die Mine Tintaya im Mai 2012 eskaliert ist (siehe Kapitel ›Macht und Einfluss des Megakonzerns‹), hat sich das Unternehmen im Verlauf des Jahres 2013 dazu verpflichtet, seine Stiftung umzustrukturieren. Die bisherige assistenzialistische Kompensationspolitik soll ersetzt werden, eine unabhängige Nonprofitorganisation soll zukünftig die Gelder verwalten und Projekte ausführen. Bleibt abzuwarten, wer in welcher Form wird mitreden können.

Umsiedlung der peruanischen Bauerngemeinde Fuerabamba

Um das Kupferprojekt in Las Bambas umsetzen zu können, muss erst die mitten im vorgesehenen Abbaugelände gelegene Bauerngemeinde Fuerabamba umgesiedelt werden. Anfang 2010 unterschrieb die Gemeinde einen Vertrag mit Xstrata, der die Bedingungen zur Umsiedlung regelt. Allerdings hatten die Verhandlungen bilateral zwischen Firma und Bau-

erngemeinde stattgefunden; eine Vertretung der Bauernföderation wurde nicht zugelassen. Der Vertrag beinhaltet unter anderem, dass die neue Gemeinde Fuerabamba in der Nähe der Mine gebaut wird. Das Kulturland für Ackerbau und Tierhaltung liegt verstreut und bis zu drei Fahrstunden vom Dorf entfernt. Mittlerweile sind die neuen, eng beieinanderstehenden mehrstöckigen Betonhäuser gebaut. Der Kontrast zur traditionellen Wohnform in ein- bis zweistöckigen Lehmziegelhäusern, die von einer Landfläche für die nächtliche Beherbergung der Tiere umgeben sind, ist gross. Zudem sind die Häuser über frisch aufgeschüttetem Boden gebaut, der sich üblicherweise noch setzt, wodurch Risse in den Mauern auftreten können. Es wird sich zeigen, ob diese Häuser tatsächlich von den umzusiedelnden Familien bezogen werden.

Steigende Lebenshaltungskosten, fehlende Arbeitsplätze

Bereits während der Untersuchungs- und Bauphase der Mine stiegen die Lebenskosten im Distrikthauptort Challhuahuacho, dem Zentrum der Minenaktivität, um das Vierfache. Grund dafür ist die massiv gestiegene Nachfrage nach Unterkunft, Verpflegung und weiteren Dienstleistungen durch die Minen- und Bauarbeiter_innen. Durch ihre Löhne ist so viel Geld wie nie zuvor im Umlauf. Besitzer_innen von Hotels, Restaurants, Wäschereien profitieren von dieser Nachfrage. Viele von ihnen sind deshalb von ausserhalb der Region hierher umgezogen. Das ehemalige Bauerndorf hat sich in eine Stadt mit vierstöckigen Häusern, Taxi- und Busverkehr und prekärer Infrastruktur verwandelt. Benachteiligt sind Bauern und Bäuerinnen aus den umliegenden Bauerngemeinden, die nicht über die nötigen Geldmittel verfügen, um diese hohen Preise zu bezahlen.

Eine zentrale Forderung der Bevölkerung ist diejenige nach Arbeitsplätzen. 2004 versprach der damalige peruanische Präsident Alejandro Toledo, dass in Las Bambas 10'000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Für die lokale Bevölkerung sind 1200 Stellen in der aktuellen Bau-

phase übrig geblieben, während der Produktivphase sollen es noch gerade mal 450 sein. Damit wird nur ein Drittel der geschaffenen Arbeitsplätze von lokalen Arbeiter_innen besetzt sein. Immer wieder gibt es Klagen, Bewerber_innen von ausserhalb der Region erhielten bei der Besetzung auch dieser Arbeitsstellen den Vorzug, zum Nachteil der ansässigen Bevölkerung. Die steigenden Lebenshaltungskosten und die Forderung nach Arbeitsplätzen führten wiederholt zu Protesten der ansässigen Bevölkerung.

Fehlende Konsultation der betroffenen Bevölkerung

Die Konzession für die Untersuchungsphase von Las Bambas wurde 2004 ohne vorgängige Konsultation der Bevölkerung erteilt, obwohl Peru 1993 die Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterzeichnet hat. Gemäss dieser Konvention müssen die indigenen Völker durch geeignete Verfahren konsultiert werden und frei auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung teilnehmen können. Sie haben das Recht, ihre eigenen Prioritäten für ihren Entwicklungsprozess festzulegen, und einen Anspruch darauf, dass die Regierung mit ihnen zusammen Massnahmen zum Schutz der Umwelt der von ihnen bewohnten Gebiete ergreift. In der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (2007) wurde zudem ihr Recht auf vorgängige freie und informierte Konsultation zu Projekten festgeschrieben, die sie direkt betreffen.

Zwischen 2009 und 2010 fanden diverse Informationsveranstaltungen statt, vor allem entlang der geplanten Pipeline und der neu zu bauenden Strasse von Las Bambas nach Espinar. Obwohl die Muttersprache der Bevölkerung Quechua ist, wurde nur an der grössten Veranstaltung alles auf Quechua übersetzt, die anderen wurden mehrheitlich auf Spanisch abgehalten. Studierende der von Xstrata unterstützten Fachschule nahmen mehrmals teil, dank schulfrei und Gratistransporten. An der öffentlichen Anhörung sollen über 5000 Personen teilgenommen haben. Betroffene äussern den Verdacht, dass es bei der Veranstaltung neben

der Information der Bevölkerung vor allem darum ging, das Projekt zu legitimieren.

Information oder Manipulation?

An den Veranstaltungen referierte der Firmenvertreter ausführlich und detailliert zu Xstrata und zu den von der Firma und dem Sozialfonds durchgeführten Projekten. Zum eigentlichen Thema der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde nur kurz informiert. Die Berichte von Teilnehmer_innen zeigen, dass die Informationen an diesen Veranstaltungen zum Teil unpräzise, einseitig oder verharmlosend waren.¹⁵⁷ So erklärte der Vertreter von Xstrata etwa, dass der enorme Wasserbedarf von Las Bambas weder die Bevölkerung noch die Landwirtschaft oder die Viehhaltung beeinträchtigen werde, weil das Wasser für den Bergbaubetrieb in den Regenzeiten aus dem Fluss in ein Reservoir zurückgepumpt werde. Auch Umweltschäden werde die Mine keine verursachen. Unter den negativen Folgen des Projekts wurde das Gesetz zur Landenteignung nur in einem Satz erwähnt. Dass damit ihr Land zu einem minimalen Preis enteignet werden könnte, sollten sie sich einer Abtretung entgegenstellen, verstanden wohl die wenigsten. Trotzdem traute sich niemand nachzufragen. Gemäss Beteiligten fiel auch kein Wort zu den grossen sozialen Veränderungen, die auf die Region zukommen. Auch nicht zu den steigenden Lebenshaltungskosten sowie deren Auswirkungen für die ohnehin sehr arme Bevölkerung. Dafür betonte Xstrata die Vorteile für die Bevölkerung. Unter dem Stichwort »nachhaltige Entwicklung« folgte eine lange Liste von Projekten, die Xstrata umzusetzen versprach. Auf die Frage nach dem Risiko des Bergbauprojekts erwähnte Xstrata das finanzielle Risiko der Firma. Weitere Risiken scheint es aus ihrer Sicht nicht zu geben. Andere eher kritische Fragen blieben unbeantwortet.

Dafür markiert der Konzern überall in der Region öffentlich Präsenz, sei es mit Werbeartikeln wie Rucksäcken – auch für Kinder –, Baseballmützen, Gilets, Jacken, auf denen das Logo des Konzerns prangt, mit dem Logo auf

Plakaten und der Präsenz von Mitarbeiter_innen an kulturellen Aktivitäten, mit Sendungen – zum Teil auch auf Quechua – im betriebseigenen Radio. Die Botschaft ist klar: An Glencore Xstrata kommt man nicht mehr vorbei.

Land(ver)kauf und das Ungleichgewicht der Verhandlungspartner

Nicht nur für die Tagebaumine, sondern auch für die nötigen Installationen, für Zufahrtsstrassen und die Pipeline nach Espinar beansprucht Glencore Xstrata Land, das sich entweder im gemeinschaftlichen Besitz von Bauerngemeinden befindet oder einzelnen Eigentümern gehört. Xstrata verhandelt meist bilateral. Das Ungleichgewicht zwischen den Verhandlungspartnern ist enorm. Die Bauern verfügen über wenig bis keine Erfahrung im Verkauf von Land und realisieren meist erst nach Abschluss, dass der erhaltene Preis zum Teil lächerlich klein ist. Konflikte sind die Folge, auch weil die Familien und Gemeinden wenig Erfahrung im Umgang mit Geld haben.

Strassenblockaden gegen Mine im Norden Argentiniens

Im Norden Argentiniens kam es schon kurz nach der Inbetriebnahme der Mine La Alumbrera (siehe Kasten S. 82) im Jahr 1997 zu ersten Protesten der Bevölkerung. Die Protestierenden beklagten, dass kaum lokale Arbeiter_innen angestellt wurden und dass der versprochene wirtschaftliche Aufschwung ausblieb. Catamarca ist eine der ärmsten Provinzen des Landes und hat eine hohe Arbeitslosenrate. Als erste Umweltschäden durch die Mine ersichtlich wurden (siehe Kapitel ›Umweltkonflikte‹), rückten diese zunehmend in den Fokus des Widerstands und es bildeten sich erste Nachbarschaftsversammlungen, welche den Tagebau und insbesondere das Projekt Agua Rica grundsätzlich ablehnten. Ende 2009 errichtete die Nachbarschaftsversammlung El Algarrobo auf einer Zufahrtsstrasse zur Baustelle von Agua Rica eine ›selektive Strassensperre‹, die sich ausschliesslich gegen Fahrzeuge des Unternehmens und seiner

Partner richtete. Als die Polizei im Februar 2010 die friedliche Sitzblockade mit brutaler Gewalt räumte, kam es in der nahe gelegenen Stadt Andalgalá zu einem eigentlichen Massenaufstand, wobei sich ein Grossteil der Bevölkerung offen gegen die Minenfirma und die verantwortlichen Behörden stellte. Letztere gingen mit vorgeschobenen Anklagen gegen bekannte Aktivist_innen vor. Trotzdem wurde die Strassenblockade wieder errichtet und besteht bis heute. Weitere Strassensperren kommen immer wieder hinzu.

*Mit Anti-Terror-Gesetz und Schlägertrupps
gegen Minengegner_innen*

Anfang 2012 blockierten die Nachbarschaftsversammlungen sämtliche Zufahrtsstrassen zur Mine La Alumbrera in verschiedenen Ortschaften. Die Versorgung der Mine mit Sprengstoff, Chemikalien und anderen Produktionsmitteln brach vorübergehend zusammen, bis die Polizei mehrere Blockaden gewaltsam räumte. Im Ort Santa María wurde dabei erstmals ein neues Anti-Terror-Gesetz angewendet. Dieses definiert Proteste, die sich gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates richten, als Terrorismus, sieht hohe Strafen für Protestteilnehmer_innen vor und verleiht den Sicherheitskräften Sondervollmachten. Seit einiger Zeit tauchen anlässlich von Blockaden und Protesten der Minengegner_innen auch immer wieder Schlägertrupps auf, die versuchen, die Protestierenden einzuschüchtern. Diese ›Pro-Bergbau-Demonstrant_innen‹ bezeichnen sich selbst als Arbeitslose oder als Angestellte der Mine und ihrer Subunternehmen. Im Februar 2012 erstellte ein solcher Trupp unter der offensichtlichen Duldung durch die Polizei selbst eine Strassensperre und hinderte während einer Woche unliebsame Personen an der Fahrt nach Andalgalá. Darunter waren Journalist_innen und Menschenrechtsbeobachter_innen, gemäss Betroffenen wurden aber auch gezielt Menschen behindert, die wie Umweltschützer_innen oder ›Hippies‹ aussahen.¹⁵⁸ Fast gleichzeitig wurde bekannt, dass die Polizei unter dem Namen ›Proyecto X‹ ein geheimes Programm zur Infiltrierung und Überwachung der Umwelt-

und weiterer sozialer Bewegungen betrieb,¹⁵⁹ während im medialen Diskurs immer öfter der Begriff ›Ökoterroismus‹ auftauchte – wohlgernekt in Bezug auf eine Bewegung, die bis heute gewaltfrei handelt.

Nichtsdestotrotz bestehen mehrere Strassenblockaden bis heute. Neben derjenigen in Andalgalá ist die Blockade der Strasse Nummer 40 in der Nähe von Tinogasta besonders bedeutend, da sie die Lastwagen zwingt, von und zu den Häfen in Chile einen weiten Umweg über die nördliche Provinz Jujuy zu fahren.

Spaltung der Bevölkerung und Militarisierung rund um geplante Mine auf den Philippinen

In den Philippinen soll eine von Sagittarius Mines Inc. (SMI, hauptsächlich durch Glencore Xstrata kontrolliert) geplante Kupfer-Gold-Mine auf der südlichen Insel Mindanao in Tampakan zu liegen kommen (siehe Kasten Seite 90). Von dieser Tagebaumine besonders stark betroffen sind in erster Linie die indigenen Gemeinden der B'laan. Ein Grossteil der Mine soll in ihrem Territorium gebaut werden. Die Region ist abgelegen und ökonomisch sehr prekär. Bevor das Land als wertvoll an Bodenschätzen entdeckt wurde, gab es kaum staatliche Investitionen in die Gegend.

Das geplante Minenprojekt würde zur Umsiedlung von rund 5000 Menschen und zur Zerstörung ihres Lebensraums führen. Die indigenen Gemeinschaften verlören dadurch nicht nur ihr Land, sondern auch Jagdgründe, Kultstätten und Friedhöfe. Zerstört würde zudem ein für die Biodiversität wichtiges Regenwaldgebiet. Für die indigenen B'laan haben Land und Wald eine zentrale Bedeutung, sie leben von deren Erzeugnissen, und beide haben in ihrer Kosmvision eine wichtige Rolle inne. Die B'laan pflanzen hauptsächlich Mais und Gemüse an und finden im Wald zusätzliche Nahrung und auch Bestandteile ihrer Medizin. Wie die Umsiedlungen organisiert und was die betroffenen Menschen als Ersatz für den Verlust erhalten werden, ist zurzeit noch nicht absehbar.

Betroffene sind kaum informiert

Der Aufbau der Mineninfrastruktur und der Betrieb der Mine stellen massive Eingriffe in die Lebensart und die Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung dar, denen diese relativ machtlos gegenübersteht. Ein im Juni 2013 publiziertes Human Rights Impact Assessment des Tampakan-Projekts¹⁶⁰ zeigt auf, dass das Minenprojekt in Tampakan ein hohes Potenzial in sich trägt, die Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung wie das Recht auf Selbstbestimmung, auf Gesundheit oder einen angemessenen Lebensstandard – einschliesslich Ernährung, Bekleidung und Unterbringung – zu beeinträchtigen.

Als Indigene verfügen die B'laan über das Recht der freien, vorgängigen und informierten Zustimmung.¹⁶¹ Das heisst, dass sie bei jeder Massnahme, welche ihre spezifische Lebensart beeinträchtigt, Recht auf vorgängige Zustimmung oder Ablehnung der Massnahme hat. Gemäss der zitierten Studie wurden die internationalen Standards bei den Konsultationsprozessen jedoch nicht eingehalten. Die indigene Bevölkerung verfügt nicht über ausreichende Kenntnisse und wurde nur ungenügend in die Entscheidungsprozesse einbezogen.

Nicht zuletzt aufgrund der mangelhaften Information sind die Gemeinden in ihrer Haltung gegenüber der Mine gespalten. Einige stehen den Investitionen, die mit dem Minenprojekt in die Region fliessen, positiv gegenüber und erhoffen sich eine Entwicklung des Gebiets und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Hoffnung wird auch dadurch genährt, dass das Unternehmen Infrastrukturen in die bisher vernachlässigte Region bringt und Spitäler oder Schulen baut (siehe auch Kapitel ›Macht und Einfluss des Megakonzerns‹). Andere Gemeinden stellen sich demgegenüber gegen die geplante Tagebauminen, die zu ihrer Umsiedlung und zur Zerstörung ihres Lebensraums führen würde.

Militarisierung und Gewalt rund um das Minenprojekt

Die Spaltungen und Konflikte, die rund um das Minenprojekt entstanden sind, wurden durch Gewaltakte und die

Militarisierung der Gegend zum Schutz des Minenprojekts verstärkt. Anschläge auf Einrichtungen von Sagittarius Mines Inc. (SMI) durch die kommunistische Guerillaorganisation New People's Army (NPA) und die Ermordung von SMI-Angestellten durch bewaffnete Indigene haben zu einer Verlagerung von Truppen der philippinischen Armee in die Region geführt, und die Spannungen wurden so weiter angeheizt. Die Präsenz der Guerilla nehmen staatliche Kräfte zum Vorwand, Minengegner_innen als NPA-Sympathisant_innen zu brandmarken. In den Philippinen hat eine solche Betitelung in zahlreichen Fällen zur Ermordung beziehungsweise zum Verschwindenlassen von Bergbaukritiker_innen geführt.¹⁶²

Um die Investitionen in der Region zu schützen – und das heisst vor allem das Tampakan-Minenprojekt –, haben zudem drei der vier involvierten Gemeindebehörden eine bewaffnete Task Force (KITACO) ins Leben gerufen, die von der Armee angeführt wird und sowohl aus Armeeeinheiten wie paramilitärischen Truppen (CAFGU – Citizens Armed Forces Geographical Units) besteht. KITACO und CAFGU werden vom Bergbauunternehmen SMI mitfinanziert.

Bis jetzt wurden mindestens fünfzehn Personen in Zusammenhang mit diesem Minenprojekt bei bewaffneten Auseinandersetzungen getötet. Bei den Getöteten handelt es sich sowohl um Angestellte von SMI wie auch um Minengegner_innen. Mit jeder neuen Bluttat spitzt sich die Lage weiter zu. Die Projektregion der Tampakan-Mine ist ein Pulverfass. Es bewegen sich viele bewaffnete Akteure mit sehr unterschiedlichen Interessen in der Gegend, und die Gefahr von weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen ist gross.

Während sich die Gemeinden, welche die Mine befürworten, vom Unternehmen, der Zentralregierung und den staatlichen und parastaatlichen bewaffneten Kräften unterstützt sehen, zählen die widerständigen Gemeinden vor allem auf die Unterstützung der katholischen Kirche und eines Netzwerks philippinischer Nichtregierungsorganisationen. Das Social Action Center (SAC) der Diözese Mar-

bel koordiniert mit Unterstützung des Tampakan-Forums, eines Zusammenschlusses von zivilgesellschaftlichen Organisationen, den gewaltlosen Widerstand gegen das Projekt. Ausser Versammlungen und Demonstrationen organisierte das SAC eine Unterschriftensammlung und reichte eine von 170'000 Menschen unterstützte Petition an den philippinischen Präsidenten ein, in welcher der Verzicht auf das Minenprojekt gefordert wurde.

Macht und Einfluss des Megakonzerens

Glencore Xstrata verfügt mit seinem Umsatz von 236 Milliarden Franken über eine wirtschaftliche Grösse, die diejenige von Abbauländern zum Teil deutlich übersteigt; im Fall von Peru ist der Konzernumsatz um rund einen Viertel grösser als die Wirtschaftsleistung des Landes, bei armen Ländern wie Bolivien oder Kongo beträgt die Differenz fast das Acht- beziehungsweise das Sechzehnfache. Kommt hinzu, dass die Einkünfte dieser Länder in erster Linie vom Rohstoffexport abhängen. Glencore Xstrata stellt mit seinen Investitionen dringend benötigte Arbeitsplätze in Aussicht, und in einigen Gebieten tragen die Schürfabgaben einen beträchtlichen Teil zum öffentlichen Haushalt bei. Unter diesen Umständen ist es schwierig, dass sich Regierungen und Behörden der Macht und dem Einfluss des Megakonzerens entziehen. In Kolumbien wird kritisiert, dass eine Unabhängigkeit regionaler Behörden von El Cerrejón nicht gegeben sei. In Argentinien sagt Generalstaatsanwalt Antonio Gustavo Gómez, dass die Xstrata-Tochter Minera Alumbrera in Bezug auf Umweltdelikte weitgehende Straflosigkeit genieisse.¹⁶³

In einigen Abbaugebieten finanziert Glencore Xstrata Hilfsprojekte für die lokale Bevölkerung. In armen Regionen, wo der Staat praktisch abwesend ist, nimmt der Konzern beispielsweise mit dem Bau einer Schule Aufgaben wahr, für die der Staat zuständig wäre – dabei sind diese jedoch an seine Abbautätigkeit geknüpft und können nach Aufgabe einer Mine enden. Glencore Xstrata tritt als ›Wohltäter‹ auf und bemüht sich um ein positives Image in der Bevölkerung und gegenüber Investoren, durch ungleiche Begünstigung betreibt der Konzern aber eine Spaltung der lokalen Bevölkerung. In einigen Abbauregionen ist es praktisch unmöglich, um den Konzern herumzukommen; er ist mit einem eigenen Radio, ›Entwicklungsprojekten‹ und seinem Logo auf Werbeartikeln omnipräsent, baut praktisch eine parastaatliche Struktur auf. Deutlich wird dies etwa

am Beispiel Peru, wo das Unternehmen zudem Verträge mit der staatlichen Polizei abgeschlossen hat, welche diese zur Befehlsempfängerin des Konzerns machen. Xstrata hat der Polizei Reisen und Ausbildungen in Lima sowie Teile der Ausrüstung finanziert, im Gegenzug nimmt die Polizei Aufgaben zum Schutz der Installationen des Unternehmens in Espinar wahr und verhält sich praktisch wie eine private Sicherheitsfirma. Im Mai 2012 haben Polizisten Proteste der Bevölkerung gegen die Xstrata-Kupfermine brutal niedergeschlagen, dabei diente das Minencamp gemäss Betroffenen als Gefangenenlager.

Auch in der Region Tampakan in den Philippinen übernimmt der Konzern Aufgaben des Staats in einer äusserst armen Region. Hier zeigt sich zudem deutlich, wie gross das Machtgefälle und die Unterschiede hinsichtlich des Informationsstands zwischen dem Unternehmen und der lokalen Bevölkerung sind. Letztere verfügt nicht über genügend Informationen zu dem sie betreffenden Minenprojekt. Angesichts der durch den Konzern finanzierten Schulen und Gesundheitseinrichtungen befindet sie sich in einer klaren Abhängigkeit. Unter solchen Voraussetzungen ist eine freie, vorgängige und informierte Zustimmung, wie sie von internationalen Konventionen vorgeschrieben ist, nicht möglich.

In Bolivien, wo die Regierung einen grösseren Anteil der Erlöse aus dem Bergbau im Land behalten und mit diesen Einnahmen soziale Programme finanzieren will, hat sich der Konzern gegen diese Anstrengungen quergestellt und mittels Druck versucht, seine Interessen durchzusetzen – dazu gehörten die Androhung von Entschädigungsklagen gegen den bolivianischen Staat wegen ›Enteignung‹ genauso wie die Blockierung der Zinnverkäufe.

Kolumbien: »Behörden hängen am Tropf des Konzerns«

In Kolumbien nimmt Glencore Xstrata für sich in Anspruch, die lokale Wirtschaft zu fördern, und rühmt sich, zusätzlich soziale Projekte zu unterstützen. Tatsächlich sind der Abbau

und der Export von Kohle für ganz Kolumbien von grosser wirtschaftlicher Bedeutung, sowohl was die Steuern und Schürfabgaben (Royalties) anbelangt, als auch was den Exportanteil und die Deviseneinnahmen betrifft: El Cerrejón bezahlte 2012 373 Millionen US-Dollar an Schürfabgaben und generierte Deviseneinnahmen von knapp 3 Milliarden Dollar. Im Departement La Guajira im Norden Kolumbiens kam El Cerrejón für 51 Prozent der wirtschaftlichen Leistung auf. Die Glencore-Tochter Prodeco im Departement Cesar gab laut ihrem Nachhaltigkeitsbericht 2011 gut 460 Millionen US-Dollar für lokale Beschaffungen sowie Dienstleistungen aus und bezahlte knapp 115 Millionen Dollar an Schürfabgaben und über 100 Millionen Dollar an Steuern. Mit diesen Anteilen am öffentlichen Haushalt ist Glencore Xstrata ein nicht zu übergehender Faktor.

Sowohl El Cerrejón wie die Prodeco-Gruppe betreiben zudem diverse Stiftungen, die der Bevölkerung zugutekommen sollen und beispielsweise in den Bereichen der Trinkwasserversorgung, der Förderung von Kleinstunternehmen, der transparenten Regierungsführung oder der sozialen Entwicklung von Indigenen tätig sind. El Cerrejón investierte gemäss eigenen Angaben zusätzlich über 13 Millionen US-Dollar in Sozialprogramme für Bildung, Gesundheit, Sport und Kultur.¹⁶⁴

Verschiedene soziale Interessengruppen – umzusiedelnde Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und auch Lokalpolitiker_innen – beklagen, dass der Einfluss von El Cerrejón in La Guajira zu gross sei: Das Departement hänge am finanziellen Tropf von El Cerrejón, dies ermögliche dem Minenkonsortium, seine Interessen gegenüber der Departementsregierung und den Gemeindebehörden durchzusetzen. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeit auch der Gesundheitsversorgung und der lokalen Umweltbehörde würden sich Ärzte nicht trauen, die Ursachen von durch die Minen bedingten Erkrankungen zu benennen, und das Umweltmonitoring von El Cerrejón werde nicht kontrolliert. Weiter wird bemängelt, dass Gemeinschaften, die der Mine nicht wohlgesinnt sind, ebenso wie Gemeinschaften,

die umgesiedelt werden müssen, durch die Stiftungen und durch soziale Projekte nicht oder kaum begünstigt würden.

Die Bevölkerung bleibt arm

Auch wenn erwartet werden könnte, dass die Abbaugelände von den Schürfabgaben und ›sozialen Investitionen‹ des Konzerns profitieren, haben die beiden Bergbauregionen in den Departementen Cesar und La Guajira einen überdurchschnittlich hohen Anteil an unbefriedigten Grundbedürfnissen. Zwanzig bis dreissig Jahre Bergbau haben trotz anderslautender Versprechen keine nachhaltige und breitenwirksame Entwicklung bewirkt.

In einer Anfang 2014 veröffentlichten Studie hielt die kolumbianische Kontrollbehörde fest, dass die Gebiete, in denen sich Kohle- und Erdölförderung konzentrieren, zwar über Jahre den grössten Teil der Schürfabgaben erhalten haben; gleichzeitig habe sich aber die Lebensqualität der dortigen Bevölkerung nicht nur nicht verbessert, vielmehr habe sich in den meisten Fällen die Rückständigkeit gegenüber anderen Regionen gefestigt. In den Kohledepartementen Cesar und La Guajira liegt der Anteil der armen Bewohner_innen bei 91 respektive 89 Prozent (gegenüber 43 Prozent in Gebieten ohne Rohstoffförderung). Auch im Gesundheitsbereich sind die Zahlen erschreckend: Die Kindersterblichkeit in Gemeinden ohne Bergbau lag im Jahr 2011 bei 12 Todesfällen auf 1000 Lebendgeburten, in den Kohleregionen La Guajira und Cesar bei 34 respektive 33 Todesfällen. Bei der allgemeinen Lebensqualität weisen die Gebiete ohne Rohstoffausbeutung die besten Indikatoren auf, dicht gefolgt von den Erdölfördergebieten. Schlechter stehen die Gebiete mit Nickel- und Goldproduktion, und weit abgeschlagen, noch hinter den Kokaanbauregionen, folgen die Kohledepartemente.¹⁶⁵

Die Gemeinde La Jagua de Ibirico im Departement Cesar hat bis heute keine flächendeckende Versorgung mit geniessbarem Trinkwasser, die Stromversorgung ist unsicher, Schulen und Gesundheitsdienste funktionieren mangelhaft.

Hinzu kommen Armut in der Bevölkerung und soziale Probleme wie Prostitution – auch von Minderjährigen –, die im Gefolge der Minentätigkeit entstanden ist (siehe Kapitel ›Soziale Konflikte‹). Vier ehemalige Bürgermeister der Gemeinde sind entweder flüchtig oder angeklagt wegen Korruption, Veruntreuung oder Zusammenarbeit mit illegalen bewaffneten Gruppen. Die Bevölkerung von La Jagua beklagt, dass die Glencore-Tochter Prodeco zu wenig soziale Investitionen tätige oder die Projekte von schlechter Qualität seien. So seien Schulhäuser neu gestrichen und danach der Eindruck erweckt worden, Glencore habe die Schule gebaut.¹⁶⁶

Peru: Polizei im Dienst des Minenunternehmens

In der peruanischen Andenprovinz Espinar hat der Konzern Glencore Xstrata gegenüber staatlichen Institutionen eine grosse Machtposition erlangt: Das Tochterunternehmen Xstrata Tintaya hat einen cleveren Entwicklungsapparat ins Leben gerufen und ist mit seinen assistenzialistischen Projekten stark präsent. Heute ist es praktisch unmöglich, in Espinar um den Bergbaugiganten herumzukommen (vgl. Kapitel ›Soziale Konflikte‹). Betroffene, die gegenüber der Mine kritisch eingestellt sind, werden in der Öffentlichkeit diffamiert, einige sind zudem seit den breiten Protesten der Bevölkerung mit zum Teil schweren Anklagen konfrontiert.

Im Jahr 2000 schloss Xstrata Tintaya einen Vertrag mit der staatlichen Polizei ab, um deren Dienst gegen attraktive Bezahlung in Anspruch zu nehmen. Die Polizei steht damit in einer finanziellen Abhängigkeit von einem privaten Unternehmen, ist diesem verpflichtet und schützt dessen Interessen. Verschiedentlich wurde kritisiert, dass Polizeikräfte auf diese Weise zu Söldnern des Konzerns werden, welche Dorfbewohner_innen, die sich weigern, ihr Land zu verlassen, einschüchtern und sogar vertreiben.¹⁶⁷ Solche Verträge untergraben die Neutralitätspflicht der Sicherheitskräfte.

Insgesamt muss gefragt werden, ob ein solches Setting – die grosse Abhängigkeit staatlicher Institutionen vom Kon-

zern – unabhängige demokratische Prozesse der Bevölkerung noch zulässt oder diese nicht vielmehr untergräbt und neofeudale Verhältnisse schafft.

Das Firmengelände als Gefangenenlager

Wie die Zusammenarbeit zwischen Konzern und Polizei funktioniert, zeigte sich während der breiten Proteste der Bevölkerung gegen Xstrata Tintaya im Mai 2012. Rund 2000 Polizisten stellten sich vor dem Eingangsbereich der Kupfermine von Xstrata Tintaya auf. Im Zuge des mehrtägigen Protests kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen die Polizei nicht nur Schlagstöcke, Tränengas und Gummischrot, sondern auch scharfe Munition gegen die protestierende Bevölkerung einsetzte. Drei Demonstranten wurden getötet, über 100 Menschen verletzt, darunter Protestteilnehmer_innen und Polizisten.

Während der blutigen Auseinandersetzungen wurde auf dem Firmengelände ein Gefangenenlager eingerichtet, 23 Protestteilnehmer_innen wurden ohne Haftbefehl festgehalten – unter ihnen drei Frauen, ein Jugendlicher und mehrere Menschenrechtsaktivist_innen. Berichte von Misshandlungen und Folter gelangten an die Öffentlichkeit. Die Regierung rief in der Provinz den Ausnahmezustand aus und erhöhte die Präsenz der Armee. Dem bergbaukritischen Provinzbürgermeister von Espinar wurde vorgeworfen, dass er den Terrorismus fördere. Er sowie weitere Bergbaukritiker_innen und Menschenrechtsaktivist_innen wurden verhaftet und wegen Delikten angezeigt, mit denen ihr Protest und Engagement nichts zu tun hatten. Der Bürgermeister der Provinz Espinar muss sich neun Anzeigen stellen, unter anderem wegen Delikten wie Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Unruhestiftung und Herstellung beziehungsweise Besitz von gefährlichen Materialien (Molotowcocktails).¹⁶⁸

Die Unternehmensspitze von Xstrata Tintaya bestritt hinterher jegliche Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen und Kriminalisierungsversuche gegen Bergbaukritiker_innen. Das Bergbaucamp habe nie als illegales

Gefangenenlager gedient, schrieb Xstrata Peru in der Antwort auf einen Protestbrief von MultiWatch im Juni 2012 – obwohl dies von Betroffenen und Menschenrechtsverteidiger_innen bestätigt worden war. Die Frage nach der Urheberschaft für den Einsatz- und Schiessbefehl wurde in der peruanischen Öffentlichkeit nicht gestellt.

Ein Jahr nach den Ereignissen im Mai 2012 wurde gegen 46 Einwohner_innen von Espinar Anklage erhoben, unter ihnen viele Bergbaukritiker_innen, die seit Jahren für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung gekämpft hatten. Eine Untersuchung zur Verantwortung von Xstrata Tintaya steht dagegen immer noch aus, ebenso wie eine Untersuchung des Polizeieinsatzes, um die Todesschützen zu identifizieren.

Wie im Kapitel ›Soziale Konflikte‹ ausgeführt, hielt das technische Büro, das mit der Umsetzung der ›Entwicklungsprojekte‹ des Rahmenvertrags betraut ist, Ende 2011 fest, dass ein Team von Technikern von Xstrata Tintaya gezielt soziale Organisationen der Region destabilisiere und auf diese Weise die Gesellschaft korrumpiere.

Las Bambas, Peru: Druck, Drohungen und Sabotage gegen Minenkritiker_innen

Im Gebiet der geplanten Mine Las Bambas scheint es kein Zufall, dass Xstrata Personen, die von (bergbaukritischen) Nichtregierungsorganisationen zu einer Austauschreise eingeladen wurden, gezielt mit Stellenangeboten angeworben hat. Ebenfalls ist aufgefallen, dass das Unternehmen mehrmals ausgerechnet am gleichen Tag wie eine lokale Nichtregierungsorganisation Weiterbildungen für Lehrpersonen organisiert hat. Betroffene gehen davon aus, dass gezielt bergbaukritische Akteur_innen verdrängt werden sollen – womit die Bevölkerung noch stärker in die Abhängigkeit der Firma gerät.

So sind auch ganze Gemeinschaften und Familien unter Druck gesetzt worden: Sie und alle Mitglieder ihrer Grossfamilie könnten nicht von Xstrata profitieren, wenn sie weiterhin mit einer Nichtregierungsorganisation zusammenar-

beiteten, die sie in der Bergbauthematik unterstützte. Auch zu Sabotageakten und Manipulation an Fahrzeugen bergbaukritischer Organisationen ist es gekommen. Wer dafür verantwortlich war, fand die Polizei trotz Anzeige nicht heraus. Xstrata hat sich öffentlich nie von solchen Handlungen distanziert.

Eine geplante Mine als Entwicklungsprojekt?

Um die Zustimmung der Bevölkerung für die Mine in Las Bambas zu erhalten und kritischen Stimmen den Wind aus den Segeln zu nehmen, führte Xstrata eine ganze Reihe sozialer Projekte durch. Zwischen 2004 und 2009 sollen rund 22 Millionen US-Dollar in die Region investiert worden sein, bis 2011 sogar fünfzig Millionen US-Dollar – riesige Summen für diese Region! Der Bericht zur nachhaltigen Entwicklung 2005–2011 beschreibt Projekte beispielsweise zur Verbesserung der Strassenverbindungen – die hauptsächlich auch Xstrata dienen –, für den Bau eines Gesundheitszentrums, von Schulzimmern und Latrinen, für die Weiterbildung von Lehrer_innen. Dass die darin genannte Summe weit unter den 50 Millionen US-Dollar liegt, scheint Xstrata nicht zu beunruhigen; auch nicht, welche Wirkung mit den Projekten erzielt und ob damit das Ziel der nachhaltigen Entwicklung wirklich erreicht wird. Inwieweit die betroffene Bevölkerung und ihre Behörden in Entscheide einbezogen werden, welche Projekte an welchen Orten durchgeführt werden, wie dies die ILO-Konvention 169 fordert, ist sehr unklar. Immer wieder sind Klagen zu hören, dass nur unmittelbar betroffene Gemeinden, die mit Xstrata zusammenarbeiten, in den Genuss der Hilfe kämen. Wie in Espinar besteht die Gefahr, dass die schwachen demokratischen Strukturen in den Gemeinden weiter geschwächt werden und Parallelstrukturen entstehen, in denen hauptsächlich Xstrata entscheidet.

Gemeinsame Interessen von Regierung und Firma

In Las Bambas zeigt sich auch, wie eng die Interessen der peruanischen Regierung und der Bergbaufirmen miteinan-

der verbunden sind. Der Abbau der vorhandenen Rohstoffe soll für die einen Profit abwerfen, für die anderen Gelder für den Staatshaushalt und zur Entwicklung bereitstellen. Die Polizei dient beiden, wie Verträge zwischen Polizei und Bergbaufirmen, auch mit Xstrata, belegen. Nur so lässt sich das schnelle Eingreifen der Polizei beim Streik der Bauernvereinigung in Challhuahuacho vom Mai 2011 erklären. Die Protestierenden forderten ein Gespräch mit dem Generalmanager von Las Bambas, und als nur ein Stellvertreter erschien, wurde dieser mehrere Stunden lang festgehalten. In der Folge griff die Polizei gewaltsam ein, und es kam zu fünfzehn Verletzten, davon vier Personen mit Schussverletzungen.

Argentinien: ›soziale Verschmutzung‹

In Argentinien zeigen Tochterunternehmen von Glencore Xstrata eine starke Präsenz mittels Sponsoring. Zahlreiche Institutionen, Vereine, lokale Medien und Nichtregierungsorganisationen erhalten Gelder oder profitieren von Schulungsprogrammen. Das Sponsoring wird als ›soziales Unternehmertum‹ oder als ›Informationskampagnen‹ präsentiert. Kritiker_innen sehen darin einen Versuch, gesellschaftliche Zustimmung zu erkaufen, was zu allgemeiner Korruption und gespaltenen Gemeinschaften führt. Generalstaatsanwalt Gómez nennt das Phänomen ›soziale Verschmutzung‹.¹⁷⁰ Besonders bedeutend ist dabei die Finanzierung von Universitäten über einen Fonds der Universität von Tucumán, die ihrerseits Miteigentümerin der YMAD ist, welcher die Abbaurechte in La Alumbrera gehören. Aus diesem Fonds fließt Geld an alle wichtigen Hochschulen des Landes. Nach Protesten Studierender haben allerdings mehrere Hochschulen, unter anderem die Universität von Córdoba, die Annahme der Gelder verweigert.

Philippinen: Konzern tritt als Wohltäter auf

Das Ausmass des Machtgefälles zwischen einem Bergbauunternehmen, hinter dem einer der grössten Rohstoffkonzerne steht, und den betroffenen indigenen Gemeinden, die

in grosser materieller Armut leben und nur über einen geringen Grad an Schulbildung verfügen, wird auch am Beispiel des Kupfer-Gold-Minenprojekts in der Region Tampakan auf den Philippinen offensichtlich.

Sagittarius Mines inc. (SMI), hauptsächlich kontrolliert von Glencore Xstrata, verfügt über sämtliche Informationen, während die indigenen Gemeinden nur sehr lückenhaft über das Minenprojekt und seine Auswirkungen Bescheid wissen. Die staatliche Indigenenbehörde müsste zwar dieses Informationsgefälle ausgleichen, in der Realität geschieht das aber kaum. Verschärfend kommt hinzu, dass die Verhandlungen zwischen den ungleichen Parteien, die Abkommen, Verträge, Machbarkeits- und Wirkungsstudien in einer Logik und formalen Gestaltung gehalten sind, die für die schwächere Gegenseite oft nur schwierig nachvollziehbar sind. Sowohl in materieller wie informeller Hinsicht verfügt das Minenunternehmen über ungleich mehr Mittel als die betroffenen Gemeinden.

Zudem finanziert und organisiert SMI in der Tampakan-Region verschiedene Sozialprojekte, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich, die den betroffenen Gemeinden zugutekommen. Laut der Grundsatzvereinbarung zwischen dem Unternehmen und dem philippinischen Staat (Financial and Technical Assistance Agreement) ist das Unternehmen verpflichtet, zur Entwicklung der direkt betroffenen Dörfer und der Nachbargemeinden beizutragen. Resultat dieser Vereinbarung ist, dass SMI Dienstleistungen anbietet, die eigentlich vom Staat geleistet werden müssten.

Sozialprogramme führen in die Abhängigkeit

Angesichts der Armut und einer praktischen Absenz des Staates sind die Sozialprogramme von SMI bei der Bevölkerung willkommen. Mit dem Aufbau von Schulen und Gesundheitszentren, der Organisierung von Schultransporten und Workshops zu Gesundheitsfragen wird das Recht der Bevölkerung auf Bildung und Gesundheit erstmals in die Realität umgesetzt – allerdings nicht durch den Staat, sondern durch ein privates Unternehmen. Dessen Sozialpro-

jekte sind zeitlich beschränkt und an die Realisierung der Mine gebunden. Laut SMI wird ihre Finanzierung ein Jahr nach Beendigung der Tätigkeiten eingestellt.

Da der philippinische Staat keinerlei Anstrengungen unternimmt, seinen sozialen Pflichten in den abgelegenen Randzonen des Landes nachzukommen, ist davon auszugehen, dass der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung bei einem Rückzug des Unternehmens wieder verloren gehen. Es liegt auf der Hand, dass die betroffenen Menschen damit in eine Abhängigkeit geraten, die auch ihr Verhältnis zum Minenprojekt beeinflusst. Das Recht auf Konsultation der indigenen Bevölkerung, wie sie die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorschreibt, ist damit nicht gewährleistet, weil eine freie Entscheidung nicht möglich ist (siehe auch Kapitel ›Soziale Konflikte‹).

Bolivien: Mit Druck und Klagedrohung für die Konzerninteressen

In Bolivien wird deutlich, wie Glencore mittels Druck versucht, seine Interessen durchzusetzen, und sich den Anstrengungen der Regierung entgegenstellt, einen grösseren Anteil der Erlöse aus dem Bergbau im Land zu behalten. Glencore wurde mit der Übernahme von COMSUR, dem grössten Minenunternehmen des Landes, zu einem grossen Player im Andenland. COMSUR hatte zuvor Ex-Präsident Sánchez de Lozada gehört, der für die Durchsetzung der neoliberalen Politik Mitte der 1990er Jahre massgeblich mitverantwortlich war. Wie in ganz Lateinamerika waren die Resultate dieser Politik für die einheimische Wirtschaft dramatisch, unter anderem wurde die gesamte Produktionskette in strategisch wichtigen Sektoren an die transnationalen Konzerne übergeben. Weiter konsolidierte sich die Rolle des Landes als Rohstoffexporteur, insbesondere im Bereich der Energie und des Bergbaus.

Seit 2006 hat die bolivianische Regierung verschiedene Schritte unternommen, um natürliche Ressourcen und deren Ausbeutung wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen. Auch Glencore war davon betroffen. 2007 wurde das

Hüttenwerk Vinto, kontrolliert von der Glencore-Tochter Sinchi Wayra, verstaatlicht. Hintergrund waren Unregelmäßigkeiten bei der Art, wie das Schmelzwerk in Glencores Besitz gelangt war. Der einst staatliche Betrieb hatte 1999 einen Wert von 140 Millionen Dollar, wurde aber im Hinblick auf die Privatisierung durch die Bank BNP Paribas auf 14,7 Millionen Dollar geschätzt, mit dem Einverständnis der damaligen Regierung. Das britisch-indische Unternehmen Allied Deals bezahlte den niedrigen Preis an den bolivianischen Staat, ohne die bestehenden Mineralienlager im Wert von 15,5 Millionen Dollar zusätzlich zu berücksichtigen. Als Allied Deals 2002 Konkurs ging – Kadermitarbei-

Glencore in Bolivien

Glencore übernahm 2005 das Minenunternehmen COMSUR des Ex-Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada. Das in der Folge zu Sinchi Wayra umbenannte Unternehmen besass verschiedene Subunternehmen und Minen: Bolívar, Porco, Colquiri, Poopó, Caballo Blanco, Vinto. Darunter befinden sich mehrere Zinn- und Zinkminen, ebenfalls wurden Blei und Silber gefördert.

Im Zeitraum 2007 bis 2012 verstaatlichte die bolivianische Regierung unter Präsident Evo Morales drei Subunternehmen der Glencore-Tochter Sinchi Wayra: das Zinn-Hüttenwerk Vinto (2007), die kleine Antimonium-Schmelze Vinto-Antimonio (2010) und die Zinn- und Zinkmine Colquiri (2012).

Seit 2013 wird die Förderung in den zuvor von Sinchi Wayra ausgebeuteten Minen Porco und Bolívar zu 55 Prozent durch den bolivianischen Staat und zu 45 Prozent von der Glencore-Tochter Illapa S.A. kontrolliert. Die Porco-Mine im Departement Potosí produziert jährlich 205'000 Tonnen Zink, 15'000 Tonnen Blei und 6000 Tonnen Zinn. 2010 schrieb die Mine 78,6 Millionen US-Dollar Gewinn. Die Bolívar-Mine fördert hauptsächlich Zink und in geringerem Masse Blei und Silber. 2010 brachte sie 55 Millionen US-Dollar Gewinn ein.

tende des Unternehmens wurden in den USA und Grossbritannien wegen betrügerischer Machenschaften verurteilt –, kaufte der damalige bolivianische Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada mit seinem Minenunternehmen COMSUR die Vinto-Aktien für den Preis von 6 Millionen. Gemäss dem Privatisierungsvertrag war dieser Weiterverkauf illegal, weil die festgelegte Frist von drei Jahren nicht eingehalten wurde. Sánchez de Lozada verkaufte COMSUR 2005 nach seinem Sturz als Präsident an Glencore.¹⁷¹

Gleich nach der Verstaatlichung des Hüttenwerks Vinto drohte der Konzern Glencore dem Andenland, dass er, gestützt auf den Investitionsschutzvertrag zwischen der Schweiz und Bolivien, an das Internationale Zentrum für Investitionsstreitigkeiten (ICSID) bei der Weltbank gelangen würde. Dieses wird von der bolivianischen Regierung nicht anerkannt. Nach der Verstaatlichung von Vinto blockierte Glencore zudem vorerst die Zinnverkäufe. Wie die bolivianische Regierung öffentlich machte, warnte der Multi potenzielle Käufer, dass Zinn aus Vinto konfisziert werden könne, da es Glencore gehöre.¹⁷²

2010 verstaatlichte die bolivianische Regierung ein Antimonium-Schmelzwerk von Glencore mit der Begründung, dass es durch das Unternehmen praktisch aufgegeben worden sei und das Land seinen aktiven Betrieb benötige. Im Juni 2012 wurde dann auch die Zinn- und Zinkmine Colquiri wieder in staatlichen Besitz gebracht. Die Verstaatlichung war Teil der Schlichtung einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Sinchi-Wayra-Arbeitern und den genossenschaftlichen Schürfern, welche den Tod eines Arbeiters zur Folge gehabt hatte. Zuvor hatte Sinchi Wayra den Genossenschaftern die Abgabe einiger Minenadern zugesagt; die Arbeiter des Unternehmens wehrten sich dagegen, da sie um ihre Arbeitsplätze fürchteten.¹⁷³ In der Schlichtungsvereinbarung wurde festgehalten, dass das staatliche Minenunternehmen COMIBOL für die Verwaltung des Minenzentrums verantwortlich sei, ebenso wie für die Vergabe der Minenadern an die Genossenschafter. Der Konzern Glencore protestierte wiederum gegen die

Verstaatlichung, wies darauf hin, dass seine Investitionen in Bolivien insgesamt 250 Millionen US-Dollar betrügen, und drohte, eine Entschädigung für die Verstaatlichung vor lokalen und internationalen Instanzen zu fordern.¹⁷⁴

Die darauffolgenden Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Multi hatten einen neuen Vertrag für die Bewirtschaftung weiterer Minen zur Folge. Gemäss diesem wird die Ausbeutung der Zinkmine Bolívar sowie der Zinn-, Blei- und Zinkmine Porco seither zu 55 Prozent durch den Staat und zu 45 Prozent durch die neugegründete Glencore-Tochter Illapa S.A. kontrolliert. Im Juli 2013 wurde ein Gesetz erlassen, welches die Verbindung von COMIBOL mit Glencore für eine Dauer von 15 Jahren (verlängerbar) festigte. Der Konzern verpflichtete sich, 104 Millionen US-Dollar in Erkundung, Ausbeutung und Vermarktung der Mineralienkonzentrate aus beiden Minen zu investieren. In einer Resolution der COMIBOL-Leitung, welche den Vertrag bestätigte, wurde festgehalten, dass die Glencore-Tochter Sinchi Wayra den staatlichen Betrieb für die Hinauszögerung der Verhandlungen mit einem Betrag von fünf Millionen US-Dollar entschädigen müsse.¹⁷⁵

Auch bei höheren Abgaben bleibt Bergbau für Multis lukrativ

Bis heute hat die massive Ausbeutung der immensen Bodenschätze der bolivianischen Bevölkerung kaum Vorteile gebracht. Auch in Bolivien treten rund um Minen von Bergbaukonzernen immer wieder Arbeitskonflikte, soziale und Umweltkonflikte auf. Zudem erhielt der bolivianische Staat zwischen 2006 und 2010 lediglich 8 Prozent von den Mineralexporten.¹⁷⁶ 2009 wurden mineralische Rohstoffe im Wert von 1871 Millionen US-Dollar exportiert, davon blieben 104 Millionen als Abgaben und Steuern im Land; 2010 blieben von 1400 Millionen US-Dollar 290 Millionen; und 2011 von 3500 Millionen 420 Millionen US-Dollar. Zwar werden Steuern und Abgaben aus dem Geschäft mit Rohstoffen von der Regierung für die Finanzierung von sozialen Projekten verwendet; gemessen an den Exportzahlen ist der

Anteil, der im Land bleibt, aber nach wie vor gering. Trotz seiner Drohgebärden angesichts der Verstaatlichungen hat der Konzern Glencore Xstrata bis heute nicht den Rückzug aus Bolivien angetreten; der Bergbau in Bolivien ist für Glencore Xstrata noch immer lukrativ. Dies trifft auch für andere Bergbaukonzerne zu.

Wie der Konzern den Fiskus umgeht

Der Rohstoffriese Glencore Xstrata nutzt seine komplizierte und weltumspannende Konzernstruktur ebenso wie Lücken in den Gesetzgebungen, um Steuern zu vermeiden. Glencore Xstrata ist damit nicht allein: Eine Londoner Studie schätzt, dass der Rohstoffhandelsplatz Schweiz als Steuerfluchthafen den Abbauländern Kapital in Milliardenhöhe entzieht.¹⁷⁷ Gängiges Mittel dafür ist das sogenannte ›Transfer Pricing‹, also der konzerninterne Handel mit Rohstoffen zu Preisen, die von den Marktpreisen abweichen. Beim Export wird in der Regel ein tieferer Preis verrechnet, beim Import, etwa von Vorprodukten oder Maschinen, ein zu hoher Preis. Dadurch resultiert ein geringerer Gewinn oder gar ein Verlust, so dass ein Konzern im Produktionsland praktisch kaum oder gar keine Steuern bezahlt. Auf diese Weise entgehen den Abbauländern gigantische Einnahmen. Beispiele aus Sambia, der Demokratischen Republik Kongo und Peru zeigen, dass der Konzern Glencore Xstrata den Markt erst dann hat spielen lassen, wenn er die Rohstoffe an Dritte weiterverkauft hat – von einem Steuerparadies wie beispielsweise der Schweiz aus, wo kaum Steuern anfallen.

In Kolumbien hat Glencore durch die Auftrennung seiner Operationen zusätzlich Schürfabgaben vermieden: Die Unterfirmen blieben unter einer kritischen Grösse, womit der Anteil der Abgaben, den die Gruppe als Unternehmens Einheit hätte bezahlen müssen, auf die Hälfte sank. Auch hier entgingen dem Staat riesige Summen.

In Argentinien wird einer Xstrata-Tochter vorgeworfen, Rohstoffe durch unvollständige Exportdeklaration an den Steuerbehörden vorbeigeschleust zu haben. Das Unternehmen soll im exportierten Konzentrat enthaltene Seltene Erden nicht deklariert haben, dies pro Jahr für einen geschätzten Wert von acht Milliarden US-Dollar. Gegen das Unternehmen sind deswegen Ermittlungen im Gang.

Vorwürfe wegen Steuervermeidung und Steuerhinterzie-

hung werden nicht nur in Ländern des globalen Südens erhoben. In Italien ermittelt die Finanzpolizei gegen Glencore Xstrata, weil wegen Transferpreisen zwischen Glencore und dem sardischen Metallproduzenten Portovesme, der von Glencore kontrolliert wird, dem Staat geschätzte 120 Millionen Euro entgangen sein sollen. Auch in der Schweiz geriet der Konzern in die Kritik, als bekannt wurde, dass er seit 2011 dank Reorganisationen und Abschreibern null Franken Steuern bezahlt hat.

Gemessen an seinen Konzerngewinnen zahlt Glencore Xstrata in den oft armen Abbauländern äusserst tiefe Steuern und Schürfabgaben und profitiert umgekehrt von einer ganzen Reihe von Vergünstigungen und Abzugsmöglichkeiten. In Kolumbien ist die Differenz zwischen Einkommenssteuern und Abzügen der Bergbaukonzerne für den Staat insgesamt negativ. Die nationale Kontrollbehörde hat ausgerechnet, dass das Land unter dem Strich mit dem Bergbausektor mehr Geld verliert als es an Steuern eingenommen hat.

Kolumbien: Unter dem Strich legt der Staat drauf

In Kolumbien hebt ein Bericht der Kontrollbehörde ›Contraloría General de la República‹ hervor: »Das Steuersystem Kolumbiens zeichnet sich durch seine grosse Komplexität und durch ungenügende Anforderungen an die Unternehmen aus, detaillierte Informationen über ihre Steuererklärung zu präsentieren, was zu einem deutlichen Mangel an Transparenz führt. Zudem gibt es im gültigen Steuergesetz ein breites Spektrum an Abzugsmöglichkeiten, Vergünstigungen und Steuerbefreiungen für die Einkommensteuer.«¹⁷⁸ Gemäss den veröffentlichten Daten betragen die Steuerkosten für den Staat wegen Abzügen und Vergünstigungen bei den Einkommensteuern der Bergbauunternehmen zwischen 2005 und 2010 203 Prozent, das heisst, dass »für jede 100 Pesos, die effektiv als Steuern bezahlt wurden, die Bergbauunternehmen Vergünstigungen erhielten, die für den Staat zu Verlusten von mehr als 200 Pesos führten«¹⁷⁹. Allein bei

der Kohleproduktion lag der Verlust für den Staat bei über 100 Prozent. Obwohl sich die Situation 2011 dank einer Mini-Steuerreform verbesserte – der Verlust für den Staat belief sich bei der Kohleförderung noch auf 82 Prozent –, waren in den Vorjahren bedeutende Verluste für das Land entstanden. Die Contraloría klagte auch Praktiken der Steuerhinterziehung seitens der Rohstoffunternehmen an, wie zum Beispiel »die Unterfakturierung der Transferpreise innerhalb der miteinander verbundenen Unternehmensteile und Tochterfirmen«¹⁸⁰ – über Jahre wurde Kohle zu tieferen als den Marktpreisen aus dem Land geführt – ebenso wie die nicht vollständige Deklaration der Produktion; diese Unterschiede konnten festgestellt werden, als die Exportmengen der Mineralien mit den Mengen, die der Bergbaubehörde als Produktion angegeben wurden, verglichen wurden. Durch die unvollständige Deklaration der Produktion entgehen dem Staat Schürfabgaben der Unternehmen sowie namhafte Beträge der Einkommens- und Mehrwertsteuer.

Künstliche Auftrennung zur Umgehung von Abgaben

Der Konzern Glencore Xstrata erreicht Einsparungen auch durch die künstliche Auftrennung seiner Operationen. Im Departement Cesar betreibt der Konzern drei Tochterfirmen. Damit bleibt die Produktionsmenge pro Tochterfirma unter der kritischen Produktionsmenge von drei Millionen Tonnen pro Jahr. Im Artikel 16 des Gesetzes 141 von 1998 ist festgelegt, dass bei einer Produktionsmenge unter drei Millionen Tonnen pro Jahr ein Unternehmen 5 Prozent und bei einer Produktionsmenge über drei Millionen Tonnen 10 Prozent Schürfabgaben bezahlt. Die drei Tochterfirmen konnten auf diese Weise die zu bezahlenden Schürfabgaben einzeln aushandeln, obwohl es sich um eine einheitliche Abbauoperation handelt und alle unter der Kontrolle der Glencore-Prodeco-Gruppe stehen.¹⁸¹ Schätzungen gehen davon aus, dass dem kolumbianischen Staat dadurch fast hundert Millionen US-Dollar entgangen sind.¹⁸²

Glencore kaufte zwischen 2005 und 2007 die drei eigenständigen kolumbianischen Kohleminen Carbones de La

Jagua (CdJ), Consorcio Minero Unido (CMU) und Carbones El Tesoro (CET) auf. In der Folge vereinigte der Konzern die drei Minen in einem einzigen Abbauplan, der vom Bergbauministerium genehmigt wurde, und erhielt für die ganze Operation eine einzige Umweltlizenz. Es handelt sich heute also um eine einzige integrierte Bergbauoperation, die aber formell immer noch auf die drei Unternehmen CdJ, CMU und CET aufgeteilt ist. Die drei Unternehmen haben alle dieselbe Anschrift und ein weitgehend identisches Management. Die Gewerkschaft Sintramienergética weist darauf hin, dass CdJ mit Abstand die grösste Fläche einnimmt (66,5 Prozent), aber nur etwa 400 Arbeiter hat. CMU hat bei einer viel kleineren Fläche (15 Prozent) rund 2300 Arbeiter. CET habe weder eigene Maschinen noch Arbeiter. Zudem macht die Gewerkschaft geltend, dass die Arbeiter je nach Bedarf frei auf die drei Unternehmen verteilt würden und auch die Arbeitsuniformen praktisch identisch seien. Gestützt auf diese Ausgangslage hat die Gewerkschaft im Juli 2012 das Arbeitsministerium ersucht zu klären, ob es sich beim Projekt La Jagua um eine Unternehmenseinheit handle.¹⁸³ Am 26. Februar 2013 bestätigte das Arbeitsministerium die Unternehmenseinheit, Glencore rekurrierte aber umgehend dagegen. Die Unternehmenseinheit würde es der Gewerkschaft erleichtern, in allen drei Tochterfirmen gewerkschaftliche Vertretungen zu haben und den Kollektivvertrag auf alle Unternehmen auszudehnen.

Bereits am 27. Januar 2012 hatte die Unternehmensaufsichtsbehörde ›Superintendencia de Sociedades‹ Glencore mit umgerechnet 250'000 Franken gebüsst, weil Glencore unterlassen hatte, die Tochterfirmen CI Prodeco S.A., Carbones de La Jagua, Consorcio Minero Unido, Carbones El Tesoro und die Sociedad Portuaria Puerto Nuevo als Unternehmensgruppe zu registrieren – bis sie von der Superintendencia darauf hingewiesen wurde. Genau genommen bezieht sich die Busse auf CI Dalima Holding SAS. Diese Holding ist auf den Bermudasinseln registriert und bildet sozusagen das Konzerndach von Glencore. Im Grunde wäre die Situation klar: Das kolumbianische Gesetz 222 von

1995 verlangt, dass ein Unternehmen, welches ein anderes kontrolliert, indem es als Aktionär oder als Vermarkter der Produktion einen bestimmenden Einfluss ausübt, als eine Unternehmensgruppe registriert werden muss.¹⁸⁴ Gegen die Busse hat Glencore Beschwerde eingelegt. Auch wenn der Konzern sie wird bezahlen müssen: Die Höhe der Busse steht in keinem Verhältnis zu den Steuerzahlungen, die dem kolumbianischen Staat durch die künstliche Aufteilung des Unternehmens entgangen sind.

Peru: Exportierte Rohstoffe unter ihrem Wert deklariert

In Peru sah sich Glencore dem Vorwurf der Steuerhinterziehung ausgesetzt. Minengewerkschaften und ihnen nahestehende Organisationen waren überzeugt, dass peruanische Glencore-Tochterunternehmen dem peruanischen Staat Steuern entzogen haben, indem die Preise der exportierten Metalle viel zu tief angesetzt wurden.

Am 8. März 2010 reichte die Gewerkschaft der Mine Los Quenuales/Glencore gegen das Unternehmen Klage wegen Steuerhinterziehung ein. 2009 hatte das Unternehmen Hunderte von Leiharbeitern im Werk Yauliyacu entlassen. Im Werk Iscaycruz wurde die Produktion heruntergefahren und festangestellte Minenarbeiter wurden nach Yauliyacu verlegt. Begründet wurden diese Massnahmen damit, dass das Unternehmen aufgrund der gesunkenen Zinkpreise auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei.¹⁸⁵ Die Gewerkschaft schaute die Zahlen genau an und entdeckte Erstaunliches: Im Werk Los Quenuales waren die operativen Einkünfte von 371 Millionen US-Dollar (2007) auf 155 Millionen im Jahr 2008 gesunken, das heisst, sie betrugen noch gerade mal 42 Prozent der Vorjahreseinkünfte. In diesem Jahr erzielte Los Quenuales einen durchschnittlichen Verkaufspreis pro Tonne Zink von 250 US-Dollar, im dritten Quartal gar nur 160 US-Dollar. Das Glencore-Tochterunternehmen Perubar seinerseits deklarierte einen durchschnittlichen Verkaufspreis von 360 US-Dollar pro Tonne, 44 Prozent höher als Los Quenuales. Die Gewerkschaft warf Los Quenuales/Glencore vor, nicht nur den Arbeitern den

Anteil am höheren Verkaufseinkommen vorenthalten zu haben. Vielmehr habe der Konzern den peruanischen Staat um 66 Millionen US-Dollar Steuereinnahmen betrogen.¹⁸⁶

Drei Monate nach Einreichung zog die Betriebsgewerkschaft ihre Klage zurück, weil sie sich mit dem Unternehmen darauf geeinigt hatte, dass es in Los Quenuales zu keinen Massenentlassungen kommen würde. Das Unternehmen seinerseits zog sich nach der Klage im Juli 2010 von der peruanischen Börse zurück und entzog sich damit der Veröffentlichung von Unternehmensdaten. Am 22. März 2011 stellte die Untersuchungsbehörde das Verfahren offiziell ein.¹⁸⁷

Argentinien: Seltene Erden unversteuert exportiert?

Argentinien gab sich in den 1990er Jahren ein neoliberales Bergbaugesetz, welches mit sehr tiefen Abgaben und Steuern und zusätzlichen Abzügen für die Bergbauunternehmen hervorragende Bedingungen geschaffen hat. Davon profitiert auch Glencore Xstrata über seine Mine La Alumbrera (siehe Kasten S. 82). Die Versteuerung der Exporte basiert auf selbst deklarierten Zahlen, ohne dass die effektiven Ausfuhren kontrolliert würden. Gegen La Alumbrera laufen neben verschiedenen Verfahren wegen Umweltverschmutzung auch Untersuchungen wegen Steuerhinterziehung. In einer Klage aus dem Jahr 2010 wird die Firma beschuldigt, Exporte in der Höhe von geschätzten 8 Milliarden Dollar pro Jahr nicht deklariert zu haben. Dies, weil im exportierten Metallkonzentrat enthaltene Spurenmetalle und Seltene Erden nicht aufgeführt wurden. Der Generalstaatsanwalt von Tucumán, Antonio Gustavo Gómez, stellte dazu fest, dass in China die Importe aus La Alumbrera zu 70 Prozent als ›Ballast‹ deklariert würden. Dies nähere den Verdacht, dass hier ein gross angelegtes Umgehungsgeschäft laufe, bei dem die nicht deklarierten Metalle erst in China aus dem ›Kupferkonzentrat‹ extrahiert würden.¹⁸⁸ Diese Geschäfte erhalten vor dem Hintergrund, dass China fast die ganze Weltproduktion Seltener Erden kontrolliert, zusätzliche Brisanz.

Sambia: kaum Profite aus dem Rohstoffabbau

Eine Strategie, um Steuern zu vermeiden, verfolgte Glencore auch in Sambia. Hier profitierte der Konzern ebenfalls von einer äusserst unternehmensfreundlichen Steuergesetzgebung. Um private Investoren ins Land zu locken, ergriff der sambische Staat nach der Privatisierungswelle im Jahr 2000 diverse steuerpolitische Massnahmen. Unternehmen profitierten in der Folge von Verlustvorträgen mit einer Laufzeit von bis zu zwanzig Jahren. Diese Vorträge erlaubten es den Unternehmen, Verluste, welche im Lauf der letzten zwanzig Jahre gemacht wurden, auf kommende Jahre zu übertragen. Damit konnten Steuern, die in folgenden Jahren auf Gewinne anfielen, gesenkt werden. Zudem kam Sambia den Firmen mit einem hundertprozentigen Steuererlass bei Abtretungen entgegen, befreite sie von der Quellensteuer und gewährte diverse Ausnahmen betreffend Zollgebühren (etwa auf importierten Maschinen) und Sanktionen für Umweltschäden. Immerhin wurden 2011 die Schürfabgaben von zuvor 3 auf 6 Prozent erhöht. Zu den Profiteuren dieser umfangreichen Anreize und Zugeständnisse zählt auch Glencore.

Als 2007 die Privatisierungsverträge zwischen dem sambischen Staat und den Minengesellschaften durch das Center for Trade Policy and Development (Institut für Handelspolitik und Entwicklung in Sambia, CTPD) veröffentlicht wurden, wurde klar, dass Sambia auf Jahre hinaus kaum vom Rohstoffgeschäft profitieren wird.¹⁸⁹ Zwar stiegen 2008 die Staatseinnahmen aufgrund steigender Produktivität im Bergbausektor an, zudem erhöhte die Regierung die Steuern und Schürfabgaben und schränkte sämtliche Abschreibungsmöglichkeiten ein. Trotzdem tragen die Einnahmen aus dem Bergbau in Sambia mit knapp 10 Prozent am Steueraufkommen bis heute nur einen kleinen Teil zum Staatsbudget bei. Den Hauptgrund für die mageren Einkünfte aus dem Minensektor sehen viele darin, dass die Bergbauunternehmen den Fiskus mit allerlei Mitteln zu umgehen versuchen.¹⁹⁰

2008 beauftragte die sambische Steuerbehörde die Buch-

Die Mopani Copper Mines plc in Sambia

Nach der Privatisierung zahlreicher staatlicher Bergbauunternehmen im Jahr 2000 kaufte ein Konsortium, bestehend aus dem Schweizer Rohstoffgiganten Glencore International AG, der kanadischen Bergbaufirma First Quantum Minerals Ltd und dem sambischen Minenunternehmen Zambia Consolidated Copper Mines Ltd (ZCCM), die beiden Kupfer- und Kobaltminen Mufulira und Nkana für 43 Millionen US-Dollar und gründete das Unternehmen Mopani Copper Mines plc. Mopani gehört dem auf den British Virgin Islands registrierten Investmentvehikel Carlisa Investment Corporation. Carlisa ist zu 81,2 Prozent im Besitz der auf den Bermudas eingetragenen Glencore Finance Ltd (zu 100 Prozent von Glencore International AG kontrolliert) und zu 18,8 Prozent der Skyblue Enterprise Incorporated (zu 100 Prozent im Besitz von First Quantum Minerals Ltd). Glencore ist seit 2002 durch Carlisa mit 73,1 Prozent Anteil Hauptaktionärin von Mopani. First Quantum hält 16,9 Prozent, der sambische Staat durch ZCCM Ltd (Zambian Consolidated Copper Mines Ltd) 10 Prozent. Mufulira und Nkana befinden sich in der Provinz Copperbelt, einer der kupferreichsten Regionen der Welt. Die Region dieses Kupfergürtels reicht bis über

prüfer Grant Thornton und Econ Pöyry, eine umfassende Untersuchung einiger im Land tätigen Bergbauunternehmen durchzuführen – unter anderem auch der Mopani Copper Mines. Untersucht wurden die Steuerjahre 2006/2007 und 2007/2008, das Ergebnis des Audits wurde 2010 veröffentlicht.¹⁹¹

Aufgeblähte Betriebskosten

Der Bericht zeigte, dass Mopani über Jahre systematisch versucht hatte, seine Profite klein zu schreiben, indem die Produktionskosten aufgebläht, Produktionsmengen unvollständig angegeben und die Rohstoffe zu Dumpingpreisen ins Ausland geschafft wurden. Mopani schrieb so jahrelang Verluste, und die daraus resultierenden jährlichen Steuerver-

die Grenzen der Demokratischen Republik Kongo. Mopani Minen erstrecken sich über 19'000 Hektaren. Nkana ist eine der grössten Minen in Afrika, sie hat vier unterirdische Minen und eine Mine im Tagebau sowie eine Kobaltanlage und einen Konzentrator zur Anreicherung der im Gestein vorhandenen Kupfermengen. In Mufulira befinden sich eine Mine, ein Konzentrator, ein Schmelz- und ein Raffineriewerk. Die Mopani Copper Mines sind mit rund 16'000 Angestellten das grösste Bergbauunternehmen Sambias. Das Unternehmen macht Sambia zum weltweit zweitgrössten Kupferproduzenten nach Chile.

Nach der Unabhängigkeit 1964 hatten sich die wirtschaftliche Lage und die soziale Entwicklung in Sambia in kürzester Zeit verbessert. Der gesunkene Kupferpreis nach dem Erdölchock von 1973 liess jedoch die exportbasierten Einnahmen Sambias einbrechen und machte das Land von IWF- und Weltbankkrediten abhängig. Diese Abhängigkeit und die steigenden Schulden zwangen Sambia zu umfassenden Strukturanpassungsmassnahmen und zur Privatisierung einer Vielzahl staatlicher Einrichtungen. Der Verkauf der zuvor staatlichen Minen an multinationale Firmen bildete den Schlusspunkt dieser Privatisierungswelle.

luste für Sambia beliefen sich auf rund 124 Millionen US-Dollar.¹⁹² Im Audit wurde ebenfalls deutlich, dass Mopani verglichen mit anderen in Sambia tätigen Bergbauunternehmen extrem hohe Betriebs- beziehungsweise Produktionskosten angab. Die Kosten beliefen sich 2007 insgesamt auf 804'910'000 Dollar, das sind 381'210'000 Dollar mehr als vom Audit-Team berechnet. Die Arbeits- und Transportkosten waren ebenfalls überdurchschnittlich hoch, und auch die Frachtgebühren lagen weit über dem Durchschnitt. Die deklarierte Menge an extrahiertem Kobalt hingegen war, verglichen mit den Angaben anderer Produktionsfirmen, die in derselben Region abbauen wie Mopani, halb so hoch. Dies deutete darauf hin, dass die von Mopani abgebauten Rohstoffe nicht vollständig deklariert wurden.¹⁹³

Mopani verkauft seine Produkte hauptsächlich an seinen Mutterkonzern Glencore. Die Untersuchungen ergaben, dass Mopani seine Mineralien an Glencore International AG in die Schweiz verkaufte – zu Preisen, die nicht den gängigen, von der ›London Metal Exchange‹-Börse (LME) festgelegten Marktpreisen entsprachen, sondern weit darunter lagen. Auf diese Art konnte Mopani die Zahlung von Steuern in Sambia über Jahre hinweg umgehen.

Mehr als die Hälfte des sambischen Kupfers wird über die Schweiz gehandelt. Erst von hier aus wird das Metall zu marktüblichen Preisen weiterverkauft. Glencore lässt den Markt also bewusst erst spielen, wenn Dritte ins Spiel kommen. Die hohen Gewinne fallen so im steuergünstigen Hauptsitz in Zug an. Diese Taktik steht dem von der OECD in ihren Leitsätzen festgelegten Fremdvergleichsgrundsatz (engl. Arm's Length Principle) entgegen, wonach alle beteiligten Parteien den gleichen Preis zu bezahlen haben. Gemäss OECD-Richtlinien für multinationale Konzerne sollen auch konzerninterne Geschäfte zu marktüblichen Preisen ablaufen. Geschieht dies nicht, kann ein Unternehmen seine Produkte firmenintern zu derart niedrigen Preisen verkaufen, dass im Produktionsland keine Gewinne verzeichnet werden und der Konzern dort folglich kaum oder gar keine Steuern bezahlt.¹⁹⁴

Demokratische Republik Kongo: Steuerumgehung als Geschäftsmodell

Auf vergleichbare Art wie Mopani in Sambia verfahren auch die beiden Glencore-Tochterunternehmen in der Demokratischen Republik Kongo, um Steuern zu umgehen. Zwar bezahlen die Kamoto Copper Company (KCC) und Mutanda Mining (MUMI) offiziell Gewinnsteuern, Abgaben auf Nettoverkaufserlösen, Dividenden und Lizenzgebühren. Dennoch nutzen sie viele Schlupflöcher, um Gewinne am Fiskus vorbeizuschleusen und in Steuerparadiese wie die Schweiz zu transferieren. Glencore ist zwar mit diesem Vorgehen nicht allein – laut der Nichtregierungsorganisation Global Financial Integrity ist die Steuervermeidung Hauptursache

von Kapitalabflüssen aus Afrika –,¹⁹⁵ aber der Schweizer Konzern zählt zu den undurchsichtigsten Unternehmen in der Branche.¹⁹⁶

Obwohl sich die beiden Glencore-Tochterfirmen im Kongo verpflichtet haben, ihre Steuerzahlungen offenzulegen, halten sie ihre Geschäftszahlen weiterhin geheim, was eine Überprüfung der Steuerzahlungen schwierig macht. Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) hat gravierende Unstimmigkeiten und Lücken bei den beiden Unternehmen registriert. So stimmen ihre Angaben über abgegebene Steuern nicht mit den Angaben über Steuereinnahmen des Staates überein.

Gewinne werden zu roten Zahlen

Laut dem EITI-Bericht¹⁹⁷ hat KCC zwar die anfallenden Abgaben und Gebühren ordentlich bezahlt, die Gewinnsteuern jedoch massiv gedrückt. Die Geschäftsberichte des Mutterhauses Katanga Mining zeigen, dass KCC Gewinne erwirtschaftet haben muss. Für das Jahr 2010 wies KML einen Gewinn von 304'500'000 und für 2011 einen Gewinn in der Höhe von 110'600'000 US-Dollar aus. In den Jahresrechnungen von KCC jedoch stehen von 2008 bis 2011 kontinuierlich rote Zahlen, 2010 und 2011 im neunstelligen Bereich. Laut Expert_innen sind diese Verluste nicht realistisch.¹⁹⁸ Sie lassen sich aber kaum nachprüfen, weil keine detaillierten Daten über die erzielten Gewinne in den einzelnen Ländern verfügbar sind. Die genannten Verluste scheinen durch Dienstleistungen Dritter und durch Zinsen an andere Unternehmen innerhalb des Konzerns entstanden zu sein. Glencore konnte dank dieser Operationen den Aufwand von KCC künstlich erhöhen und plausibel erklärbar Verluste ausweisen, welche aber nicht überprüfbar waren. Dank dieser Verluste zahlte KCC lediglich eine minimale Gewinnsteuer von einem Promille des Umsatzes und musste überdies dem staatlichen Unternehmen Gécamines keine Dividenden auszahlen. Im Falle eines Gewinns müsste das Unternehmen 30 Prozent Gewinnsteuern bezahlen.

Dass das Vorgehen der Steuervermeidung System hat,

Demokratische Republik Kongo: Glencore in Katanga

Über seine Tochterfirmen Kamoto Copper Company (KCC) und Mutanda Mining (MUMI) kontrolliert Glencore zwei der wichtigsten Bergbaugesellschaften in Katanga, einer Bergbauprovinz im Südosten der demokratischen Republik Kongo. Katanga ist die zweitgrößte Provinz des Landes und Teil des sogenannten afrikanischen Kupfergürtels. In der Region werden mehr als ein Drittel der weltweiten Kobaltvorkommen und 10 Prozent der gesamten Kupferreserven vermutet. Ebenso gibt es wichtige Vorkommen an Uran, Kadmium, Koltan, Zink, Blei, Gold und Silber. Auch wenn Katanga dank dem Bergbau eine wirtschaftlich bedeutende Region in der DRK ist, leben 70 Prozent der rund 9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Armut. Auch die regelmäßig aufflammenden Konflikte stehen in engem Zusammenhang mit dem Bergbau.

Mutanda Mining betreibt in Katanga zwei Tagebauminen und drei Verarbeitungsanlagen. 2012 produzierte das Unternehmen 87'000 Tonnen Kupfer und 9000 Tonnen Kobalt. Bis 2011 hielt Glencore 40 Prozent der Aktien von MUMI und war an der operativen Führung beteiligt. Im Juli 2013 wurde das Unternehmen Kansuki Mining Operations, an welchem Glencore zu 37,5 Prozent beteiligt war, in MUMI

zeigt sich daran, dass auch die zweite Glencore-Tochter im Kongo, MUMI, Dividenden, die sie dem Staat hätte auszahlen sollen, zurückbehalten und die eigene Produktion systematisch unterbewertet hat. Untersuchungen von Brot für alle und Fastenopfer zufolge sind der Demokratischen Republik Kongo in den Jahren 2010 und 2011 dadurch Einnahmen im Wert von 196 Millionen US-Dollar entgangen. Glencore wurde zudem vorgeworfen, Einfluss auf die Geschäftsführung von Gécamines auszuüben, um die Gewinnverschiebungen widerstandslos durchführen zu können. Nur so ist zu erklären, warum das staatliche Unternehmen Gécamines

integriert. Mit der Kansuki-Konzession ist ein Projekt für den Kupfer- und Kobaltabbau auf einer Fläche von 18'500 Hektaren dazugekommen. Die Produktionskapazität stieg mit der Fusion auf 200'000 Tonnen Kupfer und 23'000 Tonnen Kobalt jährlich.

KCC gehört zu 75 Prozent der Gesellschaft Katanga Mining Limited (KML) und zu 25 Prozent Gécamines, der staatlichen Bergbaugesellschaft im Kongo. KML wiederum ist zu 74,4 Prozent im Besitz von Glencore Xstrata. Über KML kontrolliert Glencore Xstrata die Tochterfirma KCC und damit bedeutende Kupfer- und Kobaltvorkommen auf einem Gebiet von über 40 Quadratkilometern. Drei Abbaustätten sind derzeit in Betrieb: KOV und T17 im Tagebau und Kamoto im Tiefbau. Drei weitere (Mashamba Est, Tilwezembe und Kananga) werden laut Glencore zurzeit nicht ausgebeutet. Über KML kontrolliert Glencore Xstrata ausserdem eine Konzentrations- und eine Verarbeitungsanlage.

Die Glencore-Tochter KCC strebt an, bis 2015 die grösste Kupferproduzentin Afrikas und die grösste Kobaltproduzentin weltweit zu werden. Über KML und MUMI kontrolliert Glencore den Zugang zu 60 Millionen Tonnen Kupfer. Wenn Glencore Xstrata das volle Potenzial seiner Minen ausschöpft, kann der Konzern zum grössten Kupferproduzenten Afrikas und in Katanga zu einem Staat im Staat werden.

diese Steuervermeidungspraxis gedeckt hat und selbst auf die Dividenden, welche ihm aufgrund seines Aktienanteils von 25 Prozent zugestanden wären, verzichtet hat.

Ein Koloss im Agrarmarkt: Geschäfte mit Agrotreibstoffen, Profite mit dem Hunger

Während der Rohstoffabbau von Glencore Xstrata und die damit verbundenen Konflikte mit Arbeiter_innen und betroffenen Gemeinschaften in den vergangenen Jahren zu breiter öffentlicher Kritik geführt haben, wurde ein anderer Aspekt deutlich weniger beachtet: das Geschäft mit Nahrungsmitteln und Agrotreibstoffen. Dies, obwohl der Multi – vor der Fusion war es Glencore – im Agrarmarkt eine bedeutende Stellung einnimmt und weiter zulegen: Glencore Xstrata ist Europas zweitgrösster Händler landwirtschaftlicher Rohstoffe. Bei Gerste und Rapsöl macht der Weltmarktanteil des Konzerns ein Viertel aus, beim Sonnenblumenöl ein Fünftel, bei Weizen und Sojaöl ein Zehntel.¹⁹⁹ Für russischen Weizen ist Glencore Xstrata der grösste Exporteur weltweit, zudem ist er einer der Hauptexporteure von Getreide aus der EU, der Ukraine, Kasachstan, Argentinien und Australien. Glencore Xstrata handelt nicht nur mit Agrarprodukten, sondern besitzt selbst Ölpresananlagen und Getreidemühlen, stellt in eigenen Raffinerien Agrartreibstoffe her, verfügt über gigantische Lager- und Transportkapazitäten und besitzt eigene Hafeninfrastruktur zum Verschiffen der Produkte. Weiter besitzt beziehungsweise pachtet der Konzern gemäss eigenen Angaben 300'000 Hektaren Land in Russland, der Ukraine, Australien, Argentinien und Paraguay, auf denen er jährlich 700'000 Tonnen Weizen, Mais, Gerste, Raps, Soja und Sonnenblumen anbaut. Wie auch im Geschäft mit Mineralien ist Glencore Xstrata im Agrarbusiness vertikal integriert, das heisst, der Konzern kontrolliert die gesamte Kette vom Anbau über Ernte, Transport, Lagerung, Verschiffung, Verarbeitung und Verpackung bis zum Verkauf, was ihm eine bedeutende Marktmacht verleiht und ihm den Vorwurf der

Preismanipulation und unzulässigen politischen Einflussnahme zugunsten eigener Profite eingebracht hat.

Glencores Geschäft mit Lebensmitteln und Agrotreibstoffen befindet sich weiter im Wachsen: Im ersten Quartal 2012 legte diese Sparte um 103 Prozent zu, 2010 stieg der Betriebsgewinn in diesem Segment auf über das Doppelte. Dabei kommen Dürren und die damit verbundene Nahrungsmittelknappheit dem Konzern nicht ungelegen. Derweil für Millionen von Menschen die Grundnahrungsmittel infolge der steigenden Preise nicht mehr erschwinglich werden und sich Hungersnöte ausbreiten, sind solche Krisen gut fürs Geschäft von Agrarhandelsfirmen: Der Absatzmarkt ist gesichert, Preise können in die Höhe getrieben werden, und die Profite steigen.

Konzerne dominieren die Landwirtschaft

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die globale Landwirtschaft drastisch verändert. Am deutlichsten sichtbar ist dies am Handel mit Saatgut: Heute dominiert eine kleine Anzahl Firmen rund die Hälfte des globalen Markts für kommerzielles Saatgut. Die meisten dieser Konzerne stellen auch Pestizide her und setzen auf die Entwicklung genetisch veränderten Saatguts, welches mit einem intensiven Einsatz von Agrochemikalien einhergeht. Zugenommen hat aber auch die Kontrolle von Konzernen über die landwirtschaftliche Produktion. Dabei wird in industriellen Landwirtschaftsbetrieben direkt für Konzerne produziert, sei es mit Massentierhaltung oder Kakao, Kaffee und Früchten für Nahrungsmittelkonzerne oder bei Produkten wie Getreide und Reis für Agrarhandelskonzerne. Bei diesem sogenannten ›corporate farming‹ steht eine Grosszahl landwirtschaftlicher Produzenten unter Direktvertrag mit Firmen – ohne dass sie aber Angestellte der Konzerne wären; diese sind damit nicht für die Arbeitsbedingungen verantwortlich und müssen sich nicht Forderungen von Gewerkschaften stellen.

In jüngster Zeit investieren Konzerne ausserdem verstärkt direkt in die Produktion und in den Kauf von Land.

Daran beteiligen sich an vorderster Front auch Agrarhandelsfirmen wie Cargill, Bunge und Glencore Xstrata.²⁰⁰ Das Zusammenfallen der Nahrungsmittel- und der Finanzkrise 2008 hat eine regelrechte Investitionswelle in Nahrungsmittelproduktion und in fruchtbares Land ausgelöst. Auch hat das Entstehen neuer Märkte für Agrotreibstoffe dazu beigetragen, dass Investitionen in Land in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen sind. Auswirkungen dieser Entwicklung sind verstärkter Druck auf Kleinbäuerinnen und -bauern, Vertreibungen, Landkonzentration sowie die Ausdehnung von Monokulturen und der zunehmende Einsatz von Pestiziden. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Situation im südlichen Lateinamerika.

Agrotreibstoffe und Landkonflikte

In Brasilien trat Glencore 2010 mit dem Kauf eines Anteils von 76 Prozent an der Raffinerie Rio Vermelho in den Ethanolmarkt ein. Die Raffinerie verarbeitet jährlich 1,3 Millionen Tonnen Zuckerrohr. Derzeit wird die Kapazität vergrößert, um die Ethanol- und Zuckerproduktion für den Export zu erhöhen. Dazu kommen auch Investitionen in Land: Bis 2015 sollen die Zuckerrohrplantagen des Unternehmens durch Kauf oder Pacht um 21'000 Hektaren vergrößert werden. Die Zuckerlager sollen erweitert werden und die Verarbeitungskapazität um das Doppelte ansteigen.²⁰¹ Die rasche Ausdehnung von Zuckerrohrmonokulturen in Brasilien – zwischen 2000 und 2011 ist die Anbaufläche insgesamt von 4,8 auf 8,1 Millionen Hektaren angestiegen – führt immer wieder zu sozialen Konflikten: Bauerngemeinschaften und indigene Bevölkerungen protestieren gegen Landnahme und Vertreibungen. Arbeiter und Anwohner_innen leiden zudem unter Atemproblemen und Atemwegserkrankungen, wenn die Zuckerrohrfelder vor der Ernte abgebrannt werden und die Menschen den Aschepartikeln ausgesetzt sind. Angeprangert werden immer wieder auch die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen der Zuckerrohrschneider.

In Argentinien übernahm Glencore 1997 die Firma

Oleaginosa Moreno Hermanos S.A. (OMHSA) und wurde damit zum grössten Produzenten und Exporteur von Getreide, Ölen, Mehl und Nebenprodukten von Soja und Sonnenblumen im Land. Glencore beteiligte sich zudem mit zwei weiteren Unternehmen, Vicentín S.A. (grösster argentinischer Exporteur von Soja- und Sonnenblumenöl) und der Nahrungsmittelfirma Molinos Río de la Plata, an der Firma Renova S.A. und besitzt das Unternehmen zu einem Drittel. Renova S.A. hat mehrere Anlagen zur Produktion von Agrotreibstoffen auf der Basis von Soja und Sonnenblumen, ebenso wie eine Hafenanlage zur Verschiffung und gilt als grösster Biodieselhersteller.²⁰² Mit diesem Joint Venture wurde Glencore zum Agrotreibstoffproduzent und -exporteur Nummer eins in Argentinien. Interessant ist dies insbesondere, weil das Land die wichtigste Quelle europäischer Importe von Biodiesel auf Sojabasis ist.²⁰³ In Rotterdam, Haupthafen für die Einfuhr von Biodiesel nach Europa, besitzt Glencore Xstrata zwei Agrodieselraffinerien mit einer Gesamtkapazität von 740 Millionen Liter pro Jahr.

In Europa ist Glencore Xstrata ebenfalls Exklusivlieferant für eine der grössten Bioethanolanlagen des Kontinents, die 2010 in Teesside im Nordosten Englands den Betrieb aufnahm und jährlich über eine Million Tonnen Getreide verarbeitet.

Setzen auf den Sojaboom

Auch im Sojageschäft ist Glencore Xstrata ein wichtiger Player. Für den weltweiten Sojaboom spielt die grosse Nachfrage Europas eine bedeutende Rolle. EU-Länder importieren einen Grossteil des Viehfutters für die Grossviehbetriebe: 68 Prozent der Proteine für das europäische Vieh kommen von Soja, während in EU-Ländern lediglich 2 Prozent davon produziert werden.²⁰⁴ Konsequenz der hohen Nachfrage nach Soja ist die Zunahme von Sojamonokulturen in den Produktionsländern – Soja alleine ist für über ein Viertel der gesamten Ausdehnung der globalen Landwirtschaftsfläche zwischen 1990 und 2007 verantwortlich.

Mit der Ausdehnung der Monokulturen gehen Land-

konzentration und Land Grabbing einher. Auch hier lohnt sich ein Blick nach Südamerika: In Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay wird die Hälfte der weltweiten Sojaernte produziert, für einige dieser Länder macht Soja den Hauptexport aus. In Brasilien sind 20 Millionen Hektaren Land mit Soja bebaut, in Argentinien sind es über 16 Millionen Hektaren. Dabei handelt es sich um Gentechsoja, der Anbau wird in Monokulturen vorgenommen und ist mit hohem Einsatz von Agrochemikalien verbunden. In dieser Region findet sich die grösste Dichte an Gentechmonokulturen, ebenfalls wird pro Kopf die höchste Menge an versprühten Agrogiften verzeichnet. In Zahlen sieht dies folgendermassen aus: Gentechfelder erstrecken sich über mehr als 46 Millionen Hektaren – eine Fläche elfmal so gross wie die Schweiz – und sie werden mit über 600 Millionen Litern des giftigen Glyphosats besprüht.²⁰⁵ Für die lokalen Bauerngemeinden hat dies verheerende Auswirkungen: Krankheiten (Fehlgeburten, Haut- und Atemwegserkrankungen sowie Krebs etc.) und die Zerstörung ihrer eigenen Ernten sind die Folge des grossräumigen Einsatzes mit dem Pflanzenvernichtungsmittel. Abwanderung und Vertreibung gehen Hand in Hand mit der Ausdehnung der Monokulturen. Vorantreiber und Gewinner dieser Entwicklung sind eine Handvoll Saatgutkonzerne und Grossgrundbesitzer sowie die Handelsfirmen, die die Produkte um die Welt verschieben und mit dem Sojaboom Gewinne verzeichnen. Dazu gehört auch Glencore: 2010 vergrösserte der Konzern seine Aktivität in Argentinien um 16 Prozent, wobei der Konzern praktisch aus dem Weizenhandel ausstieg und stattdessen auf Soja setzte. Die Menge an Glencores Ölsaaten in Argentinien verdoppelte sich in jenem Jahr.

Sojaexporteure als Putschgewinner in Paraguay

Während die Agrarindustrie und Sojahändler mit dem Sojaboom riesige Gewinne erzielen, sind die Auswirkungen für die lokale Bevölkerung, Kleinbauern und indigene Gemeinschaften verheerend: Mit der Landkonzentration nimmt die ungerechte Landverteilung zu – in Paraguay etwa besitzen

2 Prozent der Landbesitzer 85 Prozent des fruchtbaren Landes. Kleinbauern- und Landlosenbewegungen, die sich gegen diese Entwicklung wehren und für eine kleinräumige, auf Ernährungssouveränität ausgerichtete Landwirtschaft kämpfen, sind der Repression ausgesetzt, und ihr Kampf wird kriminalisiert. Auf äusserst brutale Art zeigte sich dies in Paraguay, wo am 15. Juni 2012 bei einem Massaker in Curuguaty elf Bauern und sechs Polizisten starben, als bei der Räumung einer Landbesetzung paramilitärische Kräfte das Feuer eröffneten. Das Massaker wurde sogleich als Anlass für einen parlamentarischen Putsch gegen Präsident Fernando Lugo genommen: In einem Expressverfahren wurde er vom Parlament abgesetzt. Hinter dem Putsch stand eine Allianz aus Agroindustriellen und Grossgrundbesitzern, denen Lugo schon lange ein Dorn im Auge war.²⁰⁶ Lugo, der über keine Parlamentsmehrheit verfügte, hatte versucht, einige der verheerendsten Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft einzudämmen. So sollten sowohl beim Einsatz von Agrochemikalien wie bei der Zulassung von neuem Gentechsaatgut gewisse Beschränkungen gelten. Mit dem Putsch wurde nicht nur Lugo weggefegt, sondern auch die politische Verwaltung gesäubert, darunter das für die Zulassung und Kontrolle von Saatgut zuständige Institut Senave. Daraufhin wurden zuvor blockierte Gentechsaaten innerhalb kürzester Zeit zugelassen, und Sojaproduzenten verhinderten erfolgreich eine Besteuerung der Sojaexporte – auf ausgeführten Sojabohnen werden bisher kaum Steuern bezahlt. Dies, obwohl mit dem Sojahandel am meisten Gewinne gemacht werden, weil der Sojapreis in nur drei Jahren um 51 Prozent stieg.²⁰⁷ Der Putsch in Paraguay und die Folgereregierungen machten den Weg frei für das Agrobusiness und räumten Hindernisse aus dem Weg. Die Rolle ausländischer Firmen im Putsch gegen Lugo ist nach wie vor unklar, es muss aber davon ausgegangen werden, dass Glencore als Sojaproduzent und -exporteur genauso wie die Agrarmultis Monsanto oder Syngenta zu den Putschgewinnern gehört. Gemäss eigenen Angaben hat Glencore Xstrata Ländereien in Paraguay in seinem Besitz oder in Pacht und

produziert landwirtschaftliche Güter. Dies geschieht wahrscheinlich via Tochterfirmen, der Konzern selbst taucht in keinem Register des Landes auf.

Nach dem Putsch sind Landlosen- und Kleinbauernbewegungen noch mehr unter Druck geraten: Drei Exponenten der Kleinbauernbewegung sind bis Mitte 2013 ermordet worden, Überlebende des Massakers von Curuguaty wurden verhaftet und sind mit schweren Anklagen konfrontiert.

Profite mit dem Hunger

Im Sommer 2012 litten die USA unter der schlimmsten Dürre seit den 1930er Jahren: 45 Prozent des Maisanbaus und 35 Prozent der Sojaernte wurden durch die Hitze zerstört, der Preis auf dem Weltmarkt schnellte in die Höhe. Chris Mahoney, bei Glencore zuständig für den Handel mit Agrarprodukten, erklärte unverblümt, die Dürre sei gut für Glencore, weil sie eine Gelegenheit biete, viel mehr Geld zu machen. »Mit Blick auf die Jahresbilanz ist das Umfeld gut. Hohe Preise, Preisschwankungen, Verschiebungen, Knappheit, viele Gelegenheiten der Arbitrage [zur Ausnutzung der Preisunterschiede – Anmerkung der Redaktion]«, zitierte die britische Zeitung ›The Guardian‹ den Spitzenmanager.²⁰⁸ Glencore könne so die Dürre zu seinen Gunsten ausnutzen.

Dies gilt umso mehr, als dass sich Glencore mit der Übernahme des kanadischen Getreidekonzerns Viterra und der eigenen Getreideproduktion als wichtiger Player im Getreidemarkt etabliert hat und ein Zehntel des Weltgetreidemarkts kontrolliert. Nachdem die kanadische Regierung das staatliche Weizen- und Gerstenmonopol abgeschafft hatte, übernahm Glencore 2012 den Getreidehandelskonzern Viterra. Dieser kontrollierte zum Zeitpunkt der Übernahme 45 Prozent des kanadischen Getreidemarkts, verfügte über gigantische Getreidespeicher in Kanada, aber auch über enorme Lagerkapazitäten in den Häfen Südaustraliens.

Wie schamlos Agrarkonzerne ihre Macht ausnutzen und von Nahrungsmittelkrisen profitieren, war bereits 2010

deutlich sichtbar geworden.²⁰⁹ Im Süden Russlands, im Getreidegürtel, kontrollieren ausländische Investoren und russische Unternehmer mit ihren ›Agrar-Holdings‹ 40 bis 50 Prozent der gesamten Getreideproduktion. Während der Dürre im Sommer 2010 hielten diese ›corporate farmers‹ ihre Ernten zurück und forderten höhere Preise. Die russische Regierung intervenierte nicht, obwohl sie ohne weiteres einen Teil ihrer riesigen Getreidereserven auf den Markt hätte werfen können. Die Preise für Weizen stiegen auf das Doppelte. Erst nachdem Glencore beim Kreml vorgeschprochen hatte, wurde die russische Regierung aktiv. Der Schweizer Konzern stand kurz davor, Millionen zu verlieren, da er gemäss seinen Verträgen verpflichtet war, Getreide zu 160–170 US-Dollar pro Tonne zu liefern, während der Preis pro Tonne jetzt bei mindestens 220 US-Dollar lag. Gemäss Presseberichten lobbyierte Nikolai Demyanov, stellvertretender CEO von Glencores Tochter International Grain Company in Russland, beim Kreml, und zwei Tage später verfügte die russische Regierung ein Exportverbot. Dies ermöglichte Glencore, wegen ›höherer Gewalt‹ von seinen Verträgen zurückzutreten. Die grössten Verlierer dieses Manövers waren die armen Länder, die auf die Weizenladungen aus Russland angewiesen waren: Trotz ungültiger Lieferverträge konnten sie nicht auf den Weizen verzichten und mussten deshalb neue Verträge zu deutlich höheren Preisen abschliessen. Die Lieferanten waren die gleichen – Handelskonzerne wie Glencore, Cargill und Bunge. »Statt dass Cargill, Bunge und Glencore Einbusse durch schlechte Zukunftswetten erlitten hätten, gaben sie die gestiegenen Preise an Länder wie Moçambique weiter und verdienten an einer weiteren Wucherrunde. Höhere Gewalt? Wohl eher organisiertes Verbrechen«, brachte die NGO Grain die Ereignisse auf den Punkt.²¹⁰

Glencores Einflussnahme beim Kreml passt perfekt ins Bild eines Konzerns, der sich Vorteile verschafft, wo immer er kann, und Gewinne schreibt, wenn Millionen von Menschen wegen hoher Preise für Grundnahrungsmittel unter Hunger leiden. Im Juni 2012 wurde das Tochterunterneh-

men Glencore Grain Rotterdam wegen Bestechung zu einer Strafe von 500'000 Euro verurteilt. In den Jahren 2002 und 2003 hatte die Firma dem EU-Beamten Karel Brus Handyrechnungen über 20'000 Euro bezahlt und einen Urlaub in Südfrankreich angeboten. Im Gegenzug habe Brus als Mitglied der EU-Agrarbehörde sensible Informationen über Getreidesubventionen herausgegeben.

Dass mit Dürre und Hunger Profit gemacht wird, ist keine Ausnahmerecheinung. Vielmehr hat sich das Geschäft institutionalisiert – auch für Glencore. 2011 überstiegen die in die Höhe geschwellten Getreidepreise die ohnehin kaum ausreichenden Einkommen von Millionen von armen Familien weltweit bei weitem, Hungersnöte waren die Folge. In diesem Jahr gab das Welternährungsprogramm Nahrungsmittelnothilfe an 109 Millionen Menschen aus. Für Glencore ein gutes Geschäft: Allein im Juli 2011 verkaufte der Konzern Weizen zum Preis von 22,5 Millionen US-Dollar an das Welternährungsprogramm der UNO, bestimmt für Äthiopien. In der zweiten Jahreshälfte 2011 war Glencore der grösste Einzelverkäufer gegenüber der UNO-Organisation, bei Weizenlieferungen lag er an der Spitze und innerhalb von acht Monaten verkaufte er Weizen im Wert von 78 Millionen Dollar. Im gleichen Zeitraum verdoppelte Glencore seine Einkünfte mit Agrarprodukten auf 8,8 Milliarden US-Dollar. Dies sei, so der Konzern, höheren Profiten bei Getreide und Ölsaaten zu verdanken, für welche die Preise deutlich höher gewesen seien als im Vorjahr. Die Zeitung *The Guardian* zitierte das Unternehmen wie folgt: »Es gab erhöhte geografische Arbitrage-Gelegenheiten für Getreide und Nahrungsmittelöle.«²¹¹ Der durchschnittliche Weizenpreis von einem Bushel Weizen habe sich um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 778 US-Dollar erhöht.

Dass sich der Hunger dank den grossen Lieferungen an das Welternährungsprogramm für Glencore profitabel auswirkte, blieb kein Einzelfall. Wie auf der Website der UNO-Organisation ersichtlich ist, machten die Lieferungen des Konzerns an das Welternährungsprogramm allein im April 2012 erneut über 14 Millionen US-Dollar aus. Hunger ist

ein lukratives Geschäft, durch Landkonzentration, Spekulation, Verknappung von Nahrungsmitteln wird er mitunter von Konzernen (mit)verursacht, die mit seiner ›Linderung‹ anschliessend Gewinne schreiben.

Perspektiven des Widerstands – ein Ausblick

Der Nachhaltigkeitsverantwortliche von Glencore Xstrata hatte eine schwierige Aufgabe in der Rundschau vom 12. März 2014 am Schweizer Fernsehen. Wie konnte er erklären, dass dem Konzern die Gesundheit der Menschen vor Ort und der Schutz der Umwelt ein wichtiges Anliegen sind, wenn die Schwefeldioxidwerte in der Umgebung seiner Kupferhütte in Mufulira/Sambia den Richtwert der WHO um das bis zu Vierzigfache überschreiten? Konfrontiert mit den extrem hohen Werten, welche die Messungen der Rundschau ergeben hatten, und der Frage, ob er seine eigenen Kinder dort in die Schule schicken würde, beteuerte der Glencore-Xstrata-Manager, dass Umwelt- und Gesundheitsschutz der Menschen vor Ort für den Konzern sehr wichtig seien. Angesichts der Situation in Sambia wirkten diese Lippenbekenntnisse kaum glaubwürdig. Zum einen wies die Sendung auf negative Folgen des Bergbaus hin und darauf, wie der Konzern damit umgeht. Zum andern wurde mit ihrer Ausstrahlung deutlich, dass der Baarer Rohstoffmulti nicht mehr geschäften kann, wie er will, ohne dass sich die Öffentlichkeit dafür interessiert, welche Auswirkungen dies für die Menschen und die Umwelt hat. Diese gesteigerte Aufmerksamkeit ist auch die Folge von Protesten gegen die Geschäftspraktiken von Glencore Xstrata, die zunehmend auch in der Schweiz darauf hinweisen, was der Konzern andernorts macht.

Die Rohstoffbranche hat in den vergangenen Jahren ein schwindelerregendes Wachstum verzeichnet. Gleichzeitig ist auch das öffentliche Interesse für die Aktivitäten der Firmen angestiegen, und der Widerstand gegen ein Geschäftsmodell, welches die Profite einiger weniger Unternehmen und Manager auf Kosten zahlreicher Menschen und der Umwelt durchsetzt, ist weltweit angewachsen. In den Abbaugebieten schliessen sich von Bergbaubaupro-

jekten Betroffene zusammen. Indigene Gemeinschaften fordern ihr Mitbestimmungsrecht ein und kämpfen für ihre Lebensgrundlagen, Kleinbauern und -bäuerinnen für ihre Existenz und für den Schutz ihres Lebensraums. Gewerkschafter_innen fordern würdige Arbeitsbedingungen, einen guten Gesundheitsschutz und faire Löhne, ebenso wie die Gleichbehandlung aller Arbeiter_innen und die Respektierung der Gewerkschaftsrechte. An einigen Orten schlossen sich verschiedene Sektoren der Bevölkerung zusammen: Als die Arbeiter der Mine El Cerrejón im Norden Kolumbiens in den Streik traten, wurden sie von der lokalen Bevölkerung unterstützt. Diese forderte mit Strassenblockaden, dass das Unternehmen endlich Verhandlungen mit der Gewerkschaft aufnehme. Umgekehrt nahm die Gewerkschaft Anliegen der Bevölkerung in ihren Forderungskatalog auf. Auch in Australien bezogen die Gewerkschaften im Kampf um die Verbesserung der Arbeitsrechte die lokale Bevölkerung und die Gemeinden rund um die Minen mit ein.

Vom Widerstand gegen die Mine zur Systemkritik

Eine breite, landesweit vernetzte Widerstandsbewegung gegen den zerstörerischen Rohstoffabbau durch Konzerne entstand in Argentinien. Erste Proteste kurz nach der Eröffnung der Mine La Alumbrera forderten lediglich eine bessere Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Gewinnen des Bergbaus. Angesichts der immer stärker zutage tretenden Umweltschäden und der Unterdrückung und Marginalisierung der Proteste radikalisierten sich die Forderungen rasch. Schon bald verlangte ein bedeutender Teil der Bevölkerung die sofortige Stilllegung der Mine La Alumbrera, die Annullierung sämtlicher Bergbaukonzessionen und den Abzug der transnationalen Minenkonzerne. Grosse Tagebauminen werden grundsätzlich abgelehnt. Der Widerstand gegen La Alumbrera und Agua Rica wurde Teil einer landesweiten Bewegung, die sich seit 2006 in der Vereinigung der Bürger_innen-Versammlungen (Unión de Asambleas Ciudadanas UAC) organisiert.²¹²

Unter dem Eindruck der Einflussnahme von Konzernen

auf Massenmedien und auf die Politik der Zentral- und Provinzregierungen sowie auf den Justizapparat hat die UAC ein zunehmend systemkritisches Verständnis entwickelt. Die UAC hat sich immer mehr von einer Protestbewegung gegen den Bergbau hin zu einer Bewegung entwickelt, die sich kritisch mit der politischen und gesellschaftlichen Situation in Argentinien auseinandersetzt und insbesondere die Macht der politischen Parteien und grossen Medienhäuser kritisiert. Dagegen bezieht sich die UAC positiv auf die indigenen Gemeinschaften und die kleinbäuerliche Tradition Argentiniens. Kulturelle Aktivitäten und der Aufbau von alternativen Kommunikationskanälen wie Gemeinschaftsradios spielen für die Bewegung eine wichtige Rolle.

Schaffung einer internationalen Öffentlichkeit

Auf den Philippinen beteiligt sich ein breites Spektrum der Gesellschaft – von Nichtregierungsorganisationen, über indigene Dorfgemeinschaften, soziale Bewegungen bis hin zur katholischen Kirche – am Widerstand gegen das Kupferminenprojekt Tampakan. Der Kampf gegen dieses Projekt wird grösstenteils mit friedlichen Mitteln ausgetragen. Dazu gehört auch, den demokratisch legitimierten Spielraum zu nutzen mittels Petitionen, Hearings im Parlament, Lobbyarbeit gegenüber Politiker_innen, juristischen Abklärungen bei Gewalttaten, bilateralen Gesprächen mit der Armee und einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit über die Presse und das Internet. Nicht zuletzt die Internationalisierung des Konflikts via Netzwerkarbeit, Sensibilisierung und Druck von aussen hat dazu geführt, dass das Problem der Tampakan-Mine heute viel breiter wahrgenommen wird.

Die Betroffenheit der Gemeinden durch die künftige Mine in Tampakan ist von der Distanz zum Ort und der Art der Auswirkungen her sehr unterschiedlich. Entsprechend ändert sich auch die Haltung der Bevölkerung der Mine gegenüber. Auch innerhalb der indigenen Gemeinden gibt es keine einheitliche Meinung über das Projekt. Am stärksten ist der Widerstand da, wo die Gemeinden umgesiedelt werden müssten und ihre angestammten Lebens-

grundlagen verlieren würden. Diese Gemeinden lehnen das Projekt vollständig ab und werden in dieser Haltung von der katholischen Kirche unterstützt. Andere, umliegende indigene Gemeinden sehen in der Mine eine Chance, ihre Lebensgrundlagen zu verbessern, und unterstützen das Projekt. Auch sie pochen aber auf ihr Recht auf einen korrekt durchgeführten Konsultationsprozess. Erst danach wollen sie definitiv entscheiden.

Ob eine Mehrheit der Bevölkerung in Südmindanao das Minenprojekt befürwortet oder ablehnt, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Zumindest aber ist gewiss, dass in einer der vier Provinzen, in South Cotabato, im Mai 2013 erneut die Gouverneurin gewählt wurde, die 2010 den Tagebau in der Provinz verbieten liess. Damit hat die Bevölkerung der weiteren Blockierung des Projekts indirekt zugestimmt. Die Auseinandersetzung um die Mine wird auch weitergehen, falls Glencore Xstrata aus dem Tampakan-Projekt aussteigen sollte.²¹³

Kampf gegen Steuerflucht: zum Beispiel in Sambia

In etlichen Ländern, in denen Glencore Xstrata tätig ist, wurde in den letzten Jahren Kritik laut an der Steuervermeidungspraxis, durch die für die Standortländer riesige Steuerbeträge verloren gehen. In Sambia gelang es lokalen Organisationen in enger Zusammenarbeit mit internationalen Nichtregierungsorganisationen, dieses Thema einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, und es wurde auch versucht, die sambische Regierung zu einer aktiveren Position zu bewegen. Die von Anwohner_innen und Direktbetroffenen gegründete Organisation ›Green and Justice‹ sammelte Zeugenaussagen und Daten, um eine Sammelklage gegen Mopani einzureichen. Laut ›Green and Justice‹ reagierte Mopani auf diesen Druck mit einem Gesprächsangebot und begann 2013 mit dem Bau einer Hauptstrasse, welche die Bevölkerung über Jahre gefordert hatte. Das Problem zu tiefer oder nicht bezahlter Steuern war damit allerdings noch nicht gelöst.

Unabhängig von der Sammelklage von ›Green and Ju-

stice« hatte die Erklärung von Bern (EvB) zusammen mit dem Centre for Trade Policy and Development (CTPD) aus Sambia und Partnerorganisationen in Frankreich und Kanada eine Klage beim Nationalen Kontaktpunkt der OECD in der Schweiz eingereicht. Im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens war der Fall im Juli 2012 mit dem Unternehmen und den beteiligten NGO abgehandelt worden, konkrete Massnahmen hatte die Klage aber nicht zur Folge.²¹⁴

Anfang Juli 2013 lancierte die Nichtregierungsorganisation Action Aid die internationale Kampagne ›Tax Power«. In Sambia richtet sich der Fokus dieser Kampagne darauf, möglichst viele Menschen aus der Bevölkerung für das Thema der Steuergerechtigkeit zu sensibilisieren. Die Tax-Power-Kampagne fordert multinationale Unternehmen dazu auf, ihre Steuern in den Produktionsländern zu bezahlen, und hält die Regierungen an, diese Einnahmen für den öffentlichen Dienst und die Bevölkerung einzusetzen. Gefordert wird ein sofortiges Ende der Steuerhinterziehung von Seiten der (multinationalen) Unternehmen. Ebenfalls sollen die Regierungen jegliche Form von Steuererleichterung zugunsten von Multis unterlassen. Ob die sambische Regierung diese Forderungen in Bezug auf Glencore Xstrata aufnimmt, ist fraglich. Erst im März 2014 wurde die Glencore-Xstrata-Tochter Mopani von der sambischen Minenkammer als ›Bergbaufirma des Jahres« ausgezeichnet und dafür von der Regierung beglückwünscht.²¹⁵ Ein Blick auf die Website der sambischen Minenkammer zeigt, dass sie von Mopani-Verwaltungsratspräsident Emmanuel Mutati präsiert wird. NGO-Vertreter_innen in Sambia gaben auf Nachfrage bekannt, dass sie die Auszeichnung vorab als PR-Aktion des Unternehmens einschätzen.

Bolivien: Wiederaneignung der natürlichen Ressourcen

Wenn es in den erwähnten Beispielen darum ging, wie sich direkt Betroffene, soziale Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen auf unterschiedliche Weisen gegen die negativen Folgen von Bergbauprojekten und umstrittene Geschäftspraktiken von Glencore Xstrata zur Wehr setzen,

soll nun ein Blick darauf geworfen werden, wie eine Regierung versucht, Multis stärker in die Schranken zu weisen und dafür zu sorgen, dass ein grösserer Teil der Gewinne aus dem Rohstoffhandel im Land bleibt.

Seit dem demokratischen Machtwechsel 2006 hat die Regierung des indigenen sozialistischen Präsidenten Evo Morales verschiedene Schritte gemacht, um die Kontrolle über den Bergbau und die natürlichen Ressourcen im Land wiederzuerlangen. So wurde die Nationalisierung aller Rohstoffe in der Verfassung festgeschrieben. Das Bergbaugesetz wird zurzeit im Parlament, beraten und die Umwandlung privater Konzessionen in staatlich kontrollierte Verträge ist im Gang. Bereits am 1. Mai 2006 wurden sämtliche fossilen Brennstoffe nationalisiert. Schrittweise wurde aus diesen grundlegenden Vorgaben eine neue Bergbaupolitik entwickelt, deren Konturen langsam klarer werden. Konkret basiert die Bergbaupolitik Boliviens auf drei Grundpfeilern. Ein erster Pfeiler ist die radikale Revision der aus der Zeit der neoliberalen Regierungen stammenden Verträge zwischen Rohstofffirmen und dem Staat. Die zahlreichen Firmen, welche von den neoliberalen Regierungen vor Evo Morales ein faktisches Eigentumsrecht auf die geförderten Ressourcen bekommen hatten, mussten dieses an den Staat zurückgeben. Darüber hinaus wurden die gesetzlichen Grundlagen so abgeändert, dass die Abgaben (Steuern, Royalties) auf die Erlöse aus der Förderung von Erdöl und Erdgas schrittweise von 12 Prozent auf bis zu 82 Prozent erhöht werden können. Im Bergbau sind die Regeln noch in Erarbeitung. Anders als bei den fossilen Brennstoffen, wo Firmen mit der Nationalisierung zu Lieferanten der Staatsbetriebe wurden, sollen Minenkonzerne hier Teilhaber werden mit einer Minderheitsbeteiligung und einer festen Gewinnbeteiligung.

Mit diesen öffentlichen Einnahmen sollen zum einen die wichtigsten Sozialprogramme finanziert, zum anderen die wirtschaftliche Basis vom Rohstoffabbau hin zu Abbau und Verarbeitung gelegt werden. Ein zweiter Pfeiler der neuen Rohstoffpolitik dient der Erlangung der wirtschaftlichen

Souveränität durch den Wiederaufbau staatlich kontrollierter Firmen. In Zukunft sollen alle Metalle zuerst den staatlichen Schmelzen und Raffinerien angeboten werden müssen. Nur der Überschuss kann dann direkt auf dem Weltmarkt verkauft werden. Wegen den extrem prekären Bedingungen, unter denen die Bergbaukooperativen arbeiten müssen, besteht ein dritter Pfeiler in der schrittweisen Verbesserung der Arbeitsbedingungen der kooperativen Minenarbeiter.

Entgegen der Sorge, dass die mächtigen Rohstofffirmen diese Vertragsänderungen nicht akzeptieren würden, hat bis heute keine einzige aus diesem Grund den Rückzug aus dem immer noch lukrativen Bergbau in Bolivien angetreten.

Freiwilligkeit ist nicht genug

Die Unternehmen selber propagieren, auch mit Unterstützung internationaler Organisationen und Regierungen, freiwillige Massnahmen zur Einhaltung der Menschenrechte und zum Schutz der Umwelt. Jedoch hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt, dass solche Selbstdeklarationen ohne bindende Verpflichtungen in erster Linie den Firmen zu einem besseren Image in der Öffentlichkeit verhelfen. Zudem haben zahlreiche Konzerne in den letzten Jahren Prinzipien der sozialen Unternehmensverantwortung erstellt, sie halten sich gemäss eigenen Verlautbarungen an internationale Konventionen und erstellen Nachhaltigkeitsberichte betreffend ihre Tätigkeit. Die Realität hat sich allerdings deutlich weniger verändert als die Unternehmenskommunikation. Viele Probleme bestehen nach wie vor, auch wenn internationale Initiativen wie der Global Compact der UNO, die Voluntary Principles oder die OECD-Richtlinien²¹⁶ freiwillige Verhaltensrichtlinien aufstellen und an die Eigenverantwortung der Firmen appellieren.

Eine wichtige Voraussetzung, um den Rohstoffsektor besser kontrollieren zu können, ist eine grössere Transparenz hinsichtlich der Zahlungsströme aus der Rohstoffförderung. Aber auch beim staatlichen Verkauf von Rohstoffen an Handelsfirmen sowie bezüglich Förderverträgen und Lizenzvergaben ist Transparenz nötig. Zu Schritten in

diese Richtung haben sich die 37 Mitgliedsländer der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) im Mai 2013 verpflichtet.²¹⁷ Dennoch bleibt viel zu tun, denn EITI verpflichtet nur die Regierungen der Mitgliedsstaaten zu dieser Offenlegung der Geldströme. Damit auch die Käufer, also die Rohstoffhandelshäuser, miteinbezogen werden können, sind die Sitzländer, zum Beispiel die Schweiz, gefordert. Zudem ist auch die EITI bisher nur ein freiwillige Initiative ohne rechtliche Verbindlichkeit.

Gerade die Schweiz tut sich schwer mit verbindlichen Regeln zur Regulierung des Rohstoffsektors. Zwar wurde im April 2013 ein erster Rohstoffbericht veröffentlicht, dieser schlägt allerdings ebenfalls nur freiwillige Massnahmen vor. Diesbezüglich weiter geht die Kampagne ›Recht ohne Grenzen‹, eine Initiative von rund 60 Organisationen. Sie verlangt, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit Schweizer Konzerne für ihre Tätigkeiten sowie diejenigen ihrer Tochterfirmen und Zulieferer vorsorglich Massnahmen treffen müssen (Sorgfaltspflicht), um hier und anderswo Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen zu verhindern. Ebenso sollen Menschen, die durch die Tätigkeiten von Schweizer Konzernen, ihren Tochterfirmen und Zulieferern Schaden erleiden, hier Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können. Wenn die Schweiz diese Forderungen von ›Recht ohne Grenzen‹ umsetzen würde, könnte sie als grösster Rohstoffhandelsplatz eine wichtige Vorreiterrolle einnehmen. Damit verfolgt die Kampagne ›Recht ohne Grenzen‹ ein wichtiges Anliegen, doch stossen Initiativen, die sich auf nationale Gesetze abstützen, gegenüber international operierenden multinationalen Unternehmen an Grenzen. Hier wäre es angebracht, Instrumente ins Auge zu fassen, die über nationale Gesetzgebungen hinausgehen, etwa eine internationale Strafgerichtsbarkeit für multinationale Konzerne.

Solidarität und vernetzter Widerstand

Wie zahlreiche Beispiele zeigen, ist oft Druck der Öffentlichkeit nötig, um Verhaltensveränderungen bei transnatio-

nalen Konzernen zu erreichen – auch am Sitzland der Konzerne. Zusätzlich zum Widerstand der betroffenen Bevölkerungen vor Ort sind deshalb die weltweite Vernetzung und die solidarische Unterstützung der Betroffenen von grosser Bedeutung. Als im Dezember 2013 der peruanische Bergbaukritiker und frühere Vizeumweltminister José de Echave in der Schweiz weilte, wurde er gefragt, was die Menschen in den Abbaugebieten brauchten, damit sich die Situation verändere. Er antwortete, dass die Solidarität mit den Betroffenen, das Interesse und das Verbreiten der Informationen über die Menschenrechtsverletzungen vor Ort und öffentlicher Druck insbesondere in den Sitzländern sehr wichtig sei.

Ein weltweites Netzwerk beobachtet Glencore Xstrata

Um den Widerstand gegen umstrittene Machenschaften von Glencore Xstrata zu stärken und weltweit zu vernetzen, trafen sich im Februar 2013 17 Organisationen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas, Europas und den Philippinen zum ersten Treffen des Glencore-Xstrata-Shadow-Networks. Dieses Netzwerk bringt Organisationen zusammen, die Konflikte rund um Minen und neue Projekte des Multis an verschiedenen Schauplätzen beobachten und bekannt machen. Gemeinsam nominierten sie Glencore Xstrata für den Schmähpriis ›Public Eye Award‹ im Januar 2014.

Auch in der Schweiz hat das Bewusstsein für die Problematik der Bergbau- und Rohstoffhandelsaktivitäten von multinationalen Firmen zugenommen. Zum einen haben etliche Nichtregierungsorganisationen das Thema aufgegriffen, zum anderen fanden vermehrt Protestaktionen statt, so etwa vor den Generalversammlungen von Glencore und Xstrata beziehungsweise des fusionierten Konzerns, oder mit einer Velodemonstration zur Villa des CEO von Glencore Xstrata, Ivan Glasenberg, in Rüschlikon. Im Januar 2013 fand im Rahmen der ›Tour de Lorraine‹ in Bern ein Veranstaltungszyklus zum Thema Rohstoffe unter dem Titel ›Drecksengeschäfte‹ statt, und seit demselben Jahr wird ein

in Lausanne stattfindendes Gipfeltreffen von Rohstoffhandelsfirmen und Investoren von Protesten und einem Gegenforum begleitet. Mehrere Gemeinden im Zürcher Säuliamt beschlossen auf Initiative von Bürger_innen hin, einen Teil der Glaserberg-Millionen an Opfer des Konzerns zurückzugeben. Diese unerwarteten Steuereinnahmen hatten sie über den innerkantonalen Finanzausgleich bekommen, nachdem Ivan Glaserberg nach dem Börsengang von Glencore Milliardenereinnahmen verzeichnet hatte.

Das Thema Rohstoffe und deren Abbau und Handel verlangt über das Beispiel von Glencore Xstrata hinaus nach einer breiten gesellschaftlichen Diskussion. Dabei müssen insbesondere die Menschen, welche vom Bergbau und der Ausbeutung von Bodenschätzen direkt betroffen sind, zu Wort kommen und über ihre Zukunft entscheiden können. Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind etwa: Können und sollen weltweit operierende Rohstoffunternehmen unter demokratische Kontrolle gebracht werden? Zu welchem Zweck werden Rohstoffe letztlich abgebaut und wem soll dieser Abbau zu Gute kommen? Und umgekehrt: Wer trägt die Schäden und was passiert mit den Abraumhalden, den giftigen Schlackeseen und dem verseuchten Gestein, wenn die Minen nicht mehr in Betrieb sind und die Konzerne sich bereits anderen Rohstoffvorkommen zugewendet haben? Welche Rolle spielen wir als Konsument_innen in der Rohstoffausbeutung, und wie geht die Gesellschaft mit Rohstoffen um? Was wäre ein wünschenswerter und tatsächlich nachhaltiger Umgang mit Rohstoffen?

Anmerkungen

- 1 JP Morgan und Glencore wegen überhöhter Aluminiumpreise verklagt, in: NZZ, 7.8.13
- 2 Erklärung von Bern (2012), S. 139; A Giant Among Giants, in: Foreign Policy, 23.4.2012
- 3 Glencore. Mine, all mine! Auf: <http://moneytometal.org> (Zugriff 3.3.14)
- 4 Antonio Gustavo Gómez. Impunidad y corrupción, in: Tiempo argentino, 12.8.2012
- 5 A Giant Among Giants, in: Foreign Policy, 23.4.2012
- 6 Niklaus Meienberg (1985), S. 148
- 7 Daniel Ammann (2010), S. 209–213
- 8 Richard Hengeveld/Jaap Rodenburg (1995), S. 146
- 9 WOZ, 16.8.1985 und 5.9.1985; Zuger Handelsregister, 6.11.1985
- 10 Coal Monitor, Nr. 1–9, 1989–1991, Shipping Research Bureau, Amsterdam
- 11 Daniel Ammann (2010), S. 198
- 12 How to get Rich in aluminium, in: The Economist, 17.10.1987
- 13 Le Monde, 18.1.2003
- 14 Deutsche Bank, Global Market Research. Glencore, 6.6.2011, zitiert in: Erklärung von Bern (2011), S. 139
- 15 Mining comes to the fore at Glencore, in: Financial Times, 5.5.2011
- 16 A Giant Among Giants, in: Foreign Policy, 23.4.2012
- 17 Erklärung von Bern (2012)
- 18 The Glencore-Xstrata war has turned friends into foes, in: The Telegraph, 5.8.2013
- 19 Glencore Xstrata muss sich erst beweisen, in: NZZ, 4.5.2013
- 20 Vgl. Erklärung von Bern (2012)
- 21 Xstrata war Mitglied des International Council on Mining and Metals (ICMM), des UN Global Compacts sowie der Global Reporting Initiative. Das Unternehmen war Besitzer verschiedener ISO-Standards und berücksichtigte gemäss eigenen Angaben die OECD-Guidelines für multinationale Konzerne. Ausserdem verpflichtete sich Xstrata zur Anwendung der etwas griffigeren Voluntary Principles on Security and Human Rights, lange Zeit jedoch, ohne Mitglied derselben zu werden.
- 22 Annette Wallimann (2011)
- 23 Xstrata plc, Sustainability Report 2009
- 24 Vitali et al. 2011

- 25 Herzog/Schäppi/Sekinger (2013)
- 26 Hirsch (1995)
- 27 Harvey (2007)
- 28 Harvey (2012)
- 29 Karl Marx, MEW 4
- 30 Hedgefonds sind aktiv verwaltete, kaum regulierte und breit ausgerichtete Investmentfonds; Arbitrageure nützen mit grossem Geldeinsatz minimale Differenzen bei Zinsen, Währungen, Produkten; Swap-Händler bewegen mit derivativen Finanzinstrumenten den Austausch von zukünftigen Zahlungsströmen.
- 31 Kurt Marti, Rohstoff-Steuerparadies Schweiz blutet arme Länder aus, 8.2.2014, <http://www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/Rohstoffhandel-Glencore-Steuerflucht> (10.2.2014)
- 32 Fischer et al. 2012/ EDA (2013)
- 33 Erklärung von Bern (2011)
- 34 Bahnmüller/Köchli, Handelszeitung 26.6.2013
- 35 EDA (2013), Kapitel 6
- 36 Glencore reveals record of fatalities and environmental fines, in: The Guardian, 7.9.2011
- 37 Verfolgt, gekündigt, geräumt, in: WOZ, 23.8.2007
- 38 Stephan Suhner, ASK/MultiWatch, Weitere Angriffe auf die Gewerkschaftsrechte bei Glencore. Bericht vom 28.4.2011, einzusehen auf der Website von MultiWatch
- 39 ASK/Stephan Suhner, Streikabbruch nach 98 Tagen – trotzdem keine Lösung in Sicht, 15.11.2012
- 40 Se firma laudo arbitral entre trabajadores y empresa CMU, Medienmitteilung von Sintramienergética, 7.6.2013
- 41 ASK/Stephan Suhner, Glencore in Kolumbien: Systematische Probleme mit den Arbeits- und Gewerkschaftsrechten, 5.11.2013
- 42 Mails der Gewerkschaft vom 30.10. und 9.11.2013
- 43 Vgl. Protestbrief ASK/MultiWatch/Solifonds an den kolumbianischen Präsidenten vom 17.4.2013, einzusehen auf der Website von MultiWatch
- 44 Streik in Kohleminen EL Cerrejón, in: Portal amerika21.de, 17.2.2013
- 45 Konflikt um Steinkohle aus Kolumbien, in: Portal amerika21.de, 28.1.2013
- 46 ASK/Suhner Stephan. Arbeitskonflikte wegen Organisation der Temporärarbeiter bei Carbones del Cerrejón, 6.12.2009
- 47 ibd.
- 48 Dieses Schreiben liegt MultiWatch vor.
- 49 Dokument des Arbeitsinspektors liegt MultiWatch vor.

- 50 MultiWatch, Glencore Xstrata entlässt in Peru 35 Arbeiter nach Gewerkschaftsgründung, Medienmitteilung vom 30.1.2014
- 51 Perubar vende ›Rosaura‹ a Los Quenuales, in: biznews.pe, 23.4.2010
- 52 ibd.
- 53 Minereros de El Aguilar piden justicia y mayor seguridad, in: Jujuy al momento, 10.5.2012
- 54 Protesta de mineros, in: Rio Negro online, 16.1.2010; Conflicto en El Aguilar: se terminó tregua y no hay acuerdo entre trabajadores y patronal, in: El Libertario.com, 30.4.2010
- 55 Nestor Gorojovsky, Los abusos de Minera Aguilar, 14.11.2005; Jujuy: Obreros de mina El Aguilar iniciaron ayer un paro por 48 horas, in: Jujuy al 10 años, 8.4.2008; Concluyó el paro en Mina Aguilar, in: MiningPress, 12.4.2008
- 56 Alexander Peter e.a. (2013)
- 57 Marinovich Greg e.a. (2013)
- 58 ibd.
- 59 ibd.
- 60 Frankel Philip (2012)
- 61 ibd.
- 62 Siehe auch Berichte der Bench Marks Foundation
- 63 Lonmin responds to Philip Frankel's article: ›Marikana: 20 years in the making‹, 28.10.2012, auf www.lonminmarikanainfo.com
- 64 Xstrata verweist in seinen Stellungnahmen gegenüber der Bench Marks Foundation auf seine SDR-Reporte. Hier speziell auf den Report von 2010, S. 51 (zitiert nach Bench Marks Foundation, Policy Gap 6, S. 85). Die Bench Marks Foundation kritisiert ihrerseits die SDR-Reporte, die sich auf die globale Tätigkeit von Xstrata beziehen und somit keine detaillierten Länderschlüsse zulassen.
- 65 Bench Marks Foundation. Policy Gap 6, S. 86f
- 66 Siehe Berichte der Bench Marks Foundation
- 67 Glencore's Zambian Unit Agrees 8% Pay Rise in New Labor Deal, in: The Wall Street Journal, 5.12.2013
- 68 Upset Miners hold Union leaders hostage for negotiating for a 10% instead of 30% salary rise, in: Lusakatimes.com, 28.11.2013
- 69 Mopani sacks 19 miners, in: UKZambians, 27.2.2012
- 70 Brot für alle/Fastenopfer (2012)
- 71 ibd., S. 35–43
- 72 ibd., S. 20
- 73 ibd., (2012), S. 20 ff
- 74 Die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung

- und Zusammenarbeit (OECD) legen einen Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen fest. Wird gegen sie verstossen, können Betroffene beim zuständigen Nationalen Kontaktpunkt Klage einreichen. Allerdings sind keine Sanktionsmöglichkeiten gegen Multis vorgesehen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.
- 75 CFMEU, A specific instance under the OECD Guidelines for Multinational Enterprises. Against Xstrata plc, 11.10.2010
 - 76 Opting out of Enterprise Agreements is a matter of choice!, in: The Informant, Januar 2012
 - 77 Full bench of FWA clarifies the position as to redeployment in redundancy cases, in: mondaq, 8.3.2011
 - 78 Xstrata Reaches Wage Deal With Australia Tahmoor Mine Workers, in: Bloomberg, 28.9.2010
 - 79 Xstrata rejects CFMEU complaint, Xstrata-Pressemitteilung vom 10.6.2011
 - 80 CFMEU, Knee-jerk cost-cutting behind Glencore-Xstrata job cuts, 28.6.2013
 - 81 Die Spuren der Kohle, 2011, 15-minütiger Dokumentarfilm, Regie: Manuel Contreras
 - 82 ASK, Profite für die Unternehmen, Verarmung für die lokalen Dorfgemeinschaften – Factsheet zu Kohleabbau durch Glencore im kolumbianischen Departement Cesar, 12.10.2011; Stephan Suhner, Annette Wallimann/ASK, Kolumbianische Bergbaubetroffene suchen in der Schweiz nach Unterstützung für ihre Anliegen, 19.3.2012
 - 83 CINEP, Transformaciones territoriales en la Comunidad de El Hatillo. Un recorrido por los impactos de la minería de carbón. Bogotá 2014, S. 11ff
 - 84 El millonario y oscuro negocio del carbón: Auge y miseria en El Cesar colombiano, in: Ciperchile.cl, 23.2.2012
 - 85 Afectación al ambiente le costó la explotación a Prodeco en el Cesar, in: El Pilón, 9.3.2013
 - 86 ASK/Stephan Suhner, Neue Studien der Contraloría zeigen massive Meeresverschmutzung, 6.2.2013
 - 87 Secretaría de Salud de la Gobernación del Cesar (2011)
 - 88 Grupo de Química Ambiental y Computacional de la Universidad de Cartagena (2011)
 - 89 Eingereichte Strafanzeige liegt MultiWatch im Original vor.
 - 90 Hümpel Eike (2012)
 - 91 Studie des Ministeriums für Gesundheit, Cusco (2010)
 - 92 Congresista presenta informe sobre contaminación ambiental en Espinar, Prensa congreso, 12.6.2013

- 93 Abschlussbericht der staatlichen Behörden Perus (Ministerien für Umwelt; für Bergbau und Energie; für Gesundheit; für Landwirtschaft) bezüglich des durchgeführten Umweltgutachtens in Espinar 2013 liegt MultiWatch vor. Die Haltung des Unternehmens wurde in öffentlichen Auftritten in Peru deutlich (August 2013–März 2014) sowie in einem Gespräch mit ranghohen Angestellten von Glencore Xstrata in Peru (Februar 2014).
- 94 Xstrata Tintaya es multada por el OEFA con S/. 235 mil, in: La República, 3.1.2014. Gerichtsurteil: Organismo de Evaluación y Fiscalización Ambiental, resolución N° 203-2013-OEFA/TFA
- 95 Cooperación, Actualidad minera, No. 110, Juni 2008
- 96 Tribunal de la Fiscalización Ambiental, Resolución No 93–2013-OEFA/TFA, Lima 23.4.2013
- 97 Comunidad de Chipta denuncia abusos de empresa Antamina en congreso de la república, in: veronikamendoza.blogspot.ch, 17.5.2012
- 98 Minero con cáncer e intoxicación por metales fue despedido de Antamina, in: La República, 16.5.2012
- 99 Metales en la sangre – 285 pobladores ancashinos de Cajacay tienen metales en la sangre y culpan a Antamina, in: La República, 31.7.2013
- 100 Klageschrift vom 22.11.2007: Actuación Preliminar 116 Minera Aguilar – Remisión al Fiscal Federal de Truno, 22.11.2007
- 101 Antes secuestraba. Ahora envenena, in: Tiempo Argentino, 12.8.2012
- 102 Betreffend das Verschwinden des Gewerkschaftspräsidenten bei El Aguilar, Avelino Bazán, wurden am 3. Juli 2013 zwei Mitglieder des Geheimdiensts und ein Strafvollzugsbeamter zu lebenslanger Haft verurteilt. Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) forderte das Gericht auf, auch die Rolle des Unternehmens El Aguilar S.A. beim Verschwinden von Avelino Bazán zu untersuchen. Siehe: ECCHR, Die Beteiligung des Unternehmens Minera Aguilar S.A. an Verbrechen der Militärdiktatur muss strafrechtlich verfolgt werden, 19.12.2012
- 103 A. Kirschbaum et al. (2009)
- 104 Antes secuestraba. Ahora envenena, in: Tiempo Argentino, 12.8.2012
- 105 Machado Aráoz Horacio (2009), S. 218
- 106 ibd.
- 107 Ibid.
- 108 Ecos de la movida judicial contra Alumbrera y Bajo el Durazno, in: EnerNews, 5.2.2014

- 109 Governments close to settling Mount Isa lead case, in: The Australian, 27.10.2012
- 110 Xstrata can't meet targets on heavy-metal reduction, in: The Australian, 9.6.2011
- 111 Xstrata mining emissions causing lead poisoning in Mount Isa children: report, in: ABC, 17.6.2013
- 112 2007 war Xstrata wegen diesem Fall auch auf der Shortlist der Public Eye Awards vertreten.
- 113 Xstrata's Mc Arthur River Mine approved for expansion, in: The Australian, 20.2.2009
- 114 Diesel spill costs zinc miner \$70k, in: Australian Mining, 26.8.2013
- 115 Challenge to Wandoan Coal Mine launched in Queensland court, in: Six Degrees – Coal and Climate Campaign, 1.3.2013
- 116 Wandoan coal will emit more than 108 countries; Gillard must step in, in: The Australian Greens, 17.11.2010
- 117 Graziers' victory against mining giant Glencore Xstrata, in: CQ News, 26.6.2013
- 118 Glencore Xstrata ›to pull out‹ of Philippine mining project, in: The Economic Times / India Times, 1.2.2014
- 119 Klohn Crippen Berger (2011). Mine Waste Management. Environmental and Social Impact Assessment – Tampakan Mine Project. Philippines: SMI, S. 42 (von der Red. auf Deutsch übersetzt).
- 120 Glencore Xstrata, Verhaltenskodex, S. 18
- 121 Glencore Preliminary Results 2011, 5.3.2012, S. 17
- 122 10 vor 10 vom 16.04.2012, Interview mit Ivan Glasenberg
- 123 Brot für alle/Fastenopfer (2012), S. 26 ff
- 124 Rundschau, Schweizer Fernsehen SRF, 12.3.2014
- 125 Erklärung von Bern (2011), S. 99
- 126 Glencore-Xstrata und die Asthma-Toten von Mufulira, in: Rundschau, Schweizer Fernsehen SRF, 12.3.2014
- 127 Rundschau, Schweizer Fernsehen SRF, 12.3.2014
- 128 Erklärung von Bern (2011), S. 117
- 129 Bench Marks Foundation. Policy Gap 7. Lonmin 2003–2012. Oktober 2013, S. 30f
- 130 ibd.
- 131 Marti Kurt, Rohstoff-Steuerroase Schweiz blutet arme Länder aus, 8.2.2014, auf: infosperber.ch
- 132 ibd., S. 34 (von der Redaktion auf deutsch übersetzt)
- 133 Detaillierte Angaben finden sich in den Berichten der Bench Marks Foundation: www.bench-marks.org.za
- 134 ibd., S. 36 (von der Redaktion auf deutsch übersetzt)

- 135 No hay restitución de tierras, in: El Espectador, 22.10.2012
- 136 Suspendo esta columna, in: El Espectador, 14.10.2013; Entrevista a Ludis Pedraza, 1.10.2012 auf Youtube: <http://www.youtube.com/watch?v=JaDhcGfpiVg>
- 137 Umfassende Information zu Bergbau und Umsiedlung in Kolumbien im Dossier ›Glencore Kolumbien‹ der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien auf der Website www.askonline.ch
- 138 ASK/Stephan Suhner. Nahrungsmittelkrise inmitten der Bergbauregion im Cesar. 6.2.2013
- 139 Die Spuren der Kohle, 2011, 15-minütiger Dokumentarfilm, Regie: Manuel Contreras
- 140 Medienmitteilung der Führungspersonen von El Hatillo vom 16.8.2013
- 141 ASK/Stephan Suhner, Kleine Fortschritte und weiterhin grosse Herausforderungen im Umsiedlungsprozess von El Hatillo, 3.9.2013
- 142 ASK/Stephan Suhner. Soziale Altlasten Cerrejón durch unfreiwillige Umsiedlung, 16.11.2012; ASK/Dominique Rothen, Stephan Suhner, Roche droht die Enteignung, 3.9.2013
- 143 ASK/Stephan Suhner, OECD Verfahren: Ernüchternde Erfahrung mit dem Schweizer Nationalen Kontaktpunkt – OECD-Eingabe gegen Xstrata, Umsiedlungen bei der Kohlemine El Cerrejón. Juli 2009
- 144 El ventilador de Mancuso, in: Semana, 19.5.2007
- 145 La versión de ›Samario‹ sobre la Drummond y los ›paras‹, in: VerdadAbierta.com
- 146 El carbón se come al Cesar. Reportage des nationalen Nachrichtensenders CM& von Maurizio Gómez, Teil 2
- 147 Stefan Indermühle/INDEPAZ (2010), S. 41
- 148 ASK. Profite für die Unternehmen, Verarmung für die lokalen Dorfgemeinschaften – Factsheet zu Kohleabbau durch Glencore im kolumbianischen Departement Cesar, 12.10.2011
- 149 El carbón se come al Cesar. Reportage des nationalen Nachrichtensenders CM& von Maurizio Gómez, Teil 2; Escándalo por regalías, Reportage des nationalen Nachrichtensenders CM& von Maurizio Gómez, Teil 3
- 150 ASK/Stephan Suhner. Bedeutung und Auswirkungen des Bergbaus in Kolumbien, August 2009
- 151 Vgl. Vertrag ›Convenio Marco 2003‹: Clausula novena
- 152 Fuentes Golda (2012)
- 153 Xstrata Copper (2013): División Sur del Perú. Informe de Sostenibilidad 2012

- 154 ibd.
- 155 Fuentes Golda (2012)
- 156 Acta: ›Reseña histórica de la secretaria técnica del Convenio Marco, período 2011‹, acta entregada por la secretaria del comité técnico del Convenio Marco durante el último trimestre de 2011 (von der Redaktion auf Deutsch übersetzt)
- 157 Xstrata malt die Zukunft in rosigen Farben, in: NZZ, 11.9.2010
- 158 G. Levinas. El sitio de Andalgalá, in: Plaza de Mayo, 13.02.2012
- 159 La Gendarmería en el banquillo, in: Página 12, 17.2.2012
- 160 Institute for Development and Peace (INEP) (2013)
- 161 Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (2007), Art. 32.2
- 162 Philippinenbüro (2011), S. 99ff
- 163 Vortrag von Antonio Gustavo Gómez an der Universität Bern, 20.3.2012
- 164 Vgl. Website von El Cerrejón: <http://www.cerrejon.com/site/sala-de-prensa/cifras-cerrejon.aspx>
- 165 Contraloría/Garay Salamanca Luis Jorge (Nov. 2013); ASK/Stephan Suhner. Zweiter Bericht des Rechnungsprüfungshofes zeigt weitere gravierende Missstände auf, 28.1.2014
- 166 Interviews der ASK mit Gewerkschaftern und Gemeinschaftsvertretern im Mai 2008
- 167 Vgl. Vorfälle in den Dorfgemeinschaften Huisa und Alto Huarca, die durch die Betroffenen angezeigt wurden. Quelle: Newsletter vom 22.6.2011 von Sergio Sullca, Anwalt der Provinzregierung zwischen 2011 und 2013
- 168 Akteneinsicht bei der NGO Derechos Humanos Sin Frontera (November 2013), die den Fall juristisch begleitet
- 169 ibd.
- 170 Vortrag von Antonio Gustavo Gómez an der Universität Bern, 20.3.2012
- 171 La nacionalización de la Empresa Fundidora Vinto, in: Diario crítico de Ecuador, 25.2.2007
- 172 Vinto no puede vender estaño, in: La Razón, 12.9.2007
- 173 Bolivien verstaatlicht Bergwerk von Glencore, in: Tages-Anzeiger, 20.6.2012
- 174 Glencore response to the nationalisation of the Colquiri mine in Bolivia, Stellungnahme von Glencore, 22.6.2012
- 175 Para explotar y explotar las minas Bolívar y Porco COMIBOL y Sociedad Minera Illapa S.A. firmaron nuevo contrato de asociación, COMIBOL, 31.7.2012

- 176 V. Diaz, ›La minería bajo el dominio de las transnacionales‹. Revista Petropress, 25, CEDIB, Juni 2011
- 177 Kurt Marti, Rohstoff-Steuer-oase Schweiz blutet arme Länder aus, 8.2.2014, auf: www.infosperber.ch
- 178 Contraloría General de la República / Salamanca Luis Jorge Garay (Mai 2013), S. 145
- 179 ibd., S. 148
- 180 ibd., S. 155
- 181 Glencore se estaría quedando con millonarios recursos de regalías, in: La Vanguardia, 26.3.2012; Contraloría tiene en la mira a la Glencore por pago de regalías, RCN Radio, 23.3.2012
- 182 ASK/Stephan Suhner. Glencore vermeidet durch juristische Tricks die Bezahlung von fast 100 Millionen USD Royalties, 29.3.2012
- 183 ASK/Stephan Suhner. Streik bei Glencore-Tochter dauert schon 50 Tage, 6.9.2012
- 184 ASK/Stephan Suhner. Busse für Glencore wegen Verletzung der Registrierungs-pflicht der Tochterunternehmen, 2.2.2012
- 185 International Metalworker's Federation: Denouncing irregularities at Peruvian mining company Glencore, 22.3.2010
- 186 ibd.
- 187 Mitteilung der CNMM vom 25.2.2014; Mitteilung der peruanischen Staatsanwaltschaft vom 7.3.2011
- 188 ibd.; Auf der Webseite der Generalstaatsanwaltschaft Tucumán besteht zudem eine Sonderseite zu den Verfahren gegen Minera Alumbraera: <http://www.fiscaliagraltucuman.gov.ar/medio-ambiente/minera-alumbraera-ltda/>
- 189 Film: ›Zambie – A qui profite le cuivre?‹ Audrey Gallet und Alice Odiot, 2011
- 190 Unter Wert verkauft, in: Weltsichten, Dezember 2012
- 191 Grant Thornton, Econ Pöry (2010); siehe auch: Rohe Geschäfte, in: Sonntagszeitung, 18.9.2011
- 192 Transparenzpflicht, in: Weltsichten, Mai 2013
- 193 CTPD, Erklärung von Bern, L'Entraide missionnaire, Mining Watch, SHERPA (2011)
- 194 Die Rohstoffkonzerne bleiben bei ihren Steuertricks unbehelligt, in: Tages-Anzeiger, 6.4.2013
- 195 Global Financial Integrity, Illicit Financial Flows and the Problem of Net Resource Transfers from Africa: 1980–2009, Washington, Mai 2013, S. 51
- 196 Brot für alle/Fastenopfer (2012), S. 65
- 197 EITI-DRC Report 2011. Mining Sector, Januar 2013
- 198 Brot für alle/Fastenopfer (2012), S. 68ff

- 199 Angela Barandun, Glencore ernährt die Welt, Tages-Anzeiger, 28.2.12
- 200 Grain, Global agribusiness: two decades of plunder, Juli 2010, S. 17
- 201 ODG (2013), S. 67
- 202 Inversión millonaria de Santa Fe, in: Biodiesel.com.ar, 3.6.2011; Corporate Impunity, S. 62
- 203 Grain, Land grabbing for biofuels must stop, 21.10.2013
- 204 ODG (2013), S. 40
- 205 Grain, The United Republic of Soybeans: Take Two, Juni 2013
- 206 antidot Nr. 13, August 2012
- 207 Jorge Villalba Digalo, Las razones para gravar la exportación de granos, in: E'a, 17.7. 2013
- 208 Glencore food chief says US drought is good for business, in: The Guardian, 21.8.12
- 209 Die folgenden Ausführungen basieren auf einem Dokument der NGO Grain: Seeds, Oktober 2010
- 210 ibd.
- 211 How £50m in UN food aid for starving went to buy wheat from Glencore, in: The Guardian, 6.2.2012
- 212 UAC, Construyendo Caminos Colectivos en Defensa de Nuestros Territorios, 2011
- 213 Tampakan: Steigt Glencore-Xstrata bei Minenprojekt aus? Medienmitteilung von Brot für alle/Fastenopfer, 3.2.2014
- 214 Specific Instance regarding Glencore International AG and First Quantum Minerals Ltd. and their alleged violations of the OECD guidelines for multinational enterprises via the activities of Mopani Copper Mines Plc. in Zambia, 12.4.2011; human rights.ch, Der Fall Glencore zeigt, dass striktere Gesetze notwendig sind, 25.5.2011; Abschlusserklärung Mopani/Glencore Sambia, Nationaler Kontaktpunkt der OECD in der Schweiz, 30.11. 2012
- 215 Mopani praised for scooping awards, in: Times of Zambia, 23.3. 2014
- 216 Der Global Compact der UNO gibt den teilnehmenden Unternehmen zehn Prinzipien zu den Themen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung vor. Die Einhaltung ist allerdings weder verbindlich noch wird sie von unabhängiger Seite kontrolliert. Ebenfalls auf Freiwilligkeit beruhen die Voluntary Principles on Security and Human Rights, die speziell für den Rohstoffsektor eingeführt worden sind. Auch die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen gehen

über die Freiwilligkeit nicht hinaus. Mitglieder sind in diesem Fall aber Regierungen und nicht direkt die Unternehmen.

217 Swissaid und Erklärung von Bern, Neuer globaler Rohstoff-Standard beschleunigt Transparenz-Trend, Medienmitteilung vom 22.5.2013

Quellen und Literatur

Intro

- Juravic Tom/Bronfenbrenner Kate. Ravenswood. The Steelworkers' Victory and the Revival of American Labor, Ithaca 1999, S. 156–198.
- Lang Josef. Ravenswood vs. Marc Rich, in: WOZ, 6.3.1992.
- Lang Josef. Aus Marc Rich wird Glencore. Der Schlüssel heisst Ravenswood, in: SGA-Bulletin 3, September 1994.
- Rüegg Michael. Die guten Menschen vom Säuliamt, in: Der Landbote, 12.12.2013.

Glencore

- Ammann Daniel. King of Oil. Marc Rich. Vom mächtigsten Rohstoffhändler der Welt zum Gejagten der USA, Zürich 2010.
- Aregger Jürg J. Marc Rich und Glencore im Clinch mit dem Bund, in: Handelszeitung, 26.7.2000.
- Brassel Frédéric. Das Geisterschiff von Glencore, in: Cash, 28.3.2003.
- Deutsche Bank, Global Market Research. Glencore, 6.6.2011, zit. in: Erklärung von Bern (Hg.): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Zürich 2011, Kapitel über Glencore, S. 126–158, hier S. 139.
- Erklärung von Bern (Hg.). Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Zürich 2011.
- Fastenopfer/Brot für alle. Verträge, Menschenrechte und Steuern: Wie ein Weltkonzern ein Land ausbeutet. Der Fall Glencore in der Demokratischen Republik Kongo, 2011.
- Fastenopfer/Brot für alle. Glencore in der Demokratischen Republik Kongo: ein Business auf Kosten von Menschenrechten und Umwelt, 2012.
- Hengeveld Richard/Rodenburg Jaap (Hg.). Embargo. Apartheid's How to get Rich in aluminium, in: The Economist 17.10.1987.
- Oil Secrets Revealed. Amsterdam 1995, S. 138–159.
- Independent Inquiry Comitee into the United Nations Oil-Food-Programme, Report on Programme Manipulation, October 27, 2005, S. 9–14, 61–67, 105–108, 143–156.
- Lang Josef. Zuger Apartheid-Stadtplan, in: WOZ, 5.9.1985.
- Lang Josef. Marc Rich verlängerte die Apartheid, in: WOZ, 4.7.2013.
- Lang Josef. Autonome Republik Marc Rich, in: SGA-Bulletin 2/Juli 1992.

- MacNamara William/Manson Katrina. Mining comes to the fore at Glencore, in: Financial Times, 5.5.2011.
- Meienberg Niklaus. Zug, sein Charme und seine Zuzüger, in: Der wissenschaftliche Spazierstock, Zürich 1985, S. 137–154.
- Roche Marc. Glencore, l'actionnaire suisse de Metaleurope, cultive l'esquive et le secret, in: Le Monde, 25.1.2003.
- Schaffner Andreas. Die heimlichen Ölbarone von Baar, in: Cash, 27.5.2004.
- Silverstein Ken. A Giant Among Giants, in: Foreign Policy, 23.4.2012.
- Spillmann Markus / Jacquemart Charlotte. Im Mekka des Ölhandels, in: NZZ am Sonntag, 30.10.2005.
- Strehle Res. Marc Rich & Co droht mit Wegzug nach London, in: Weltwoche, 8.6.2000.
- Vickers Marcia. The Rich Boys, in: Business Week, 18.7.2005.
- Zimmermann Daniel. Die Unterstellung des Eigenhandels mit Rohwaren unter das Geldwäschereigesetz, in: AJP/PJA 12/2003.

Xstrata

- AG Bergbau MultiWatch. Nachhaltiger Bergbau durch Multis? Ein Dossier zum Schweizer Konzern Xstrata. August 2010.
- Erklärung von Bern (Hg.). Rohstoffe – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich: Salis Verlag, 2012.
- Wallimann Annette. Entwicklung in privater Hand – Der Neue Bergbau und sein Entwicklungsdiskurs am Beispiel des Bergbauprojekts Las Bambas in der südperuanischen Provinz Cotabambas. Bern: Masterarbeit, Institut für Sozialanthropologie, Universität Bern, 2011 (unveröffentlicht).

Die neoliberale Restrukturierung/Rohstoffdrehscheibe Schweiz

- Bahn Müller Kurt/Köchli Markus. Die grössten Unternehmen der Schweiz, in: Handelszeitung, 26.6.2013.
- EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten). Grundlagenbericht Rohstoffe, Bern 2013.
- Erklärung von Bern. Rohstoff: Das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Zürich 2011.
- Fischer B./Lanaras A./Räber N./Schüpbach P./Zingg A. Rohstoffhandelsplatz Schweiz. Ein Risiko für die Schweiz? St. Gallen 2012.
- Harvey David. Räume der Neoliberalisierung. Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg 2007.
- Harvey David. Kapitalismuskritik, Hamburg 2012.
- Herzog Roland/Schäppi Hans/Sekinger Urs. Erwerbsarbeit im Kon-

text der Globalisierung. In: Gurny Ruth/Tecklenburg Ueli. Arbeit ohne Knechtschaft, Zürich 2013.

- Hirsch Joachim. Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995.
- Irwin Neil. The Alchemists. Three Central Bankers and a World on Fire, London 2013.
- Marti Kurt. Rohstoff-Steuererlöse Schweiz blutet arme Länder aus, 8.2.2014, auf: www.infosperber.ch.
- MEW: Marx Karl/Engels Friedrich. Werke, Berlin 1956ff.
- Vitali Stefania/Glatfelder James B./Battisto, Stefano. The Network of Global Corporate Control. Zürich 2011.

Länder

Argentinien

- Enzetti Daniel. Antes secuestraba. Ahora envenena, in: Tiempo Argentino, 12.8.2012.
- Gómez Antonio Gustavo: Vortrag an der Universität Bern, 20.3.2012.
- Kirschbaum A. et al. Metales pesados en aguas de la cuenca del río Yacoraité, Puna de Jujuy. Presentado en la I. Reunión Argentina de Geoquímica de la Superficie, Córdoba, 27 al 30 de septiembre 2009.
- La enciclopedia de ciencias y tecnologías en Argentina, Mina Aguilar: http://cyt-ar.com.ar/cyt-ar/index.php/Mina_Aguilar.
- Machado Aráoz Horacio. Minería transnacional, conflictos socio-territoriales y nuevas dinámicas expropiatorias – El caso de Minería Alumbreira. In: Svampa, Maristella and Mirta A. Antonelli (Ed.). Minería transnacional, narrativas del desarrollo y resistencias sociales. 2nd ed. Buenos Aires 2009.
- Mastrángelo Andrea. Las niñas Gutiérrez y la mina Alumbreira. Buenos Aires 2004.
- »No a la Mina«. Webseite: <http://www.noalamina.org/mineria-argentina/catamarca>
- Pardo Javier Rodríguez. Vienen por el oro, vienen por todo: Las invasiones mineras 500 años después. Buenos Aires 2011.
- Secretaría de Minería de la Nación, Mina Aguilar: www.mineria.gov.ar/proyecto/Jujuy/aguilar.htm

Australien

- Balaclava Island coal terminal dropped, now governments should legislate against future development, in: Fight for the Reef, 13.5.2013.

- Construction, Forestry, Mining & Energy Union (CFMEU). A specific instance under the OECD Guidelines for Multinational Enterprises. Against Xstrata plc, 11.10.2010.
- Construction, Forestry, Mining & Energy Union (CFMEU). Xstrata employment practices defy Australian Government and OECD Guidelines, 9.6.2011.
- Field Donna et al. Xstrata mining emissions causing lead poisoning in Mount Isa children: report, in: ABC, 17.6.2013.
- Opting out of Enterprise Agreements is a matter of choice!, The Informant, January 2012.

Bolivien

- Diaz Vladimir. La minería bajo el dominio de las transnacionales. Revista Petropress, 25, CEDIB, Juni 2011.
- Espinoza Félix. Bolivia garantiza seguridad de inversión a Glencore, in: Swissinfo, 13.8.2012.
- ODG & TNI – Observatorio de la Deuda en la Globalización & Transnational Institute. Impunidad S.A., Herramientas de reflexión sobre los ›súper derechos‹ y los ›súper poderes‹ del capital corporativo. 2013.
- Olivet, C./Eberhardt, P. Profiting from injustice. How law firms, arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom. 2012.

Demokratische Republik Kongo

- Brot für alle/Fastenopfer, Contrats, droits humains et fiscalité: comment une entreprise dépouille un pays. Le cas de Glencore en République Démocratique du Congo, 2011.
- Brot für alle/Fastenopfer, Glencore en République Démocratique du Congo: le profit au détriment des droits humains et de l'environnement, 2012.
- Programme des Nations Unies pour le Développement, Unite de lutte contre la pauvreté. Province du Katanga. Profil résumé. Pauvreté et conditions de vie des ménages. Kinshasa, 2009.

Kolumbien

- Umfassende Information zum Kohlebergbau in Kolumbien im Dossier ›Glencore Kolumbien‹ der Arbeitsgruppe Schweiz–Kolumbien AKS: www.askonline.ch.
- CINEP. Transformaciones territoriales en la Comunidad de El Hatillo. Un recorrido por los impactos de la minería de carbón. Bogotá 2014

- Consultoria para Acción Social. Análisis y evaluación del marco jurídico y los procedimientos que regulan la exploración y explotación minera en Colombia, para identificar su relación con las afectaciones a los derechos patrimoniales de las comunidades campesinas y los grupos étnicos con el fin de identificar alternativas normativas, procedimentales y mecanismos comunitarios en función de salvaguardar los derechos sobre tierras y territorios. Bogotá, Dezember 2010. V.a. Kapitel 2: Estudio de Caso: La Jagua de Ibirico.
- Contraloría General de la República/Garay Salamanca Luis Jorge. Minería en Colombia. Fundamentos para superar el modelo extractivista, Mai 2013.
- Contraloría General de la República/Garay Salamanca Luis Jorge. Minería en Colombia: Institucionalidad y territorio, paradojas y conflictos. November 2013
- Contreras Manuel (Regie). Die Spuren der Kohle, 2011, 15-minütiger Dokumentarfilm. Zu sehen auf: www.askonline.ch
- Gómez Maurizio. El carbón se come al Cesar. Reportage des nationalen Nachrichtensenders CM&.
- Grupo de Química Ambiental y Computacional de la Universidad de Cartagena. Estudio y Evaluación de Marcadores de Toxicidad en Tres Especies Animales Provenientes de la Zona de Influencia de la Minería del Carbón en el Departamento del Cesar. Informe Académico Final, 2011.
- Indermühle Stefan/INDEPAZ. Transnacionales mineras en Colombia, September 2010, in: Minería y comunidades, Bogotá 2010, S. 34–41.
- Secretaría de Salud de la Gobernación del Cesar. Informe de Estudio Poblacional sobre Prevalencia de Enfermedades Relacionadas con la Contaminación Ambiental en la vereda El Hatillo – Corregimiento de La Loma – Municipio de El Paso, 2011.

Philippinen

- Institute for Development and Peace (INEF), University of Duisburg: Human Rights Impact Assessment of the Tampakan Copper-Gold Project, commissioned by Misereor and Fastenopfer, in collaboration with Bread for All. 2013.
- philippinenbüro e.V. (Hrsg.), Rohstoffrausch. Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen, Essen 2011.
- Robert Goodland and Clive Wicks, Philippines: Mining or food? Case Study 3: Copper and Gold Mining in Tampakan, South Cotabato – Mindanao Island, The Working Group on Mining in the Philippines, London 2008.

Peru

- Cooperación. Actualidad minera, No. 110, Juni 2008.
- Cooperación, cbc, Gret. Apurímac, la gestión del territorio y la minería, 2012.
- De Echave José, Diez Alejandro e.a. Minería y conflicto social, 2009.
- DHSF Cusco. Informe explicativo sobre el escenario actual en Espinar, 15.10.2013.
- Fuentes Golda. Entwicklung? ›JA aber NEIN‹ – Comunidades Campesina_indígenas in Espinar, Peru, im Widerstreit mit neokolonialen Entwicklungsdispositiven der transnationalen Bergbauunternehmung Xstrata Tintaya S.A. Masterarbeit eingereicht beim Geographischen Institut der Universität Bern 2012.
- Hümpel Eike. Short term environmental monitoring in the catchment area of a copper mine, Espinar, Peru – An evaluation of the social conflicts and of the water and soil quality. Abteilung für Wasserwirtschaft und Hydrologie, Institut für Natur- und Ressourcenschutz, Christian Albrecht Universität zu Kiel, 2012.
- Informe Xstrata: Desarrollo sostenible en Las Bambas, Inversión social 2005–2011.
- Interviews mit BewohnerInnen der Region von Las Bambas und MitarbeiterInnen lokaler NGOs
- Studie des Ministeriums für Gesundheit, Peru: Riesgos a la salud por exposición a metales pesados en la provincia de Espinar, Cusco 2010.
- Xstrata malt die Zukunft in rosigen Farben, in: NZZ 9.9.2010.
- Xstrata will in den Anden Perus nichts falsch machen, in: NZZ 9.9.2011.
- Weitere Informationen finden sich zudem auf: www.muqui.org und www.cooperación.org.pe

Sambia

- CTPD, Erklärung von Bern, L'Entraide missionnaire, Mining Watch, SHERPA. Specific Instance regarding Glencore International AG and First Quantum Minerals Ltd. and their alleged violations of the OECD guidelines for multinational enterprises via the activities of Mopani Copper Mines Plc. in Zambia. Pressemappe vom 12.4.2011.
- Erklärung von Bern (Hg): Rohstoff, das gefährlichste Geschäft der Welt. Zürich 2011.
- Grant Thornton, Econ Pöry. Pilot Audit Report – Mopani Copper Mines plc. International Expert Team Report to the Commissioner Domestic Taxes, Zambia Revenue Authorities, 2010.

- Rundschau, Schweizer Fernsehen SRF, 12.3.2014.
- Wegelin Yves, Wie Glencore dreckige Rohstoffe vergoldet, in: WOZ, 23.2.2012.

Südafrika

- Alexander Peter, Lekgowa Thapelo, Mmope Botsang, Sinwell Luke, Xezwi Bongani. Das Massaker von Marikana: Widerstand und Unterdrückung von ArbeiterInnen in Südafrika. Mandelbaum, 2013.
- Frankel Philip. Marikana: 20 years in the making, in: Business Report, 21.10.2012.
- Bench Marks Foundation. The Policy Gap. A review of the corporate social responsibility programmes of the platinum mining industry in the North West Province, 2007.
- Bench Marks Foundation. The Policy Gap 6. A Review of Platinum Mining in the Bojanala District of the North West Province: A Participatory Action Research (PAR) Approach, 2008.
- Bench Marks Foundation. The Policy Gap 7. Lonmin 2003–2012, Oktober 2013.
- Marinovich Greg, Nicolson Greg. Marikana massacre: SAPS, Lonmin, Ramaphosa & time for blood, in: www.dailymaverick.co.za vom 24.10.2013.

Agrarhandel

- Barandun Angela. Glencore ernährt die Welt, Tages-Anzeiger, 28.2.2012.
- Grain, Global agribusiness: two decades of plunder, Juli 2010.
- Grain, Land grabbing for biofuels must stop, 21.10.2013.
- Grain: Seeds, Oktober 2010.
- Grain, The United Republic of Soybeans: Take Two, Juni 2013.
- Neate Rupert. Glencore food chief says US drought is ›good for business‹, in: The Guardian, 21.8.2012.
- Neate Rupert. How £50m in UN food aid for starving went to buy wheat from Glencore, in: The Guardian, 6.2.2012.
- Neuer Putschismus in Lateinamerika. antidot Nr. 13, August 2012.
- Observatori del Deute en la Globalizació (ODG). Impunity Inc. Corporate Impunity, Reflections on the ›super-rights‹ and ›super-powers‹ of corporate capital, Juni 2013.
- Villalba Digalo Jorge. Las razones para gravar la exportación de granos, in: E'a, 17.7.2013.

